

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
der USA
von 1989-2000**

NWO-Sonderheft Nr. 27



Die Neue Weltordnung der USA von 1989-2000

NWO-Sonderheft Nr. 27

NWO-Moloch USA vom 01.01.1989-31.12.2000

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1989-2000	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-97

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1989-2000

Es ist eine politische Notwendigkeit, amerikanischer Anmaßung oft und nachdrücklich entgegenzutreten.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

George Bush (Parteimitglied der "Republikaner") wurde am 20. Januar 1989 als 41. Präsident der USA vereidigt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Präsident George Bush (x068/366-368): >>... Muß man George Bush noch charakterisieren? Ihn, der Reagans persönliches Theater acht Jahre lang als Vizeregisseur mitveranstaltet hat? Einen Mann, dem noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Menschen mit dunkler Haut als eine Zumutung erscheinen? Der noch 1964 bei der Senatswahl in Texas dafür eintritt, Schwarze von öffentlichen Einrichtungen der Weißen auszuschließen, von ihren Hotels, Restaurants, Theatern etc.? Der als Vizepräsident der Vereinigten Staaten eine Geldstrafe für Steuerhinterziehung erhält?

Das alles zeigt doch nur, daß er ein "regular guy" ist, ein ganz gewöhnlicher sogar, auch wenn er - mit einem "Ethikberater" - den Präsidentenstuhl drückt nach einer Wahl, die rund 700 Millionen Dollar verschlang. Und unter den 60 Personen, die danach ins Außenministerium zogen, befanden sich 47, die Bushs Wahl finanziert hatten, aber von Außenpolitik nichts verstanden, manchmal gar nicht daran interessiert waren, wie die Grundstücksmaklerin Della Newman, die Botschafterin in Neuseeland wurde, doch sogar zugab, nicht einmal den Namen des neuseeländischen Ministerpräsidenten zu kennen.

Seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten kauft man sich in den USA in die Politik ein, seit Einführung des "spoilssystem" (Beutesystem), der Protektion für Parteizwecke, durch Präsident Jackson, den Indianerkiller 1829. Die Posten von Ministern oder Botschaftern können hier bis heute durch Geld eingenommen werden. Warum nicht? Hauptsache es ist da. Und es ist da, sehr sogar, immer mehr. Aber bei wem?

Gerade während der Regierung Bush/Reagan, während der achtziger Jahre wurden die ärmsten Amerikaner noch ärmer, ein Zehntel verlor noch 10 %, die Millionäre aber verdienten 2.184 % mehr. Und allein in den letzten Jahren, in der Zeit, als der "Reagan-Boom" nahtlos in das Bush-Desaster überging, zwischen 1986 und 1989, da machten immerhin 630 US-Banken

bankrott, andere schlepten sich so hin, an sich ja alles nichts Neues in dieser Geschichte. Aber der Schaden, den diese Banken bei Bushs Antritt angerichtet, belief sich auf 285 Milliarden Dollar. Bankexperte Edwin J. Gray sprach damals von "der verbreitetsten und rücksichtslosesten Ära des Betruges in der Geschichte des amerikanischen Bankwesens".

Kein Grund indes zur Erregung. Solche Summen schreibt man da doch Jahr für Jahr in den Schornstein. Denn Jahr für Jahr gehen der amerikanischen Nation durch Korruption im US-Geschäftsleben 200 Milliarden Dollar verloren. Und diese Expertenschätzung ist nach anderen Experten noch weit untertrieben. Übereinstimmung besteht nur darin, daß im "militärisch-industriellen Komplex" die Gaunerei am größten ist. Daß zwei Drittel der 500 größten Unternehmer wegen wiederholter Verbrechen vorbestraft sind. Und wer legte schon für das restliche Drittel seine Hand ins Feuer!

Die Korruption ist allgemein in den Staaten und grassiert wie die Pest. Sie entziehe sich praktisch jeder Kontrolle, erklärt Soziologe Joseph Berman von der New Yorker "City University". "Füchse sind damit beschäftigt, die Hühner zu bewachen."

Spät genug, wahrlich, breitet sich - übrigens auch bei uns, den Amerikanisierten - eine große Politikverdrossenheit aus. 1990 versagten sich bei den Bundeswahlen zwei Drittel der stimmberechtigten US-Bevölkerung dem Volksentscheid. Und genau ebenso viel, 66 %, halten nach einer Umfrage damals die Politiker für korrupt.

"Füchse sind damit beschäftigt, die Hühner zu bewachen ..."

Kurz nach dem Bankenkrach bekannte Bush, "stolz auf den Kapitalismus" zu sein, denn: "Der Kapitalismus ist der Stolz der Welt". Und so bietet er ihn "aller Welt als Beispiel an".

Just in jenem Jahr, da Bush sein Kapitalismus-Bekanntnis ablegte, betrugen die Schulden der US-Unternehmen 1.800.000.000.000 Dollar. Dabei hatten sie sich allein unter Reagan/Bush mindestens verdoppelt. Der Staat selbst stand dahinter natürlich nicht zurück. Im Gegenteil. Und derselbe Staat, der nach dem Zweiten Weltkrieg der reichste der Welt war, war während der goldenen Ära Reagan/Bush bereits der größte Schuldner der Welt.

Seine Passiva beliefen sich im April 1989 auf 2.775.874.961.565 Dollar und stiegen von Tag zu Tag um 722 Millionen Dollar an. 1991 hatte er bereits weit über drei Billionen Dollar Verbindlichkeiten, 1993, schätzt man, werden die Staatsschulden die vier Billionen Grenze überschreiten, sodaß die Regierung jährlich allein zum Begleichen der Zins-Schuld 300 Milliarden Dollar aufbringen muß.

Die Schulden der US-Bürger beliefen sich im September 1990 auf 3.214.512.688.472 Dollar.

Ja, viele Gründe, um stolz auf den Kapitalismus zu sein - und auf die Füchse, die die Hühner bewachen ...

Während Bush regiert, gibt es in den Vereinigten Staaten von Amerika 30 bis 40 Millionen Analphabeten; gibt es mehr Obdachlose als dort zuvor in Jahrzehnten; hat die stolze Nation mehr Arme als ganz Spanien Einwohner. Während Bush regiert, wird in den Vereinigten Staaten mehr Rauschgift verbraucht als irgendwo sonst auf Erden; sitzen vergleichsweise mehr Menschen hinter Gittern als in jedem Staat, der darüber Statistiken bietet; sind die USA alles in allem mit über zehn Billionen Dollar höher verschuldet als jedes andere Land der Welt.

...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im April 1989 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 - 1989 über die schicksalhafte "Neuner-Reihe" in der deutschen Geschichte (x853/...): >>Ein Blick auf die Jahre 1919 -1929 - 1939 – 1949

... Es hat den Anschein, als gebe es in der Geschichte bestimmte schicksalhafte Daten-Reihen die mehr als nur zufällig sind.

So stellt man in der deutsch-böhmischen Geschichte eine "Achter-Reihe" fest, die 1848 beim Prager Slawenkongreß beginnt, über das Jahr 1918 zur Gründung der Tschechoslowakei führt, sich ins Jahr 1938 mit dem Münchener Abkommen fortsetzt, 1948 die kommunistische

Machtübernahme in Prag markiert und schließlich 1968 im "Prager Frühling" endet.

In der jüngeren deutschen Geschichte fallen dagegen die Jahre mit dem Neuner am Ende auf. Da gründeten sich die im Ersten Weltkrieg besiegten Deutschen im Jahre 1919 ihren ersten republikanisch-demokratischen Staat und bekamen am 28. Juni des gleichen Jahres den ebenso unbilligen wie folgenreichen Versailler Friedensvertrag auferlegt.

Er quälte die - gewiß am Ersten Weltkrieg nicht ganz unschuldigen - Deutschen mit der schier unerträglichen Zuweisung der Alleinschuld und drückte sie mit Wiedergutmachungsforderungen so nieder, daß sie im Jahre 1923 um den Wert ihres Geldes und alle Sparguthaben kamen. Mit der Folge, daß eine Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft nur mit Hilfe amerikanischer Leihgelder möglich war. So nahm die deutsche Wirtschaft US-Dollars als Kredite an und bescherte sich für einige Jahre einen "Wohlstand auf Pump".

Als dann die amerikanische Wirtschaft im Sommer 1929 in akute Absatzschwierigkeiten kam und mit dem New Yorker Börsensturz im Oktober 1929 die tiefe Krise aller Welt offenbar wurde, gerieten auch die bei den Amerikanern verschuldeten Deutschen in den Wirtschaftsturz und erlebten in den nachfolgenden vier Jahren eine bisher noch nie dagewesene Massenarbeitslosigkeit mit 6 bis 7 Millionen Beschäftigungslosen.

So läutete das Jahr 1929 als Fernfolge des zehn Jahre zuvor auferlegten Versailler Friedensvertrags das Ende der Weimarer Republik ein und begünstigte den Aufstieg Adolf Hitlers. Theodor Heuß, der nachmalige erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, stellte daher mit Recht fest, daß "die Väter des 'Dritten Reiches' teildentisch mit den Vätern des Versailler Vertrages sind". Ein Geschichtsdeuter von hohen Graden - und 1932 ein politischer Prophet dazu. Er schrieb nämlich damals nach (der) Lektüre von Hitlers Buch "Mein Kampf":

"Wenn dieser Mann an die Macht kommen und dann auch sein Programm verwirklichen sollte, wird in spätestens 6 bis 8 Jahren der neue große Krieg da sein".

1939 bewahrheitete sich Theodor Heuß' Prognose, als am 1. September mit dem deutschen Einmarsch in Polen der Zweite Weltkrieg begann und in seinem Verlauf das politische Ordnungsgefüge Europas und der Welt in einem noch nie dagewesenen Ausmaß erschütterte. Viele Millionen Menschen fanden an und zwischen den Fronten, in Lagern und bombardierten Städten, auf der Flucht und bei der Vertreibung den Tod. Deutschland wurde völlig besiegt, Europa um seine bisherige Weltgeltung gebracht und die Ideologie des Marxismus auf über anderthalb Milliarden Menschen verbreitet.

1949 wurde den Deutschen in Ost und West endgültig bewußt, daß die Einheit ihres Staates für unabsehbare Zeit zerbrochen war, als die Siegermächte einen west- und einen ostdeutschen Staat aus der Taufe heben ließen. Dabei traf die Westdeutschen das ungleich glücklichere Los in diesem nationalen Unglück, wurde ihre Bundesrepublik doch unter dem Zeichen der Freiheit und der Demokratie begründet und erlebte alsbald einen wirtschaftlichen Aufschwung sondergleichen.

Die Väter des westdeutschen Grundgesetzes hatten sich zwar im Parlamentarischen Rat in so manche politische Vorgabe der drei westlichen Besatzungsmächte zu fügen, auch wenn der Text der bundesrepublikanischen Verfassung an keiner Stelle diese Siegerraufsicht erkennen läßt, sie waren aber frei in der Auswahl zeitgeschichtlicher Daten.

So verabschiedeten sie mit voller Absicht am 8. Mai 1949 das Grundgesetz, weil sie mit diesem Datum den 8. Mai 1945, den Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, "überlagern" wollten, wie ein Zeitzeuge damals zutreffend feststellte. Im Jahre 1949 waren sich nämlich die Deutschen in überwältigender Mehrheit einig, was der 8. Mai 1945 für Deutschland bedeutete: die erfolgreiche Eroberung eines feindlichen Landes, wie es die Sieger im Mai 1945 selbst formulierten.

Rotarmisten, "GIs" und "Tommies" kamen nicht als Befreier, sondern als Besatzer eines besiegten Landes, denen es im Westen sogar am Anfang verboten war, mit den Deutschen zu

"fraternisieren". Ein Verbot, das angesichts der vorgefundenen KZ-Greuel freilich zunächst verständlich war.

Wie soeben freigegebene Geheimdokumente der US-Regierung über vertrauliche Gespräche der drei Westmächte mit Stalin und Molotow im August 1948 ausweisen, wäre die Sowjetunion noch vor der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten im Jahre 1949 bereit gewesen, an einem einheitlichen Deutschland festzuhalten und auch die gerade im Juni 1948 verhängte Berlin-Blockade (Stalin nannte sie "Transportbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen") aufzuheben, wenn die drei Westmächte ihre Londoner Beschlüsse vom Frühjahr 1948 über die Errichtung eines westdeutschen Staates und die in ihrem Gefolge in den Westsektoren von Berlin eingeführte "Deutsch-Mark-West" (Stalin bezeichnete sie als "Mark B in Westberlin") rückgängig gemacht und in ganz Berlin die "Deutsch-Mark-Ost" zugelassen hätten.

Denselben zeitgeschichtlichen Quellen zufolge fürchtete man aber in London und in Washington, daß bei einer Aussetzung der Londoner Beschlüsse die Franzosen nicht mehr so ohne weiteres für eine erneute Zustimmung zur Errichtung eines westdeutschen Staates zu gewinnen sein könnten, falls die Sowjets dann doch von ihren Angeboten abrücken oder unannehmbare Forderungen an die Westmächte stellen sollten.

So blieben die tagelang geführten Gespräche in Moskau letztlich ergebnislos und verhinderten nicht, daß das Jahr 1949 zu einer weiteren wichtigen Zäsur in der deutschen Geschichte wurde: zur vierten folgenreichen Station in der "Neuner-Reihe" der jüngeren deutschen Geschichte.

Während die nachfolgenden "Neuner-Jahre" allenfalls für die westdeutsche Innenpolitik (1959 Wirbel um die Bundespräsidentenwahl, 1969 "Machtwechsel" in Bonn) einen gewissen Stellenwert haben, steht noch offen, ob 1989 - außer den Feiern zum 40jährigen Staatsjubiläum - noch ein geschichtsmächtiges Datum bringt - etwa einen sowjetischen Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands?<<

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).

Mehr als 120.000 Demonstranten zog am 16. Oktober 1989 durch Leipzig.

Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) trat zurück und wurde am 18. Oktober 1989 durch Egon Krenz abgelöst.

In Leipzig forderten am 23. Oktober 1989 rd. 300.000 Menschen freie Wahlen und demokratische Reformen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Oktober 1989 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern: >>**Ein Kapitel, das lange verschwiegen wurde**

... Auf stacheldrahtumzäunten Rheinwiesen, die sich rasch in grundlosen Morast mit unzähligen Löchern verwandelten, erlebten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener das Frühjahr und den Sommer 1945. Mit den Städten Kreuznach, Remagen, Andernach oder Rheinberg verbinden zahllose ehemalige deutsche Soldaten, die nach dem Kriegsende oder kurz davor in amerikanische Gefangenschaft gerieten, die Erinnerung an die grauenvollste Zeit des ganzen Krieges.

Ohne Zelte, ohne Schutz gegen den Dauerregen und nahezu ohne Nahrung und Wasser mußten sie Gras essen und ihren eigenen Urin trinken. Hunderttausende starben an Durchfall und Ruhr, an Hunger und anderen Krankheiten.

Ein kanadischer Autor, James Bacque, ist jetzt diesem von der deutschen Geschichtsforschung bisher ausgeklammerten Kapitel der Nachkriegszeit nachgegangen und errechnete bei seinen akribischen Recherchen in amerikanischen, britischen, kanadischen, französischen und deut-

schen Archiven eine Zahl von etwa einer Million deutscher Soldaten, die in amerikanischen und französischen Gefangenenlagern umkamen. Das Buch ("Der geplante Tod", Ullstein-Verlag, 352 Seiten) erschien in diesem Herbst auf dem deutschen Büchermarkt.

Denn es war keineswegs das Durcheinander in der Endphase des Krieges und der "unerwartete" Zustrom von Millionen Kriegsgefangenen, der die Organisation zusammenbrechen ließ, sondern eine vom damaligen Oberbefehlshaber Eisenhower bewußt herbeigeführte Ausrottungspolitik. So jedenfalls die für die Geschichtsforschung absolut neue These des kanadischen Autors.

Das Buch landete in Kanada rasch auf den Bestsellerlisten, berichtet das US-Magazin "TIME" und löste bei den Historikern der Neuen Welt Ratlosigkeit aus, denn Kriegsverbrechen der Alliierten waren bisher noch nicht Gegenstand amerikanischer Geschichtsforschung.

Entgegen landläufiger Annahme, die auf den Erinnerungen und Rechtfertigungen der Beteiligten beruhen, stellt Bacque klar, daß in Europa selbst in der schlimmsten Zeit nach dem Kriege alles andere als Mangel an Lebensmitteln geherrscht habe, sondern sogar ein gewaltiger Überfluß.

Sowohl die US-Armee als auch das Rote Kreuz und amerikanische Hilfsorganisationen saßen auf gefüllten Lagerhäusern. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkt ein US-Offizier, "unser Problem bestand darin, es zu kochen." Von April bis Juli besaß die Armee einen ungenutzten Vorrat, der 400 Tage gereicht hätte. Das Rote Kreuz hatte 13 Millionen Lebensmittelpakete, die es nicht verteilen durfte.

Der Eisenhower-Biograph Stephen Ambrose räumt ein, daß das Buch eine große historische Entdeckung enthalte: "Wir Amerikaner können nicht unterschlagen, daß furchtbare Dinge geschehen sind. Und sie ereigneten sich am Ende eines Krieges, den wir für Demokratie und Freiheit führten, und sie sind nicht zu entschuldigen."

Ein Oberst der US-Armee beschrieb die Lage in den amerikanischen Lagern am Rhein so: "Eng zusammengedrängt, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. ... Ein Lagerinsasse von Rheinberg war über 80 Jahre, ein anderer neun Jahre alt. ... Andauernder Hunger und quälender Durst waren ihre Begleiter, und sie starben an Ruhr."

Der juristische Trick, mit dessen Hilfe es Eisenhower gelang, den Soldaten ihren Status als Kriegsgefangene zu entziehen und sie damit außerhalb des Schutzes der Genfer Konvention von 1929 zu stellen, hieß DEF (Disarmed Enemy Forces – entwaffnete Feindkräfte). Damit war die Armee der Verpflichtung enthoben, sie gemäß den Genfer Abmachungen zu behandeln und zu ernähren. Nicht einmal das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhielt die Erlaubnis, den 1.800 amerikanischen und französischen Lagern, in denen ähnliche Zustände herrschten, einen Besuch abzustatten.

Am schlimmsten war, trotz des Regens, offenbar der Durst. "Einige legten sich der Länge nach hin und leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen", heißt es in einem Bericht den Bacque zitiert. "Ich habe Tausende sterben sehen. Sie haben die Leichen auf Lastern abtransportiert."

Bacques Berechnungen zufolge starben in den US-Lagern 793.239 Gefangene, in den französischen Lagern 167.000. Über die Behandlung in britischen und kanadischen Lagern gab es keine Beanstandungen, die Engländer hatten sich auch geweigert, Eisenhowers Überführung der Prisoners of War (PoW) in den DEF-Status zu übernehmen.

Bacque stützt seine Behauptung, daß Eisenhower ausschließlich von Rachegefühlen geleitet war, außer auf das Verbot der Auslieferung von Rote-Kreuz-Spenden auch auf das Verbot, daß die deutsche Zivilbevölkerung den hungernden Lagerinsassen etwas zukommen lassen

durfte.

Selbst Spenden von deutschen Gefangenen in den USA, die dort gut versorgt wurden, durften nicht weitergegeben werden. Für die Dauer eines Jahres war überhaupt jeder Postempfang unterbunden. Millionen Familien wußten also nicht, wo sich ihre Angehörigen befanden.

"Mindestens zehnmals so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront vom Juni 1941 bis hin zum April 1945 gefallen sind", notierte Bacque. "Darüber stand kein Wort in der Presse", heißt es bei Bacque.

Die Zahl von einer Million Toter stammt nicht aus einer offiziellen amerikanischen Quelle. Bacque rechnet sie aus einer Vielzahl von verstreuten Quellen zusammen. Diese seitenlangen Zahlenbeispiele machen das Buch nicht besonders lesbar, obwohl der Autor seinen 205 Seiten Text noch einen 40 Seiten umfassenden Anhang mit Fußnoten hinzufügt.

Eine fachkritische Auseinandersetzung um Bacques Daten hat es noch nicht gegeben. Dafür ist das Buch zu kurz auf dem Markt und sein Anspruch zu hoch wie auch seine umfassende Quellensammlung zu umfangreich.

Daß sich bislang niemand um dieses dunkle Kapitel kümmerte, hängt auch damit zusammen, daß nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO niemand diesseits und jenseits des Atlantiks Interesse daran hatte, diese Kapitel aufzuschlagen.

Bacque stellt denn auch seinem Buch ein Wort Bernard Shaws aus dem "Teufelsschüler" voraus: "Die ärgste Sünde an unseren Mitmenschen ist nicht, sie zu hassen, sondern gegen sie gleichgültig zu sein; das ist die Quintessenz der Unmenschlichkeit." <<

Dr. Ernest F. Fisher jun., ehemaliger Oberst der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika, schrieb im Vorwort des Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/15-17): >>... Die Massenkapitulation im Westen stand in auffallendem Kontrast zu den letzten Wochen an der Ostfront, wo die überlebenden Wehrmachtseinheiten noch die vorrückende Rote Armee bekämpften, um so vielen Kameraden wie möglich die Gefangenschaft durch die Russen zu ersparen. ...

Vom deutschen Standpunkt aus lieferte diese Strategie Millionen deutsche Soldaten in die, wie sie glaubten, gnädigeren Hände der Westalliierten aus, die unter dem militärischen Oberkommando von General Dwight Eisenhower standen. Jedoch General Eisenhowers grimmigem und besessenem Haß ausgeliefert, der sich nicht nur gegen das Nazi-Regime, sondern vor allem gegen alles Deutsche überhaupt richtete, ließ sich dieser Glaube bestenfalls als ein verzweifelter Glücksspiel bezeichnen.

Mehr als 5 Millionen deutsche Soldaten wurden in Stacheldrahtkäfigen zusammengepfercht, viele von ihnen buchstäblich Schulter an Schulter. Der Boden unter ihnen entwickelte sich bald zu einem Sumpf aus Dreck und Krankheit. Dem Wetter ausgesetzt, ohne jegliche auch nur primitive sanitäre Einrichtungen, dazu unterernährt, begannen die Gefangenen sehr bald an Hunger und Krankheiten zu sterben.

Von April 1945 an vernichteten die amerikanischen und französischen Armeen ungefähr eine Million Männer, vornehmlich in den amerikanischen Lagern. – Niemals seit den Greueln in dem von Konföderierten verwalteten Gefängnis in Andersonville während des amerikanischen Bürgerkrieges hatten solche Grausamkeiten unter amerikanischer Militärkontrolle stattgefunden: Mehr als vier Jahrzehnte lag diese beispiellose Tragödie in alliierten Archiven verborgen. Wie kam schließlich dieses gewaltige Kriegsverbrechen ans Licht? Die ersten Hinweise wurden 1986 durch den Autor James Bacque und seine Mitarbeiterin aufgedeckt. ...

Im Frühling 1987 trafen Mr. Bacque und ich uns in Washington. Während der folgenden Monate arbeiteten wir zusammen in den Nationalarchiven und in der George C. Marshall Stiftung in Lexington, Virginia, indem wir die Beweisstücke, die wir fanden, zusammenfügten.

Die Pläne, die von höchsten britischen und amerikanischen Regierungsstellen 1944 gemacht wurden, brachten den Entschluß zum Ausdruck, Deutschland ein für alle Mal als Weltmacht

zu zerstören, indem man es auf eine einfache Agrarwirtschaft reduzieren wollte, obwohl dieses den Hungertod von Millionen von Zivilisten bedeutet hätte. Bis heute sind sich die Historiker darüber einig, daß die alliierte Führung schon bald ihre destruktiven Pläne wegen des öffentlichen Widerstandes aufgehoben hatte.

Eisenhowers Haß, toleriert von einer ihm gefügigen Militärbürokratie, erzeugte diesen Horror der Todeslager, der mit nichts in der amerikanischen Militärgeschichte vergleichbar ist. Angesichts der katastrophalen Folgen dieses Hasses ist die lässige Gleichgültigkeit, die die SHAEF-Offiziere (des Hauptquartiers der alliierten Expeditionskräfte) an den Tag legten, die schmerzlichste Seite der amerikanischen Verstrickung.

Nichts lag der großen Mehrheit der Amerikaner 1945 ferner, als so viele unbewaffnete Deutsche nach dem Krieg zu töten. Eine Vorstellung der Größe dieses Schreckens kann man gewinnen, wenn man sich vor Augen führt, daß diese Todesraten bei weitem all jene übertreffen, die durch die deutsche Armee im Westen zwischen 1941 und April 1945 erlitten wurden. ...<< Der kanadische Journalist James Bacque schrieb später in den Schlußbemerkungen der 6. Auflage seines Buches "Der geplante Tod" (x131/203-209): >>Die Regeln der Landkriegsführung, die Genfer Konvention, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der schlichte Anstand der riesigen Mehrheit des amerikanischen und französischen Volkes, die Aufrichtigkeit der Britten und Kanadier, die freie Presse, alles hat versagt.

Es versagte, weil Männer, die unsere Helden waren, insgeheim die Macht des Todes über Menschen brachten, die hilflos in unserer Hand waren, die ihnen vorgesetzten Offiziere geboten ihnen nicht Einhalt, und sie ließen die Öffentlichkeit im dunkeln. Die ihnen Gleichgestellten und ihre Untergebenen sagten nichts. Die französische Presse sagte wenig, oder sie log. Die amerikanische Presse sagte nichts oder sie log. Die Briten und Kanadier standen dabei und sahen zu. Die einzigen Personen, die redeten, waren Jean-Pierre Pradervand, Jacques Fauvet und Victor Gollancz. ...

Die Überlebenden der Lager leiden nicht mehr physisch, das psychische Leiden jedoch hält an, weil es Leute gibt, die bestreiten, daß die Überlebenden überhaupt gelitten hätten. Und so liegen die toten Kameraden weiterhin in unbekanntenen Gräbern, eine ewige Anklage: Ihr habt uns vergessen.

Ungefähr 2.000 Überlebende haben mir, meinem Verleger und der Presse geschrieben oder haben uns angerufen; fast alle drückten ihre tiefe Erleichterung darüber aus, daß die Wahrheit über ihr Leiden nun endlich außerhalb Deutschlands bekannt geworden sei. Die Kinder, die ihren Vätern nicht glaubten, wissen es nun.

Durch dieses Wissen können sie ihre Väter - und uns - besser verstehen. Wachposten in den französischen und amerikanischen Lagern haben ihr Gewissen erleichtert. Fast jede weitere Zeuge oder Überlebende, der sich gemeldet hat, drückte seine tiefempfundenen Dank darüber aus, daß die Wahrheit nun ans Tageslicht gekommen ist. Kein einziger verlangte nach Vergeltung.

Die erste Auflage dieses Buches löste heftigen Widerstand aus. ... Die US-Armee und das US-Außenministerium entlasteten sich selbst in der Presse mit Berichten, die voller ungenauer Informationen waren und den massiven Beweis des Buches über die grausamen Bedingungen in den Lagern einfach unbeachtet ließen. Ein Vertreter des Pentagon, der verzweifelt nach einer Möglichkeit suchte, Eisenhower zu entlasten, wälzte unbeabsichtigterweise einen Teil der Schuld auf einen anderen General der amerikanischen Armee ab, der sich jedoch gut um seine Gefangenen gekümmert hatte.

Wissenschaftler in Kanada, den USA, in Frankreich, Deutschland und Großbritannien haben trotz des schwerwiegenden Beweismaterials das Buch heftig kritisiert. Einer von ihnen, ein Professor der York University in Toronto, sagte im "Time Magazine", daß "Bacques Angaben völlig fehlerhaft sind". Mein Verleger schrieb ihm unverzüglich und fragte ihn nach den Feh-

lern und den Berichtigungen. Dies war vor mehr als zwei Jahren, und noch immer fehlt jegliche Antwort. ...

Die Reaktionen sind so heftig gewesen, weil mein Buch anscheinend einen Mythos angreift, an dem wir alle seit Jahrzehnten teilhaben. Wir Nordamerikaner und Westeuropäer glauben, wir hätten unsere Tugend unter anderem dadurch bewiesen, daß wir den Teufel namens Hitler getötet und eine schreckliche Tyrannei bezwungen haben, die dann in der Gestalt unseres früheren Alliierten wiederkam.

Onkel Josef Stalin, unser lächelnder Verbündeter gegen das Böse, wurde selbst zum Bösen. Die Demokratien, die kämpften, um die Welt von Hitler zu befreien, vereinten sich gegen den verräterischen Sowjet, der – wie wir heute zugeben – mit Hilfe von Geheimpolizei, riesigen stehenden Heeren, Todeslagern und einer Einpartei-Diktatur sein Imperium des Bösen aufrecht erhielt. Die gewaltigen Verbrechen, die wir nach dem Krieg gegen die Deutschen begingen, wurden in selbstgerechter Heuchelei übertüncht. ...

Wer auch immer die Presse kontrolliert, behauptet, sie sei frei. Diejenigen, denen diese Freiheit verweigert wird, haben keine Mittel, das zu widerlegen. In der Sowjetunion verkündeten die Verleger jahrelang, die Presse sei frei. Nur durch die Untergrundpresse, die Samisdat, wußten wir, daß sie nicht für alle frei war. So wird es wohl immer sein, solange die Presse nicht für alle in der Gesellschaft existiert, sondern nur für eine Gruppe, der sie dem Namen nach dient. Wirkliche Pressefreiheit kann man nicht besitzen. Sie ist nicht teilbar. Man kann sie nicht leugnen. Sie gehört uns allen.

Wie sah es in Deutschland nach 1945 aus? Die Presse wurde zunächst den Siegern direkt unterstellt und von ihnen zensiert. Nachdem die Alliierten eine ihnen genehme Regierung erstellt hatten, unterstützten Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler alle den Westen. Willy Brandt drückte dies im Bundestag recht euphemistisch aus, als er die Gründe der Regierung nannte, die Erich-Maschke-Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen in alliierter Hand herauszugeben, zu finanzieren und zu veröffentlichen (bzw. nicht zu veröffentlichen).

Wenn so etwas im Westen passiert wäre, daß eine Regierung wichtige literarisch-historische Nachforschungen übernommen hätte, um sicherzustellen, daß nur beruhigende Schlußfolgerungen veröffentlicht würden, hätte dies einen Schrei der Entrüstung verursacht. Aber den gab es in Deutschland nicht. Die gefügigen Wissenschaftler veröffentlichten eine Dokumentationsreihe, die die Lügen der Franzosen und Amerikaner übernahm und weite Zeiträume in der Geschichte und Erlebnisberichte einfach wegließ. ...

Die Kontrolle dieser gefügigen Presse führte dazu, daß eine kleine fast heimliche Samisdat entstand (was buchstäblich bedeutete, daß es sich um private Veröffentlichungen handelte). Dutzende von Büchern und Schriften wurden von lokalen Verlegern in kleinen Auflagen herausgegeben. Sie beschrieben das Leiden der Überlebenden in diesem oder jenem Lager. Die gefügigen Deutschen - unter dem Einfluß der mächtigen staatlichen Medien – verurteilten die Samisdat; sie sei unverantwortlich oder von den Nazis beeinflusst.

All dies wurde im Westen also nicht bekannt. Nur wenn ein mutiger Schriftsteller westlich des Rheins die Initiative ergriff, wurde etwas veröffentlicht, das von größerer historischer Wahrheit war. So die Bücher des amerikanischen Wissenschaftlers Alfred de Zayas, von denen Hunderttausende in Deutschland verkauft wurden, weil es darum um allgemeine Wahrheiten ging, die in Deutschland zuvor noch nicht gedruckt worden waren.

Diese Bücher, "Nemesis at Potsdam" und "The Wehrmacht War Crimes Bureau", beschrieben Deportation, Raub und Mord; Greuelthaten, durch die Millionen von Menschen umkamen und die in Friedenszeiten von den Alliierten an Millionen von Deutschen – überwiegend an Frauen und Kindern - begangen wurden. Die Vereinigten Staaten lehnten diese Bücher innerhalb von zehn Jahren etwa 80 Mal zum Druck ab.

Dann aber wurden diese doch in den USA, in Kanada und England veröffentlicht. Alle bedeutenden englischsprachigen Rezensenten und Wissenschaftler beachteten die Veröffentlichungen gar nicht, hatten aber trotzdem viel Zeit, um immer und immer wieder die Verbrechen der Deutschen, die bereits gefaßt und bestraft worden waren, herauszustellen.

Das ging soweit, daß Deutschland zum Westen gehörte, aber keine freie Presse hatte und Deutsche frei waren, aber nicht zum Westen gehörten. ...<<

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820).

Es war damals die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

In Ostberlin wurde am 22. Dezember 1989 das Brandenburger Tor geöffnet.

Dr. Friedrich Zimmermann (1925-2012, damaliger Bundesminister des Innern) schrieb im Geleitwort der Bundesarchiv-Dokumentation "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-48", die 1989 veröffentlicht wurde (x010/9-10): >>Im Jahre 1969 erhielt das Bundesarchiv von der Bundesregierung der Großen Koalition den Auftrag, die vorliegenden Unterlagen im Hinblick auf die bei der Vertreibung verübten Verbrechen auszuwerten und einen Bericht vorzulegen.

Der 1974 fertiggestellte Bericht wurde seitdem von den Bundesregierungen der SPD-FDP-Koalition unter Verschuß gehalten. Dieses Verhalten stieß auf berechtigte Kritik.

Ich habe den Bericht deshalb nach meiner Amtsübernahme im Dezember 1982 zur wissenschaftlichen und publizistischen Benutzung im Bundesarchiv freigegeben. Damit sind dort alle dokumentarischen Zeugnisse über das Vertreibungsgeschehen der Öffentlichkeit zugänglich. ...

Eine verantwortungsbewußte Verarbeitung des Themas Vertreibung braucht den Vorwurf nicht zu scheuen, sie könne das Verhältnis zu anderen Staaten belasten und Entspannung verhindern. Wie könnte Entspannung dauerhaft sein, wenn sie das Verschweigen oder die Verfälschung geschichtlicher Ereignisse in Kauf nimmt? Nach meiner Überzeugung ist die Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens mit seinen schrecklichen Begleiterscheinungen im Interesse der geschichtlichen und politischen Bewußtseinsbildung notwendig.

Vorgänge solchen Ausmaßes dürfen nicht aus dem Bewußtsein eines Volkes verdrängt werden. Findet eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht statt, die sich von unbestechlicher Wahrheitsliebe leiten läßt, so entstehen verzerrte Bilder der Vergangenheit und entstellende Legenden. Damit ist niemandem gedient.

Die vorliegende Publikation bietet die Möglichkeit, sich über durch Zeugen belegte Vorgänge zu informieren. Sie eröffnet dem Interessierten den Weg zu vertiefter Beschäftigung mit einer Phase unserer Geschichte, die für Jüngere nun schon weit zurück und oft im Dunklen liegt.

Sie erinnert aber auch an die Achtung vor der Würde der Menschen, die stellvertretend für das ganze Volk die schwersten Folgen eines verbrecherisch angezettelten Krieges zu tragen hatten.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x024/333-334): >>... Die Vertriebenen hatten vor allem in der Zeit, als um die Ostverträge gerungen wurde, stark unter ... (dem Sensationsjournalismus) zu leiden.

Die ablehnende Haltung vieler Vertriebener den Verträgen gegenüber wurde als "Kalt-Krieger-Mentalität" verteufelt. Der Gedanke, daß etwa ein Schwabe hier leichtern Herzens würde zustimmen können als ein Ostpreuße, wurde gar nicht erst bedacht. Durch solchen Journalismus wurde der Begriff "Vertriebener" geradezu anrüchig, obwohl dem Schicksal eines Vertriebenen – egal wo in der Welt – immer Mitgefühl entgegengebracht werden sollte. Die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffen 1985 zeigte, daß der Umgang mit den Vertriebenen noch immer nicht differenziert ist, da selten unterschieden, vernünftig gewichtet und

geurteilt, sondern pauschaliert und heillos übertrieben wird.

Solange noch Politiker und Journalisten Gräben zwischen Vertriebenen und Nichtvertriebenen aufreißen, so lange ist noch nicht von einer vollkommenen Eingliederung zu sprechen. Dabei waren es doch gerade die noch immer verteufelten Vertriebenenfunktionäre, die die großartige Haltung der Vertriebenen wesentlich beeinflußt haben. Hätte nur einer von ihnen zu Haß und Gewalt aufgerufen, wäre vielleicht alles anders gekommen. Aber kein einziger deutscher Vertriebener hat zu Gewalt gegriffen, es gab keine einzige terroristische Aktion. Kein Flugzeug wurde entführt, keine Geisel genommen.

Die Bekundung des Willens der Vertriebenen geschah ausschließlich mit Worten. Unter ihnen gibt es keinen "Revanchismus". Wer es ihnen laufend vorwirft, gibt damit eigentlich nur zu, daß es eigentlich Anlaß für eine solche Haltung gäbe. Wenn vertriebene oder nichtvertriebene Deutsche gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen sind (25 %), so sind dies damit noch lange keine Revanchisten.

Aus polnischer und sowjetischer Sicht könnte man sie allenfalls als Revisionisten bezeichnen, wie sie auf eine Revision dieser Grenze im Rahmen eines Friedensvertrages hoffen. Es sind Leute, die auf völkerrechtlich nie widerrufenen Verträge pochen und sich nicht durch die "normative Kraft der Geschichte" das Recht beugen lassen wollen.

Aus dieser Haltung kann man aber keinen "Revanchismus" ableiten, wie es die Sowjetunion und Polen tun. "Revanchisten" muß es aber in der Bundesrepublik Deutschland geben, weil der Ostblock diesen Popanz braucht. ...<<

Der Journalist Johannes Groß (1932-1999) berichtete im Jahre 1989 in seinem Buch "Phoenix in Asche" über das kulturelle Niveau der Bundesrepublik Deutschland (x268/164): >>In 40 Jahren wachsenden Wohlstands hat der Staat Bundesrepublik nicht ein einziges Gebäude von architektonischem Rang errichtet, kein großes Denkmal in Auftrag gegeben, keine Musik, kein Bildwerk inspiriert – verschwände sie heute von Zauberhand, keine mit Sinnen wahrnehmbare Spur würde an sie erinnern. ... Mögen seine Politiker auch gelegentlich auftrumpfende Reden halten. Was ihr Selbstbewußtsein wert ist, sagen die Steine, die nichts zu reden haben. ...<<

Dr. phil. Rudolf Witzel (1955-2013) berichtete über das öffentliche US-Bildungswesen im Jahre 1989 (x295/120): >>... Die Allgemeinbildung der Amerikaner und die Abbruchquoten beim Schulbesuch sind alarmierend. 1989 konnten 24 Millionen der erwachsenen Amerikaner die USA nicht auf einer Weltkarte ausfindig machen, 44 Millionen weder China noch den Pazifischen Ocean auffinden, jeder vierte Besucher einer High School verließ seit 1985 die Schule ohne Abschluß, und 25 % der Absolventen konnten weder richtig lesen noch schreiben.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den beiden am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppen den Schwarzen und den Hispanics: Hier verlassen 40-45 % die Schule ohne Abschluß.

Diese letzte Zahl ist besonders besorgniserregend, weil sie das zunehmende Versagen der amerikanischen öffentlichen Schulen ("public schools") gerade in dem Bereich zeigt, der in der Vergangenheit ihre hauptsächliche Leistung ausmachte: die für alle Bevölkerungsgruppen und insbesondere für die Einwandererkinder bereitgestellte Grundausbildung. ...<<

Eine große deutsche Wochenzeitschrift berichtete im Jahre 1989 über das im Vietnamkrieg eingesetzte chemische Entlaubungsmittel "Agent Orange" (x068/347): >>Die Notstände gehen uns alle an ... Das Gift wirkt über Generationen hinaus. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Vietnamkrieg (x068/344-347): >>... Der Indochinakrieg wurde auch chemisch und biologisch geführt, mit den verschiedensten Giften, mit flüssigen Gasen und festen Gasen, mit Gasen, die sich erst beim Entströmen aus dem Behälter in Gase verwandeln. Mit massivem

Einsatz von CN (Chloro-Acetophenon) zum Beispiel, von CS (Ortho-Chloro-Benzal-Malonitril), von DM (ein Chlorhydrat von Phenarsazin oder Adamsit). Nach vietnamesischen Angaben wurden 1963 durch sogenannte Entlaubungsmittel, Herbizide, 320.000 Hektar Land zerstört, 1964 schon 500.000, 1965 bereits 700.000 Hektar.

Eines der bekanntesten dieser Chemikalien war das in den sechziger Jahren in den USA entwickelte "Agent Orange". Mit Dioxin verseucht, mit hoch giftigen Substanzen, wurde es in solch ungeheueren Mengen zur Entlaubung des Dschungels, zum systematischen Ruinieren der Felder, der Dörfer eingesetzt, daß der US-Chemiewaffenhersteller Dow Chemical, Midland, bereits 1964 in "Lieferschwierigkeiten" kam. Da sprang ein deutsches Unternehmen in die Bresche, der Chemie-Konzern Ernst Boehringer, Ingelheim.

An der Spitze dieses Unternehmens aber stand seinerzeit der spätere Präsident des Evangelischen Kirchentages und ehemalige Präsident der Bundesrepublik Deutschland Dr. Richard von Weizsäcker - keine wichtige Entscheidung fiel ohne ihn.

Der deutsche Waffenproduzent half dem amerikanischen Chemiewaffenhersteller Dow Chemical aus, er lieferte ihm "ein modernes Verfahren zur Herstellung von Zutaten für den Kampfstoff Agent Orange". Und je mehr Boehringer-Gift auf Vietnam niederging, desto mehr stieg Boehringer in Ingelheim auf. "So lange der Vietnam-Krieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten", beschrieb man optimistisch die Lage in der Firma.

"Tatsächlich ging unter Weizsäcker die Weiterentwicklung des Hauses Boehringer steil nach oben. Der offizielle Hauptlieferant für 'Agent Orange', Dow Chemical in Midland/Michigan, lobte den 'großartigen Kooperationsgeist', den der Boehringer-Konzern zeigte."

So steht in der Strafanzeige des früheren Mannheimer Amtsgerichtsdirektors Rudolf Deichner vom Dezember 1989 gegen Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker wegen "Beteiligung an Völkermord" und anderen Straftaten, in einer Anzeige, die seitdem deutsche Staatsanwaltschaften, eher weniger als mehr, darf man vermuten, beschäftigt.

Tanker auf Tanker mit "Agent Orange" wird in den sechziger Jahren ins Mekongdelta verschifft und dann das Gift, Millionen Tonnen Gift ... über Hinterindien versprüht, auf Vietnam, Laos, Kambodscha verregnet, aus B-52 oder C-123 und C-130 Bombern, aus Hubschraubern, Transportmaschinen.

Bei gutem Wetter und nur leichtem Wind fliegen diese Maschinen mit Aufklärer und Begleitschutz in den schönen Stunden von Sonnenaufgang bis acht oder neun Uhr in etwa hundert Meter Höhe über das Land und verteilen das Gift, den deutschen Beitrag, die Gottesgabe aus Ingelheim am Rhein, von "C. H. Boehringer Sohn Weizsäcker", weithin über Dschungel und Obstplantagen, über Ackerland und dicht besiedelte Gebiete, über Hunderte von Dörfern, über Reis und Mais, Zuckerrohr und Maniok, über Kartoffeln, Wassermelonen, Bananenstauden, Pfeffersträucher.

Alles wird weithin vernichtet, verheert, die Ernten verdorren - ach ja, warum nicht wieder mal eine Aktion, eine Sammelaktion der Evangelischen Kirche BROT FÜR DIE WELT mit einem beeindruckenden Aufruf des Ex-Kirchenpräsidenten, des Bundespräsidenten jetzt, edel-souverän und mit markanter Mimik ...?

Oh, wir kennen sie, die schönen Reden, die alle protestantischen Studiendirektorinnen Deutschlands verzaubern: "Wir müssen teilen lernen" - "Jetzt ist eine unerhörte Gemeinschaftsleistung nötig" - "Die Notstände gehen uns alle an" - aber den einen vielleicht doch etwas weniger und den anderen doch etwas mehr, zumal einen Bundespräsidenten mit so großer Verantwortung? Und nicht so kleinem Vermögen? Oder meinen Sie nicht?

Gift? Ja, Millionen Tonnen auf das "Land des Südens" und die angrenzenden Länder. Gift, Gift. "Agent Orange" ... hinaus und hinab, auf den Ba Lai-Fluß, den Bin Hai-Fluß, den Re-Fluß, in Bäche und Kanäle hinein und fort mit dem Wind, die Fische infiziert, die Rinder, die Schafe, das Wild, gezählte und ungezählte Tausende von Tieren getötet. Büffel, Ochsen,

Schweine kläglich zugrunde gerichtet.

Und allein in zwei Jahren, von Mitte 1965 bis Mitte 1967 Hunderttausende von Menschen vergiftet, ihnen Lungenödeme angehängt, Magen- und Darmerkrankungen, Fehlgeburten, hohes Fieber, anhaltende Durchfälle - und Todesfälle auch, manchmal Frauen besonders, Kinder und Greise. "Zehntausende von Menschen wurden von dieser chemischen Keule getötet."

Ja, wie wäre es mit einem Staatsbesuch, einer Good-will-Reise, nach Kambodscha vielleicht, Laos, Vietnam, fast friedliche Länder jetzt? Und Frieden doch auch zu Hause, Friedhofsruhe mitunter. Im endlich stillgelegten Chemie-Werk "C. H. Boehringer in Hamburg-Billbrook" zum Beispiel - "Krebs, Bronchitis, Selbstmord - Die Fabrik des Todes", mehr als 20 Selbstmorde unter den Mitarbeitern und über 130 "elendiglich an Krebs und Leukämie Verstorbene" - bis zum 6. Juli 1990.

Aber doch nicht nur dies daheim. Nein, auch ein beruhigendes Vermögen, relativ stattlich, in dreistelliger Millionenhöhe, allein bei Bosch ein 100-Millionen-Aktienpaket, und Beteiligungen auch anderwärts, man könnte sie nennen. "Wir müssen teilen lernen ..."

Aber auch Vorsorgen freilich für die Zukunft!

Nicht nur heute noch schrecklich verkrüppelte, behinderte Kinder, körperlich und geistig ruiniert. "Die Notstände gehen uns alle an ..."

"Agent Orange": "Das Gift wirkt über Generationen hinaus", so eine große deutsche Wochenzeitschrift 1989. Und noch lange wird es, wird er weiter wirken, weiter leben. "Agent Orange-Folgen" in vietnamesischen Glasbehältern: "menschliche Föten mit Zyklopienaugen, ohne Arme, ohne Beine, ohne Hälse, mit Riesenköpfen ..."

"Ich habe mir meinen Weg selber erarbeitet." So der Wegbereiter. Und das Allensbach-Orakel in christlicher Verbundenheit: "Kein Schatten auf dieser Gestalt."

Überrascht es?

Nun, ich hatte das, gedruckt schon, wenn auch in Kleinstauflage, alles in Händen. Doch schrieb ich dem Autor und erhielt unter dem 13.7.1992 "en prompte réponse: In Sachen v.W. bin ich nie juristisch belangt worden. Ich habe mir dieserhalb alle Mühe gegeben - siehe auch Anlage vom 8.4.92 - Schweigen im Walde. - In der Hauptkirche FHH am 3.10.91 auf 5 m Entfernung im Beisein von Bundesministern, Ministerpräsidenten, Staatssekretären usw. dreimal das Wort "Mörder" ins Gesicht (in Verbindung mit "Völker-", "Arbeiter-" und "Giftgas-") ... Die BRD hat einen Präsidenten - der das Forschen in seiner Vergangenheit fürchtet und dieserhalb eben auch juristische Schritte." <<

Die 4 Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und die beiden deutschen Staaten vereinbarten am 13. Februar 1990 in Ottawa "Zwei-plus-Vier-Gespräche", um die "äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit" abzuklären.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1990) berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fallen**

Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an

Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkriegs ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt.

Zu den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs, denen nach der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Reparationen zustanden, zählte auch Australien. Dort wurde 1947 die Idee geboren, das besiegte Reich zur Behebung eines der ehemaligen Strafkolonie angeborenen Mangels heranzuziehen:

In Australien gab es seit jeher zu wenig Frauen. In Deutschland hingegen herrschte, so die Überlegung, angesichts der Millionen gefallenen, gefangenen und zur Zwangsarbeit ver-

schleppten Männer Frauenüberschuß. Also könnten die Deutschen doch statt Reparationen 200.000 Mädchen schicken. Die sollten freilich nicht älter als zwölf Jahre sein, weil sonst zu große Gefahr bestünde, daß sie den NS-Bazillus auf den fünften Kontinent einschleppten.

Im Gegensatz zu sonstigem Aberwitz bei Reparationsforderungen hatte diese Vision von einer germanischen Blutauffrischung fürs andere Ende der Welt, die auch von Himmler hätte stammen können, nie Aussicht auf Verwirklichung. Andere Horror-Ideen, wie jene des US-Finanzministers Henry Morgenthau, der Deutschland auf ein Weideland reduzieren wollte, wurden zumindest im Ansatz durchaus realisiert.

Die Briten demontierten nicht nur massenhaft Fabriken, Werften und Kräne. Sie schlugen in einem "Operation Buntspecht" genannten Raubzug norddeutsche Wälder kahl, weil, so der ehemalige Ackerbauminister Hudson, "die Deutschen sich hübsch dahinterzuklemmen haben, das zu liefern, was wir für unseren Wiederaufbau brauchen" - und dazu "werden wir auch rücksichtslos die deutschen Bäume fällen".

In Südwestdeutschland holzten die Franzosen in den Forsten und beschlagnahmten als "gefährliche Industrie" etwa Geräte der schwäbischen Uhrenhersteller, da damit ja auch Zeitzylinder hergestellt werden könnten. Die Russen, die allein im Februar 1947 über den Bahnhof Frankfurt/Oder 11.000 Güterwaggons voll Reparationsbeute gen Osten schafften, reduzierten die Reichsbahn in ihrer Zone auf eingleisigen Betrieb. Mit den Zügen transportierten sie auch die Schienen ab. Daß aus Magdeburg bis Ende 1946 Lieferverpflichtungen über 133.000 Hektoliter Rohspiritus in die UdSSR vorlagen, gab bei allem Elend Anlaß zu bitteren Witzen über den "Iwan".

Überhaupt nicht mehr lachen konnten die darbenenden Deutschen nach Hitlers verlorenem Krieg darüber, daß auch allerlei exotische Mitglieder der Siegerkoalition von insgesamt 53 Staaten Ansprüche anmeldeten: Guatemala etwa rechnete seine Reparationsforderungen auf 85 Millionen Dollar hoch, obwohl es mit den Deutschen den ganzen Krieg lang nichts zu schaffen gehabt hatte. Aber, so die Begründung der mittelamerikanischen Mitsieger: Sie hätten allerlei kriegswichtige Straßen durch den Busch hauen müssen.

Titos Jugoslawien schätzte seine Kriegstoten auf 1,7 Millionen - so viele erschienen in der Statistik als "demographischer Verlust", von Jugoslawen massakrierte Volksdeutsche inklusive - und leitete daraus 1947 einen Schaden von 46,9 Milliarden Golddollar ab, eine Währung, die es längst nicht mehr gab.

Gleichwohl wurde die Forderung, von der sich der Tito-Staat "ewigen Wohlstand" ohne Steuern versprach, bei der Interalliierten Reparationsagentur (IARA) eingereicht, in deren Büchern sich innerhalb eines Jahres nach ihrer Gründung 1946 Rechnungen im Gesamtbetrag von über 300 Milliarden Dollar ansammelten, deren Begleichung von den geschlagenen Deutschen verlangt wurde - obwohl die Alliierten in Jalta ihnen zunächst "nur" 20 Milliarden Dollar Kontribution auferlegt hatten, davon die Hälfte für die Sowjetunion.

1953 - Deutschland war längst geteilt und jeweils wichtige Säule der Besatzer in ihrem Kalten Krieg gegeneinander - verzichteten die Sieger auf weitere Reparationen, freilich unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung bei einem Friedensvertrag:

Moskau entthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.

Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.

Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliar-

den Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.

Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.

Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden.

"Ich weiß nicht, wie man auf die Idee kommen kann, dieses Faß wieder zu öffnen", polterte der FDP-Graf Lambsdorff vergangene Woche vor der Fernsehkamera und fragte sich, wer jetzt wohl noch Forderungen stellen werde. Mit Costa Rica griff er sich freilich einen ungeeigneten Verdächtigen - die zentralamerikanische Republik war nur in den Krieg gegen Japan eingetreten.

Auf die fatale Idee, das Wort Reparationen aus der Kiste zu zaubern, war jener promovierte Zeitgeschichtler gekommen, der, wie von einem Fluch behext, meist auf dem Bauch landet, wenn er's mit der Zeitgeschichte hat: Bundeskanzler Helmut Kohl.

Der Regierungschef, dem in Israel einfiel, die ihm zuteil gewordene "Gnade der späten Geburt" zu preisen, die seine Generation von Verantwortung für die Nazi-Greuel rette, der den US-Präsidenten Ronald Reagan zum Defilee auf den Bitburger Soldatenfriedhof mit seinen SS-Gräbern nötigte, der den Reformier Michail Gorbatschow mit Joseph Goebbels verglich, der noch in der DDR der achtziger Jahre KZs ausmachte und in Polen ausgerechnet den schlesischen Annaberg, die Triumphstätte deutschnationaler Freikorps, besuchen wollte:

Dieser Kanzler krönte seinen monatelangen Eiertanz um die Oder-Neiße-Grenze, mit dem er weltweit kaum wiedergutzumachenden Schaden über die Deutschen brachte, mit der Forderung, Polen müsse für eine Anerkennung der Grenze auf Reparationen verzichten.

Indem der Bonner Kanzler ohne jede Not das tückische Stichwort wieder aus der Versenkung holte, weder politisch noch rational zu erklären, öffnete er alle Schleusen - nun kommen auf ein vielleicht bald vereintes Deutschland neue Phantasieforderungen in dreistelligen Milliarden-Summen zu, die abzuwehren aufgrund von zahllosen Präzedenzfällen nicht leicht werden wird.

Von Albanien, das sich zwei Milliarden Dollar Wiedergutmachung ausrechnete, über Finnland, das, unter anderem, Ersatz für 24.000 Rentiere haben möchte, die deutsche Truppen 1944 beim Rückzug in Lappland abschossen, bis zu Millionen Zwangsarbeitern und ihren Erben, deren Forderungen sich auf viele hundert Milliarden Mark summieren, wollen alle ans große Geld der reichen Deutschen, die ja bald noch reicher sein werden.

Nicht, daß viele dieser Forderungen nicht ohnedies bei manchen Regierungen, etlichen Vereinen und zahlreichen Advokaten herumgespuht hätten. Aber das sinnlose Herumlavieren des Weltstaatsmannes aus Bonn mit der Polen-Grenze samt seiner Reparationsgegenrechnung hat alle Welt zu Aufrechnungen ermuntert, die viel leichter abzuwehren gewesen wären, hätte der Kanzler mit einer sofortigen klaren Anerkennung der Nachkriegsrealitäten von sich aus einen Schlußstrich gezogen.

So aber werden sich trotz aller verzweifelten Bonner Bemühungen, den Geist wieder in die Flasche zurückzustopfen, auch noch künftige deutsche Regierungen mit dem ebenso unerschöpflichen wie unlösbaren Thema Reparationen herumschlagen müssen.

Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlachte-

nen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."

Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.

Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste Katastrophe heraufbeschwört. Das Reparationskarussell der zwanziger Jahre bewies zudem, daß die Begierden der Sieger und der Leistungswille der Unterlegenen nie und nimmer auf einen Nenner zu bringen sind, und zeigte, daß nie auch nur annähernd Einigung darüber zu erzielen war, wieviel nun tatsächlich zu bezahlen sei oder bezahlt wurde.

Die gesamten Forderungen an das geschlagene Kaiserreich erreichten nach Versailles astronomische Summen. Während Deutschland zunächst eine Verpflichtung über 100 Milliarden Goldmark einging, rechneten die Sieger 1921 eine genaue Schuld von 132 Milliarden aus. Laut deutscher Berechnung wurden davon bis 1924 - als mit dem sogenannten Dawes-Plan ein wirtschaftlich vertretbarer Zahlungsplan aufgestellt wurde - 42 Milliarden Goldmark tatsächlich bezahlt. Die Sieger, die nach einem Wort des Britenpremiers Lloyd George Deutschland als Kuh betrachteten, "die gleichzeitig Milch und Beefsteak liefern soll", wollten aber nach ihren eigenen Kalkulationen nur knapp zehn Milliarden bekommen haben.

Das Gefeielsche zog sich über Inflation bis zur Wirtschaftskrise hin, dem Dawes folgte der Young-Plan, Kredite wurden gewährt, um Zinszahlungen zu ermöglichen, Zahlungsfristen geändert und Beträge gestundet. 1932 schließlich wird ein Ende der Reparationen vereinbart.

Gelernt hatten die Sieger nichts daraus. "Die Geschichte hat sich nicht nur in der deutschen Niederlage wiederholt", klagte am Ende des Zweiten Weltkriegs der US-Ökonom Jacob Viner, "sie wiederholt sich auch beim deutschen Reparationsproblem, das zu einem dritten Weltkrieg führen kann."

Davor stand dann die Eröffnung neuer Fronten zwischen den Siegern - aber das konnten die 53 Staaten, die sich 1945 über die deutsche Beute hermachten, noch nicht wissen. Die Besatzer bedienten sich selber nach Belieben, vor allem die Sowjets, denen die Westalliierten nach Beginn der Berlin-Blockade 1948 endgültig den vereinbarten Beuteanteil aus ihren Zonen vorenthielten.

All jene, die keinen direkten Zugriff auf die Beute hatten, meldeten bei der Reparationsagentur IARA ihre zum Teil abenteuerlichen Forderungen an. Um Anteile an dem Kuchen kam es regelmäßig zum Streit. Ein Schiff, das Albanien zugesprochen wurde, kam dort nie an - die Jugoslawen fanden, Albaner könnten es gar nicht bedienen, und behielten es selbst. Tito-Emissäre kämten die Reste des Reiches nach angeblich aus Jugoslawien verschleppten Schätzen durch, und erfreuten den Partisanenchef etwa mit kostbaren Gemälden von Rembrandt und Velazquez, die noch nie in Jugoslawien gewesen waren.

Indien erhielt demontierte deutsche Industriewerke, darunter eine Sprengstofffabrik. Als im Gefolge der Entkolonialisierung auf dem Subkontinent der neue Staat Pakistan entstand, klagte auch der seinen Anteil an der deutschen Beute ein. Eine rühmliche Ausnahme war Indiens Friedensapostel Mahatma Gandhi: Er appellierte schon 1947 an seine Landsleute, auf deutsche Reparationen aus "moralischen Gründen" zu verzichten, da "Deutschland heute zu den unterdrückten Nationen zählt".

Verzichtet hat auch Südafrika. Griechenland hingegen ließ seine Industrie-Beute im Hamburger Hafen verrotten, später verscherbelten Spekulanten das Beutegut an britische Interessenten.

Immer öfter lehnten sich deutsche Arbeiter gegen die Massendemontage auf, die allein in den

Westzonen zunächst 1.800 Betriebe betreffen sollte. Nicht nur, daß ihnen dadurch ihre Arbeitsplätze genommen wurden, sie mußten dabei auch noch mitschufte. Zeitweise waren Zehntausende Deutsche damit beschäftigt, ihre Fabrikanlagen für den Abtransport ins Ausland zu zerlegen.

Als die Engländer aus dem Ruhrgebiet eine besonders schwere Schmiedepresse abtransportieren wollten, mußte dafür eine Brücke verstärkt werden. All das trieb die tatsächlichen Reparationskosten in astronomische Höhen. Ab 1947 kam es zunehmend zu Streiks und Blockaden der betroffenen Belegschaften. Vereinzelt setzte es für alliierte Demonteur Hiebe, die von Militärgerichten streng geahndet wurden.

Schließlich waren es die Amerikaner, die darauf drängten, der Demontagewillkür ein Ende zu setzen. Sie fanden sich selber in der absurden Situation, daß sie mit Marshallplan-Milliarden den Wiederaufbau Westdeutschlands betrieben, während ihre Verbündeten noch eifrig mit dem Abbau beschäftigt waren. So kam es 1953 zu jenem Londoner Schuldenabkommen, auf das sich Bonn heute beruft, wenn es verkündet, die Reparationsansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg seien damit erledigt.

Nur stimmt das nicht. Erstens heißt es im Artikel 25 des Vertrages, daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands das ganze Abkommen zu überprüfen sei. Zweitens haben die Deutschen auch danach noch oft selbst in die Tasche gegriffen, unter politischem, moralischem oder juristischem Zwang, aus Billigkeit oder menschlichen Erwägungen.

So zahlte Bonn nach dem Londoner Vertrag noch pauschale Entschädigungssummen für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" an seine westlichen Nachbarn: 400 Millionen an Frankreich, 125 an die Niederlande, 115 an Griechenland, 80 an Belgien, 60 an Norwegen, 18 an Luxemburg, 16 an Dänemark, 11 an England, 10 an die Schweiz und eine Million an Schweden.

Es leistete Wiedergutmachung an einstige Verbündete, die ihrerseits wieder Reparationen an die Sieger zu leisten hatten - etwa an Ungarn oder Italien.

Obwohl Konrad Adenauer gegiftet hatte, wenn etwa Österreich Reparationen verlange, werde man der einstigen Ostmark die "Jebeine Adolf Hitlers" zustellen, erhielt auch Wien 101 Millionen Mark - als "Beitrag zur österreichischen Wiedergutmachung".

So wurde die Entschädigung, von der Bundesregierung selbst als "historisch einzigartige Leistung" gerühmt, zum Faß ohne Boden. Allein 80 Milliarden verschlang die individuelle Entschädigung von Opfern des NS-Regimes.

Aus "humanitären Gründen" zahlte Bonn auch an Opfer von ehemaligen Verbündeten, wenn deren Lobby nur stark genug war.

1959 zum Beispiel wurden vom Kabinett "Härteleistungen für sogenannte Wapniarka-Geschädigte" beschlossen: Die mit Hitler verbündete rumänische Regierung hatte in ihrem KZ Wapniarka inhaftierte Juden 1943 mit verdorbenen Kichererbsen ernährt, die, eigentlich als Tierfutter vorgesehen, von der Lagerverwaltung auf dem Bahnhof der Stadt requiriert worden waren.

Dies führte bei vielen Häftlingen zu Lähmungen. Überlebende Wapniarka-Insassen wanderten nach dem Krieg nach Israel aus, fielen dort aber nicht unter die von Bonn geleistete Entschädigung für jüdische NS-Opfer.

"Obwohl die Gesundheitsschäden der ehemaligen Häftlinge des Lagers Wapniarka ausschließlich auf Verfolgungsmaßnahmen des damals souveränen rumänischen Staates zurückzuführen sind", wie die Bundesregierung betonte, erklärte sie sich "ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs" bereit, in besonderen Notfällen mit jeweils 5.000 Mark zu helfen. Bis Ende 1986 wurden aus diesem Titel 2.420.500 Mark ausgezahlt.

Von cleveren US-Anwälten bedrängt, zahlt Bonn Renten an in Amerika lebende Juden. Die Bundesrepublik anerkannte nach Francos Tod Entschädigungen an republikanische Spanier,

die während des Spanischen Bürgerkriegs und danach unter deutschem Terror litten - es trafen dazu immerhin über 13.000 Anträge ein.

Bonn beugte sich, wenn auch nur zögernd, Forderungen verfolgter Sinti und Roma - Folge: etwa 4.000 Anträge. Es zahlte - trotz des polnischen Verzichts, dessen Gültigkeit die Bundesregierung nun beschwört - 100 Millionen für polnische Opfer von Medizinversuchen in Konzentrationslagern.

Nachdem die Regierung Brandt mit Polen den Warschauer Vertrag geschlossen hatte, überwies Bonn 1,3 Milliarden Mark für polnische Rentner. Die Auszahlung dieser Gelder an die Berechtigten führte in Polen zu Konflikten, die bis heute andauern, da der Staat die Summe in Devisen bekam, die Menschen aber mit Zloty zu miesem Kurs bediente.

Ähnlich geschah es in Belgrad, wo Kanzler Brandt den Präsidenten Tito 1973 mit einem Kredit von einer Milliarde Mark bedachte, wofür Jugoslawien sich verpflichtete, "die Entschädigungsfrage nicht mehr zu stellen". Kein jugoslawischer Geschädigter sah je einen Pfennig davon.

Die Ostverträge schienen manchen Regierungen Gelegenheit, neue Forderungen zu stellen - CDU-Politiker, die sie zu Fall bringen wollten, malten damals das Schreckgespenst von 100 Milliarden Kosten an die Wand. Doch Bonn wehrte alle Reparationsverlangen prinzipiell ab - als Albanien etwa die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Milliarden honoriert sehen wollte oder Libyens Oberst Gaddafi Geld aus Bonn für die vom Afrikakorps in der Wüste vergrabenen Minen begehrte.

Später, als die Frage der Zwangsarbeiter hochkam, die deutsche Weltfirmen sich aus Himmels Konzentrationslagern billig besorgt hatten, überwies einzelne Firmen widerwillig und "ohne Rechtsanspruch" symbolische Beträge: I.G. Farben, Krupp, AEG, Siemens und Rheinmetall 50,5 Millionen, Feldmühle-Nobel fünf Millionen, Daimler-Benz - erst 1988 - 20 Millionen Mark.

Die Revolution in Osteuropa eröffnete den Menschen auch die Freiheit, individuelle Ansprüche zu erheben. Warschauer KP-Regierung hatte es den polnischen Zwangsarbeitern jahrelang verboten, sich zu organisieren und Wiedergutmachung zu fordern. 1987 erlaubte sie die Gründung einer "Gesellschaft der vom Dritten Reich ausgebeuteten Polen", die ihren Sitz im Justizministerium nahm. Die Gesamtrechnung der Polen erreicht die gigantische Summe von 537 Milliarden Mark, die nun notfalls vor der Uno eingeklagt werden soll.

Die Regierung Mazowiecki machte sich Forderungen ihrer von den Nazis ausgebeuteten Bürger im Prinzip zu eigen. Als Polens Premier den Kanzler bei seinem Besuch im vorigen Herbst darauf am 14. Februar in Bonn ansprach, sagte Kohl zu, die Frage "zu prüfen". Wieder zu Hause, sah er dafür freilich "keine Chance" mehr.

Unterdessen hatten sich auch bei jugoslawischen Rotkreuzstellen Zehntausende ehemalige NS-Opfer gemeldet.

Jugoslawien werde sich, drohte die Belgrader Politika, ungeachtet Kohls Ablehnung jeder Reparationsforderung "nicht durstig übers Wasser führen lassen". Die Regierung betonte, mit der deutschen Einheit stelle sich "die Frage nach Reparationen von neuem".

Eine wahrhaft unendliche Geschichte: Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".

Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüfelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinses-

zins schulde, weil die Ostdeutschen (Mitteldeutschen) sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727.165.791.041 Mark.

Es sind Zahlen der Art, die jedem Normalbürger Schwindel verursachen, so unreal sie sein mögen. Doch die Diskussion darüber ist in diesen Wochen in Gang gekommen, das Reparationskarussell beginnt sich wieder zu drehen.

"Kohl darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, nicht nur das Thema selbst aufs Tapet (etwas ansprechen) gebracht zu haben", urteilt der Wiener Standard, "sondern das auch noch auf eine Art getan zu haben, die antideutsche Ressentiments allerorten wiedererweckt. Der Mann, der sich so gerne als Enkel Adenauers sieht, läßt in einer entscheidenden Phase der deutschen Geschichte staatsmännisches Format vermissen. Und da deutsche Geschichte immer europäische Geschichte ist, stimmt dies doppelt bedenklich."<<

Das niederländische Wochenmagazin "Elsevier" veröffentlichte am 7. April 1990 ein Interview mit dem polnischen Politiker Lech Walesa (seit Dezember 1990 bis Ende 1995 Staatspräsident) über die polnischen Sorgen nach der deutschen Wiedervereinigung (x309/45): >>...

Es gibt auch allen Grund für Besorgnis. Und nicht nur die Polen müssen sich Sorgen machen, sondern auch Europa und eigentlich die ganze Welt. Wir haben genügend Erfahrungen mit einem vereinigten Deutschland gemacht, die Deutschen übrigens selbst auch. Aber ich bin davon überzeugt, daß beide, sowohl Europa als auch Deutschland, eine Reihe von Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit gezogen haben. Und ich werde eine Äußerung machen, die mich in Deutschland nicht populär machen wird, aber ich schreke nicht davor zurück:

Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte ausradiert werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung. ...<<

Am 22. Juli 1990 beschloß die Volkskammer das Ländereinführungsgesetz, das am 14. Oktober 1990 in Kraft trat. Dadurch entstanden die fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Die Bezirkstage und Räte der Bezirke wurden bereits ab August 1990 aufgelöst und in die neuen Landesbehörden integriert. Die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg bildeten im Wesentlichen das Land Mecklenburg-Vorpommern. Aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt und Cottbus wurde das Land Brandenburg, die Bezirke Magdeburg und Halle gingen im Land Sachsen-Anhalt auf. Die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl wurden zum Freistaat Thüringen und aus den Bezirken Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt (seit 1990 wieder Bezirk Chemnitz) wurde der Freistaat Sachsen gebildet.

Einige Kreise und Gemeinden wechselten in den folgenden Jahren in andere Bundesländer. Die neuen Landesgrenzen waren weder mit den alten Bezirksgrenzen noch mit den Landesgrenzen von 1952 identisch.

Irakische Truppen marschierten am 2. August 1990 in das benachbarte Emirat Kuwait ein, um die großen Ölfelder zu annektieren.

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).

Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).

Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 trat gemäß Bekanntmachung vom 29. September 1990 (GBl. I S. 1988) am 29. September 1990 in Kraft.

In Moskau wurde am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb später über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 1. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und daher auch nicht identisch mit dem Deutschland von heute.

Das Deutsche Reich besteht vielmehr bis auf den heutigen Tag fort. Und zwar aus folgenden Rechtsgründen:

2. Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Das hat auch noch zur Folge, daß auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, daß das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht.

Denn es widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht eindeutig, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht dem deutschen Recht im Range vor, weshalb alles, was dagegen verstößt, in Deutschland rechtswidrig ist.

Das ergibt sich völkerrechtlich aus dem im Völkerrecht für den Krieg allein geltenden Gesetz des Internationalen Kriegsrechts, der sog. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907. Sie gilt noch heute für jede Besatzungsmacht in jedem fremden Land, das infolge eines Krieges besetzt wurde (Artikel 22). Mithin ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich und auch Preußen noch vollständig weiterbestehen und nicht etwa gar völkerrechtlich zulässig von den Okkupationsmächten Polen, Rußland (Nord-Ostpreußen), Litauen (Memelkreise) annektiert worden sind.

3. Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 8. Mai 1945 erloschen sein, sofern eine sogenannte debellatio vorliegen würde. Das ist nach allgemeinem Völkerrecht dann der Fall, wenn eine politische Macht durch eine andere militärische Macht den Staat "Deutsches Reich" und auch "Preußen" vollkommen besiegt hätte.

Das aber war nicht der Fall, wie sich völkerrechtlich eindeutig aus der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt des Staates durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (sog. Berliner Erklärung)" ergibt.

Dort erklärten die Sieger das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Daher betrachten sie Deutschland als politische Einheit in diesem Rahmen und wollten so über Deutschland verhandeln. Das bedeutet, daß debellatio Deutschlands nicht vorliegt und daß schon aus diesem Rechtsrahmen und Rechtsgrund das Deutsche Reich und Preußen staats- und völkerrechtlich in vollem Umfang fortbestehen.

4. Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde.

Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nach dem allgemeinen Öffentlichen Recht, also nach dem Völkerrecht und dem deutschen Staatsrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das als solches bis heute fortbesteht.

Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das ja als solches staats- und völkerrechtlich weiterbesteht.

Es wird international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland vertreten, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht.

Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat

es bis heute noch nicht gegeben.

5. Nach diesen beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sind die ersten staatsrechtlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Wiedervereinigung des gesamten Deutschen Reiches, also auch jenseits von Oder und Neiße, und ihre Pflichten zur Erreichung dieses Zieles nicht aufzugeben, sowie alles zu unterlassen, was dieses Ziel verhindern könnte.

Es ist aber nicht zugleich in diesen Entscheidungen festgestellt worden, in welchem Rahmen diese Wiedervereinigung erfolgen sollte, wie also Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße behandelt werden sollte.

6. Die hiermit geschaffenen Daten der Wiedervereinigung und des Völkerrechtsstatus Gesamtdeutschlands und Preußens sind jedenfalls auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkt, das nicht zugleich identisch mit dem der Bundesrepublik Deutschland ist.

Demnach ist es staats- und völkerrechtlich zulässig, einen neuen Freistaat Preußen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zu gründen, wofür etwa das Gebiet um Königsberg (Kaliningrad) und das der Freien Stadt Danzig in Betracht kommt, das derzeit noch völkerrechtswidrig, wie gezeigt worden ist, von Rußland und Polen besetzt ist.

7. Die Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig ist der Völkerrechtslage des gesamtdeutschen Reiches gleichartig, nachdem die Freie Stadt Danzig bis 1919 noch untrennbar Bestandteil des Deutschen Reiches war und erst durch das Siegersystem von Versailles im Januar 1920 aufhörte, ein solcher Bestandteil zu bleiben.

8. Daher kann der gegenwärtigen Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig sehr wohl die Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands zugrunde gelegt werden, wie sie hier in Abschnitt 1. dieses Gutachtens aufgezeichnet wurde.

Es sind nur die entsprechenden Gebietsgrenzen der Freien Stadt Danzig zugrunde zu legen und nicht etwa die des Gesamtdeutschen Reiches.

Dann jedoch ergeben sich die gleichen staats- und völkerrechtlichen Konsequenzen wie für die Völkerrechtslage des Deutschen Reiches heute.

9. Das ist auf die Formulierung des Artikel 25 des Grundgesetzes zurückzuführen: Danach ist das Völkerrecht Bestandteil des deutschen Bundesrechts.

Diese allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Während viele Bestimmungen des Grundgesetzes nicht unbedingt Bestandteil des deutschen Rechts geworden sind, da sie von den Alliierten den Deutschen aufgezwungen worden sind und das deutsche Volk nie befragt wurde, ob es auch diese Bestimmungen haben wolle, gilt dieses nicht für den Artikel 25 GG.

10. Dort ist allein auf der Grundlage des allgemeinen Völkerrechts die Wirkung dieser Bestimmung zur nationalen deutschen Pflicht geworden und völkerrechtlich zulässig.

Es erscheint daher durchaus als Pflicht, einen neuen Freistaat Preußen in einem besonderen Teil des Deutschen Reiches zu begründen, da dem kein anderer Rechtsstatus entgegensteht.

Ein solcher ist jedenfalls nicht erkennbar.

II

1. In diesem Rahmen besteht auch die deutsche Staatsangehörigkeit fort, die rein staatsrechtlich nicht die der Bundesrepublik Deutschland ist, für die es kein eigenes Gesetz gibt. Wohl aber gibt es die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches nach dem Reichs- und Staatsbürgengesetz von 1913: Jeder Deutsche ist also nach dem öffentlichen Recht im Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher und nicht etwa Bundesdeutscher.

2. Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 hat in Artikel 4, Ziffer 2 den Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben.

Daher gilt nach gegenwärtigem bundesdeutschem Staatsrecht nicht mehr: "Das Grundgesetz

ist nach dem Beitritt anderer Teile Deutschlands in diesen Teilen in Kraft zu setzen." Diese Aufhebung war staatsrechtlich rechtswidrig, da nicht alle Teile Deutschlands (Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße etwa) dem Grundgesetz beigetreten sind.

3. Von der Bundesregierung ist dafür als Begründung angegeben worden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz vollzogen sei und daher kein weiteres Gebiet in Europa mehr der Bundesrepublik beitreten könne.

Damit hat die Bundesregierung freilich indirekt auf Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße verzichtet (Das eigentliche Ostdeutschland ist niemals Mitteldeutschland, wie dieses heute genannt wird.). Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesamtdeutsche Regierung und auch kein gesamtdeutscher Gesetzgeber bestand und daher eine solche Abtretung staatsrechtlich irrelevant ist, zumal ja auch die Bundesrepublik Deutschland nicht identisch mit dem Deutschen Reich war und ist, das nach wie vor besteht.

Zu einer völkerrechtlich gültigen Abtretung fehlt ihr daher jede Rechtsgrundlage: Ich kann und darf nicht rechtsgültig das Grundstück meines Nachbarn an Fremde abtreten.

Das wäre rechtsunwirksam.

4. 4. Noch deutlicher als im Einigungsvertrag kommt diese gewollte Abtretung im "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, zum Ausdruck, der am 12. September 1990 von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Hauptsiegermächten in Moskau abgeschlossen wurde.

In Artikel 1 dieses Vertrages wird auf jeden künftigen Gebietsanspruch Deutschlands anderen Mächten gegenüber verzichtet, ohne daß dafür eine Rechtsgrundlage welcher Art auch immer für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden war.

In diesem Artikel werden auch die deutschen Ostgebiete nicht mehr als deutsches Staatsgebiet aufgeführt.

5. 5. Trotz dieser entscheidend deutlichen Völkerrechtsgrundlage muß die Bundesrepublik Deutschland aber in jedem Fall Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes berücksichtigen.

Zu diesem dort genannten Recht gehört auch das Völkerrecht nach Artikel 25 Grundgesetz das nach dieser Bestimmung sogar dem Bundesrecht im Rang vorgeht.

Nach diesem allgemeinen Völkerrecht ergibt sich aber eine andere allgemeine Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands. Sie gestaltet sich wie folgt:

6. 6. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße sind zum größten Teil von Polen, zu einem kleineren Teil in Nord-Ostpreußen von der Sowjetunion 1945 anektiert worden. Hierin ist der litauisch anektierte Teil eingeschlossen.

Die Annexion, die in ihrem Wesen immer eine Aggression ist, wird jedoch größtenteils seit der sog. Simson-Doktrin von 1932 als völkerrechtlich unzulässig angesehen.

Nach dieser Doktrin soll ein gewaltsamer Gebietserwerb auch nicht völkerrechtlich anerkannt werden. Andernfalls wäre der Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der den Angriffskrieg, wie jede Aggression, ächtet, unwirksam geworden.

Für die reine kriegsmäßige Besetzung, die als solche nur in einem Krieg zulässig ist, gilt jedoch nach wie vor die Haager Landkriegsordnung von 1907 und für das Verhältnis der Besatzungsmacht zum besetzten Feindstaat die Bestimmung des Artikels 45 der Haager Landkriegsordnung (Beachtung der Landesgesetze), des Artikels 46 der Haager Landkriegsordnung (Schutz des Privateigentums), des Artikels 47 der Haager Landkriegsordnung (Verbot der Plünderung), sowie des Artikels 53 der Haager Landkriegsordnung (Beschlagnahme von Eigentum stets nur während der Besetzung).

7. Diese bereits bestehende spezielle Völkerrechtsgrundlage wird jetzt nochmals neu formuliert durch die Resolution 242 des Sicherheitsrates der UNO vom 22. November 1967.

Danach darf fremdes Staatsgebiet immer nur vorübergehend, aber nicht auf Dauer besetzt gehalten werden.

Diese Besetzung ist daher auch niemals ein anerkannter Völkerrechtsgrund für einen Gebiets-erwerb auf Dauer.

8. 8. Dazu kommt auch noch, daß nach dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker jedes Volk das Recht hat, auf einem angestammten Gebiet in äußerer und innerer Freiheit zu leben.

Soweit dieses Recht nicht gewährleistet worden sein sollte, besteht ein entsprechend völkerrechtlich begründeter Anspruch gegen jede behindernde fremde Macht.

Das gilt natürlich auch für deutsche Verhältnisse.

9. 9. Diese allgemeine völkerrechtliche Grundlage findet jetzt auch in einem grundlegenden internationalen Vertrag Anwendung.

So ist nach Artikel 53 der Konvention über das Recht der Verträge, die am 23. Mai 1969 in Wien unterzeichnet wurde und deren Partei die Bundesrepublik Deutschland seit dem 20. August 1967 ist, ein internationaler Vertrag nichtig, wenn er zur Zeit des Abschlusses mit einer zwingenden Norm des Völkerrechts in Widerspruch steht. Dafür kommt in Betracht:

a) Die Anerkennung einer Annexion als Rechtsgrund für das ständige Inbesitznehmen fremden Staatsgebietes,

b) die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker,

c) das Verbot durch Krieg Gebiete auf Dauer zu erwerben,

d) fehlende Verfügungsbefugnis und Bedürfnis des ein Gebiet abtretenden Staates über dieses Gebiet.

10. 10. Dazu ist zu a) und b) festzustellen:

a) Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.

Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.

b) Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.

11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.

Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.

12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.

Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit verfügungsberechtigt gewesen sein.

Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.

13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.

Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich Verfügungsberechtigt geworden.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich Verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.

14. 14. Da es nicht untergegangen ist, kann auch die Bundesrepublik Deutschland nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein.

Im Namen des Deutschen Reiches kann sie allenfalls völkerrechtlich gültig tätig werden, soweit sie mit diesem Reich zumindest teildentisch ist.

a) Das ist sie hinsichtlich Westdeutschland.

Sie konnte also in diesem Namen etwa kleine Gebietsteilchen an den westlichen Grenzen an Holland und Belgien abtreten. Doch selbst dafür hatte sie gar keine entsprechende Vollmacht.

b) Das ist sie jetzt auch hinsichtlich des Gebietes, das die frühere DDR als Mitteldeutschland innehatte und zwar seit dem 3. Oktober 1990. Auch hierfür würde aber eine entsprechende Abtretungsvollmacht fehlen.

c) Das ist sie bis heute aber nicht hinsichtlich der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße.

Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden.

Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.

Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich Verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.

15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenz-
anerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.

Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.

Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.

a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht Verfügungsberechtigt ist.

b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch Verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist.

16. 16. Die Übertragung der territorialen Souveränität über die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße von Seiten des Deutschen Reiches als dem einzigen Inhaber der Souveränität auf Polen, die Sowjetunion und Litauen ist schließlich auch nicht etwa aus dem Gesichtspunkt einer "normativen Kraft des Faktischen" denkbar, zulässig oder völkerrechtlich

gültig. Tatsachen allein können nämlich niemals Recht schaffen.

17. Die "normative Kraft des Faktischen" wird vielmehr nach allgemeinem Recht erst dann zu wirksamem Recht, wenn sich diese Tatsachen auch dem entsprechenden Rechtstitel anschließen. Dieses wiederum ergibt sich aus der allgemeinen Tendenz des Menschen, Gegebenes und Geübtes zur Norm, zum "Normalen" zu erheben.

Nur wenn bereits bestehende Tatsachen also durch diese menschliche Grundtendenz als Rechtsüberzeugung oder Rechtsbewußtsein "gerechtfertigt" werden, können solche Tatsachen auch als autoritäres Gebot des Gemeinwesens, also als "Rechtsnorm" anerkannt werden.

18. Denn nach Gustav Radbruch ("Rechtsphilosophie", 1956) ist die "Normativität der Tatsachen" ein Paradoxon: Aus einem Sein allein kann nie ein Sollen entspringen.

Ein Faktum wie die Anschauung einer bestimmten Zeitepoche kann nur normativ werden, wenn eine Norm ihm diese Normativität beigelegt hat. Eine solche Norm ihrerseits kann aber wieder nur durch Anerkennung als Rechtsnorm entstehen. Nichts anderes besagt auch die von Georg Jellinek (Allgemeine Staatsrechtslehre, 1900) erstmals entwickelte Lehre von der "normativen Kraft des Faktischen".

19. Solange die hier geschilderte Völkerrechtslage nicht völkerrechtsgemäß staats- und verfassungsrechtlich geklärt ist, verbleibt es im übrigen auch noch beim Fortbestand des Deutschen Reiches, und zwar auf der Rechtsgrundlage der entsprechenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes.

So ist in der Folge etwa Artikel 1 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 29. September 1990 schon insoweit völkerrechtswidrig und damit nichtig nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention, als er für Gesamtdeutschland auf jeden künftigen Gebietsanspruch verzichtet.

Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals Verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtswidrig erlangt wurde.

Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische (und litauische) Okkupationsmacht geltend machen.

20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.

Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat.

Diese Rechtsgrundlage kann wiederum jederzeit von aktueller Bedeutung werden, wenn gerade persönliche Ansprüche gegen die Bundesregierung in einem solchen Rahmen geltend gemacht werden. Auch sind solche Ansprüche nicht etwa an irgendeine Frist gebunden.

III

1. Die hier geschilderte Völkerrechtslage Gesamtdeutschlands nach dem 3. Oktober 1990 ist trotz aller entsprechenden "völkerrechtlichen" Verträge, die auf Ostdeutschland jenseits Oder und Neiße verzichten wollen und sollen, daher niemals eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden in der Welt und in Europa:

a) Eine solche andere Entwicklung zeigt sich nämlich jetzt gerade am Beispiel Karelien: Finnland mußte nach zwei verlorenen Kriegen im Friedensvertrag von 1947 insgesamt 25.000 qkm in Karelien an die Sowjetunion abtreten. Dennoch wurde im Januar 1991 im Reichstag in Helsinki bereits unmißverständlich die finnische Regierung aufgefordert, die möglichst umgehen-

de Rückgabe dieser Gebiete von Rußland zu fordern und auch gleich praktisch einzuleiten. Zwar entgegnete die Regierung, es läge "nicht in unserem Interesse", die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Rußland in Frage zu stellen. Doch kein Finne glaubt jetzt noch ernsthaft, daß schon das letzte Wort Finnlands hierzu gesprochen sein sollte. Denn nach einer Umfrage sind bereits 47 % der Bevölkerung Finnlands der Meinung, daß solche Gebietsverhandlungen nunmehr umgehend einsetzen sollten.

b) Gleiche Gebietsstreitigkeiten gibt es auch hinsichtlich der japanischen Inselkette der Kurilen für die dortigen Inseln Habomei, Kunashiri, Shikotan und Iturup. Japan denkt nicht daran, einer Abtretung dieser nur kleinen Inseln, die die Sowjetunion 1945 annektierte, zuzustimmen.

c) "Friedensbedingungen anderer Art" hat bisher nur die Bundesrepublik Deutschland angeboten, nämlich entschädigungslosen Territorialverzicht von Gebieten, die über 700 Jahre rein deutsch waren, bis ihre Bevölkerung von dort gewaltsam vertrieben wurde, was nicht ohne unzählige Tötungen abging.

2. 2. Wie hier dargestellt, ist es aber dennoch mehr als fraglich, ob ein solches Anerbieten denn überhaupt einem solchen "dauerhaften Frieden" dienen könnte, der damit angestrebt werden soll. Würde es wirklich einem "Quousque tandem?" (Wie lange noch?) der Geschichte standhalten? Das jedoch könnte - wie beide Beispiele aufzeigen - jederzeit geltend gemacht werden. Denn es spricht auch alles dafür, daß das, was nicht gerecht geregelt war, nicht auf Dauer bestehen kann.

3. 3. Mithin muß für die Neufassung des Grundgesetzes - oder besser einer richtigen Verfassung - für Deutschland im Rahmen des nach wie vor geltenden Artikel 146 GG von der hier geschilderten Rechtslage des allgemeinen öffentlichen Rechts, also des Völkerrechts und des deutschen Staatsrechts, ausgegangen werden.

Einklagen kann jeder Staat diese Rechtslage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, vor dem nur Staaten auftreten dürfen.

Ein Staat, der gegen das Deutsche Reich etwa Rechtsansprüche zu haben glaubt, die sich aus der Zeit des sogenannten Zweiten Weltkrieges ergeben könnten, kann sich jederzeit deswegen an das Deutsche Reich wenden, nicht aber an die Bundesrepublik Deutschland, die niemals Kriege geführt hat und die auch nicht der gegenwärtige oder der künftige Rechtsnachfolger des ja noch immer bestehenden Deutschen Reiches ist.

4. 4. Fremde Staaten können die gegenwärtige Völkerrechtslage von Gebieten wie das Sudetenland, Danzig oder Memel vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einklagen, wo sie Recht bekommen werden.

5. 5. Es bleibt noch heute die Sache eines fremden Staates, ob die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands die vom 31. Dezember 1937 sein sollten, wie das die Alliierten in ihrer Berliner Erklärung von 1945 behaupten oder ob sich das neue Deutschland in seinen Grenzen vom 31. August 1939 erstreckt, in denen das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes immerhin berücksichtigt wurde.

Nur die Berücksichtigung dieser Völkerrechtslage allein könnte einen zukünftigen Frieden wirkungsvoll stabilisieren, da auch der von Versailles 1919 nur die Grundlage für einen neuen Weltkrieg geboren hatte. Warum sollte ein künftiger Friedensvertrag wieder solche Folgen haben müssen?

"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne das Placet (Bestätigung) aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert.

Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<

Die Deutsche Demokratische Republik trat am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei.

Gemäß Einigungsvertrag vom 31.08.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gebildet wurden!!!).

Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Da die "neuen Länder" erst am 14. Oktober 1990 gebildet wurden, konnten sie am 3. Oktober 1990 nicht gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beitreten, denn die "neuen Länder" existierten am 3. Oktober 1990 noch nicht und den Artikel 23 des Grundgesetzes gab es am 3. Oktober 1990 auch nicht mehr.

Aufgrund der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes war der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 staatsrechtlich rechtswidrig, da damals nicht alle Teile Deutschlands (wie z.B. Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße) dem Grundgesetz beitraten.

Gemäß Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 hieß es im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<<

Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" war gemäß Artikel 53 des Wiener Übereinkommens völkerrechtswidrig und damit ungültig, deshalb war die ehemalige DDR bis zum heutigen Tag kein Bestandteil der BRD.

Der 3. Oktober war seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").



Abb. 86 (x175/835): Wiedervereinigungsfeier vor dem Deutschen Reichstag in Berlin am 3. Oktober 1990

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungsstrukturen der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungsstruktur (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" jedenfalls zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 nicht verändert.

Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Helmut Kohls Rolle bei der sogenannten Wiedervereinigung (x343/12,15-16): >>Der Alte und der Pfälzer

_ von Jürgen Elsässer

... **Die Wende bleibt aus**

... Helmut Kohl. Im Wahlkampf 1983 postulierte er: "Wir werden die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Ausländer in Deutschland um die Hälfte reduzieren!" Passiert ist freilich nichts, der Zuzug ging weiter.

Überhaupt fiel die Bilanz der ersten Kohl-Jahre aus deutscher Sicht ernüchternd aus. Die folgenschwerste Entscheidung am Anfang seiner Amtszeit war die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen - was schon sein Vorgänger Schmidt hatte, aber innerparteilich nicht durchsetzen konnte. Im Gegenzug dazu konnte der Pfälzer immerhin US-Präsident Ronald Reagan dazu bewegen, mit ihm den Soldatenfriedhof in Bitburg zu besuchen, wo auch SS-Gefallene bestattet waren.

Das friedliche Gedenken der Staatsmänner hätte ein Ende der ewigen Beschwörung der Nazi-Vergangenheit bringen können - wäre Kohl nicht aus der eigenen Partei ein Strich durch die Rechnung gemacht worden: Bundespräsident Richard von Weizsäcker nutzte seine Rede zum 40. Jahrestag der "Befreiung" (Weizsäcker) des 8. Mai 1945 genau dazu, alte Wunden wieder aufzureißen. Die Linken jeder Couleur waren begeistert.

Kohls Ansatz einer "geistig-moralischen Wende" scheiterte aber auch an hausgemachten Fehlern. Mit der Zulassung des Privatfernsehens ab 1984 wollte er die Dominanz der öffentlich-rechtlichen Sender - für ihn der "Rotfunk" - brechen. Tatsächlich waren die neuen Programmangebote zwar weniger politisch als ARD und ZDF, aber viel mehr amerikanisiert - seichte Unterhaltung und billiger Sex konnten die Deutschen gerade nicht mit ihren kulturellen Wurzeln in Kontakt bringen.

Deutschland, einig Vaterland

Diese Fehler fallen jedoch angesichts seiner Verdienste in den Schicksalsjahren 1989/90 nicht ins Gewicht. "Es ist keine Frage, daß der Weg zur deutschen Einheit nach Öffnung der Mauer in wichtigen Etappen auch ein Alleingang Helmut Kohls war", stellt der Historiker Schöllgen zu Recht fest. Er war es, der durch seinen Zehn-Punkte-Plan am 28. November 1989 entschlossen den Weg zur Vereinigung wies - angeblich hatte er das Papier zuvor nur mit zwei Geistlichen und seiner Frau Hannelore beraten. Er war es, dem am 19. Dezember 1989 in Dresden 100.000 DDR-Bürger zujubelten und dadurch deutlich machten, wie das Volk östlich der Elbe denkt.

An dieser Massenmobilisierung zerschellten die Versuche der französischen und britischen Staatsführer François Mitterand und Margaret Thatcher, die Wiedervereinigung doch noch unter Verweis auf geschichtliche und völkerrechtliche Vorbehalte zu verhindern. Geschickt sicherte sich Kohl sowohl das Vertrauen von US-Präsident George H. W. Bush wie von Sowjetführer Michail Gorbatschow, indem er Befürchtungen über einen deutschen Revanchismus an zwei entscheidenden Punkten zerstreute:

Zum einen gab er den Polen eine Garantie für die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze, zum anderen sicherte er den Russen eine Nichtausdehnung der NATO auf das Gebiet der neuen Bundesländer zu. So ließ die Sowjetunion von ihrer Forderung, das vereinigte Deutschland müsse blockfrei sein oder gleichzeitig der NATO und dem Warschauer Pakt angehören, am Ende doch noch ab.

Warum Kohl den sowjetischen Druck auf Abschluß eines Friedensvertrages aber nicht ausnutzte, um einen solchen auch von den westlichen Siegermächten einzufordern, bleibt ein Rätsel. Der ersatzweise verabschiedete Zwei-plus-Vier-Vertrag gab Deutschland zwar entscheidende Souveränitätsrechte zurück, aber hob die Feindstaatenklausel der UNO nicht auf und beendete auch die US-Geheimdienstmischung nicht, wie zuletzt die NSA-Affäre gezeigt hat. Daß die Zurückhaltung der NATO bei der Ostausdehnung, die der deutsche Generalsekretär Manfred Wörner und US-Außenminister James Baker zugesichert hatten, nicht vertraglich fixiert worden ist, kann man freilich nicht Kohl anlasten - daran war die Naivität Gorbatschows schuld.

Noch folgenschwerer war, daß Kohl die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung - so jedenfalls die Aufzeichnungen von Präsidentenberater Jacques Attali - letztlich mit einem Deal erkaufte: das Ja von Mitterrand wurde mit dem deutschen Verzicht auf die D-Mark belohnt, im Dezember 1991 besiegelt in den Maastrichter Verträgen. Le Figaro sprach von einem "Versailles ohne Krieg" - in Erinnerung an den Versailler Vertrag, der Deutschland 1919 unter die Knute gezwungen hatte.

Zwei weitere Leistungen von Kohl sollen dennoch nicht vergessen werden: Zum einen hielt er Deutschland, im Unterschied zu seinen Nachfolgern, aus allen Kriegen heraus. Er verweigerte ein Mitmachen beim Golfkrieg 1991, und während des bosnischen Bürgerkrieges in den Folgejahren verkündete er eine Leitlinie, die als Kohl-Doktrin bekannt wurde: Wo die deutsche Wehrmacht ihre Stiefel hingezogen hat, darf die Bundeswehr es nicht.

Die Wiedervereinigung war zu großen Teilen das Verdienst von Helmut Kohl.

Als es 1999 zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien kam, war er schon nicht mehr Kanzler. Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU), in den 1980er Jahren Staatssekretär im Verteidigungsministerium und mit Kohl an den Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 beteiligt, vertritt die Meinung, mit dem Pfälzer "hätte es 1999 keinen Krieg mit deutscher Beteiligung gegeben". Der damalige russische Premier Jewgenij Primakow schreibt in seinen Erinnerungen, Kohl habe ihm gegenüber den Krieg gegen Jugoslawien "den größten historischen Fehler" genannt. "Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen", habe dieser ihm gesagt.

Kohls zweite vorbildliche Weichenstellung nach der Wiedervereinigung war die Neufassung des Asylartikels im Grundgesetz. Nachdem der Ostblock zusammengebrochen war, strömten Hunderttausende in die Bundesrepublik - die Zahl der Asylsuchenden erreichte 1992 den Rekordwert von 439.000. Aber anders als Angela Merkel 2015 - in diesem Jahr kamen nach der vermutlich geschönten offiziellen Statistik ungefähr doppelt so viele - verstärkte die Bundesregierung damals die Grenzkontrollen: Nach der Neufassung des Grundgesetzartikels 16a aus dem Jahr 1994 haben Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen - und das waren und sind alle Anrainer der Bundesrepublik - keinen Anspruch auf Asyl.

Die Kohl-Regierung demonstrierte, wie man die Flut von Wohlstandsflüchtlingen stoppt, ohne die Grundrechte einzuschränken - seine Nachfolgerin öffnete die Schleusen für illegale Ausländer und brach damit die Verfassung.<<

Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreiten die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und griffen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichteten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Vorgeschichte des 2. "Golfkrieges" (x068/369-371): >>... Eine Woche vor Iraks Angriff, am 25. Juli 1990, ließen die USA durch ihre Botschafterin im Irak, April Glaspie, den Iraker in Sicherheit wiegen. Wörtlich sagte sie, laut "ABC News" und "New York Times":

"Herr Präsident, ich will Ihnen nicht nur versichern, daß Präsident Bush bessere und tiefere Beziehungen mit dem Irak wünscht, sondern er will auch, daß der Irak zum Frieden und zum Wohlstand im Nahen Osten beiträgt. Präsident Bush ist ein intelligenter Mann. Er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen den Irak erklären".

Und über den Grenzkonflikt zwischen Kuwait und Irak (der Kuwait nie als Staat anerkannt hatte, folglich auch die Grenze nicht) sagte die Botschafterin wieder wörtlich, "daß diese Frage Amerika nichts angehe. James Baker hat unsere offiziellen Sprecher angewiesen, diese Instruktionen zu betonen."

Derart beruhigt, fiel Saddam Hussein eine Woche später in Kuwait ein. Bush hüllte sich acht

Tage in Schweigen. Dann forderte er den bedingungslosen Rückzug. Darauf gab es eine Menge Friedensbemühungen, Vermittlungsvorschläge, selbst von manchen Seiten, von denen man sie nie erwartet hätte, wie von der des Papstes.

Aber die USA wollten den Konflikt.

Die USA?

Nicht einmal der Kongreß wollte ihn zunächst, geschweige die Nation. Also das alte Problem: wie kriegt man sie herum?

Die Kuwaitis betrauten nun für mehr als zehn Millionen Dollar die New Yorker Firma Hill & Knowlton, das größte amerikanische PR-Unternehmen (ihr Vizepräsident war zuvor Büroleiter von George Bush) und ließen zuerst einmal herausfinden, was die Amerikaner am meisten verabscheuen. Es war Babymord.

Nun engagierte man ein fünfzehnjähriges kuwaitisches Mädchen, Nayirah, delikaterweise die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Sie hatte mit eigenen Augen das Gräßliche gesehen. "Ich sah die irakischen Soldaten. Sie kamen mit Gewehren ins Krankenhaus und haben die Babies aus den Brutkästen geholt. Die Brutkästen haben sie mitgenommen und die Babies auf dem kalten Boden sterben lassen. Es war entsetzlich."

Der Chirurg Dr. Issah Ibrahim bestätigte: "Die Babies zu begraben, das war am schlimmsten. Ich selbst habe 40 Neugeborene beerdigt, die von den Brutkästen geholt worden waren."

Die grauenhafte Brutkastenstory mit 312 gestorbenen Babies, diese wohl scheußlichste Tat von Saddams Soldateska, schockierte und empörte die Welt. Vom US-Rechtsausschuß bis zu Amnesty International war man zutiefst betroffen, angewidert, aufgewühlt.

"Die Babies wurden aus den Brutkästen gezogen und wie Feuerholz auf dem Boden verstreut", berichtete, leidzerquält, George Bush.

Und Nayirah, von dem New Yorker PR-Unternehmen offenbar besonders gut geschult, kam kaum von der Sache los: "Es war entsetzlich. Ich mußte die ganze Zeit an meinen neugeborenen Neffen denken, der zu dieser Zeit vielleicht auch schon gestorben war." Noch ein Opfer.

Unter dem Eindruck des Scheußlichen entscheidet sich zwei Tage später der UN-Sicherheitsrat für militärische Gewalt gegen den Irak. Und auch der Kongreß sieht jetzt "die Zeit gekommen, die Aggression dieses gnadenlosen Diktators aufzuhalten, dessen Truppen schwangere Frauen aufspießen und Babies aus den Brutkästen reißen." Mit knapper Mehrheit stimmt man für den Krieg.

Später geht man der Sache nach, forschen die Weltgesundheitsorganisation und Amnesty International in Kuwait, Ortsbesichtigungen, Besprechungen, mehr als ein Dutzend Ärzte werden befragt - nichts. Alles erstunken und erlogen. Doch der Zweck war erfüllt.

Nachdem die USA den achtjährigen Krieg Iraks gegen den Iran voll unterstützt, Saddam Hussein in jeder Weise gefördert und seine Verbrechen gegen die Kurden systematisch ignoriert hatten, bekriegten sie ihn nun. Dabei ging es im Grunde nicht, wie man immer wieder vorgab, um den Einmarsch in Kuwait, es ging schon gar nicht um sonstige Kriminalitäten Saddams, sondern es ging um das Öl, um seine Fördermenge, seinen Preis, um eine antiirakische Kreditblockade, wobei man neue Kredite von der Privatisierung der Ölindustrie des Irak abhängig machte.

Es ging um das von den USA diktierte System der globalen Energieversorgung und damit letztlich darum, die Dritte Welt durch das Recht des Stärkeren unterzuordnen. Jeder Ausbruch Saddam Husseins aus der Dienerrolle war für den Weltherrscher nicht tolerierbar. Denn das hieß, mit den Worten des in Cambridge und Massachusetts lehrenden, international renommierten Noam Chomsky, "Befehle zu mißachten, und damit war er ein Krimineller. Du darfst ein Schlächter sein und ein Schurke und ein Mörder, und das ist völlig in Ordnung, solange du dich an deine Befehle hältst."

Saddam Hussein hatte bereits eine Woche nach seiner Invasion in Kuwait am 2. August 1990

einen Rückzugsvorschlag gemacht. Doch Bush wollte nicht Rückzug, er wollte Krieg. Er erklärte ganz glatt: "Es wird keine Verhandlungen geben", und hat auch weiterhin alle ernst zu nehmenden Verhandlungsmöglichkeiten zwischen dem August 1990 und Mitte Januar systematisch sabotiert.

Statt dessen setzte er ein gewaltiges Expeditionskorps, den wohl größten Truppenaufmarsch der USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Bewegung, im Bunde dabei vor allem mit Großbritannien und Israel, und begann die "Operation Wüstensturm" mit flächendeckenden Bombardements, die einen Großteil der irakischen Industrie und Infrastruktur zerstörten, nicht zuletzt aber auch Saddams bäuerliche Truppen, Schiiten meist und Kurden, im Wüstensand begruben. Dagegen schonte man offensichtlich Saddams Eliteeinheiten, ihnen tat man, noch einmal mit Chomsky, "nicht viel, die ließ man sozusagen beiseite, weil sie später gebraucht würden, um die Volksaufstände niederzuschlagen."

Die USA führten den Krieg "traditionell" und bakteriologisch, wobei der bakteriologische Angriff anscheinend mehr Opfer forderte als die gesamte Militäraktion. Nach Schätzungen sollen 70.000 bis 90.000 Menschen gestorben sein, "nachdem alles vorbei war." Ja, man vermutet, daß diese Zahl noch steigen wird.

Man führte den Krieg nicht zuletzt mit einer totalen Zensur, einer zynischen Verharmlosung sondergleichen, einer ständigen Täuschung der Weltöffentlichkeit, mit frommen Phrasen auch. Und nachdem Präsident George Bush sein Versprechen eingelöst hatte, Saddam Hussein in den Arsch zu treten (to kick his ass), und über etwa 150.000 Leichen geschritten war, inszenierte man, spektakulär und dröhnend, mit Konfettiregen und Luftballons, weltweit übertragene "Siegeparaden" der "Helden".

Um so nötiger alles, als sich bei der größten Weltmacht aller Zeiten längst ein militärisches oder patriotisches Trauma eingenistet hatte. Denn trotz ihrer gigantischen Übermacht mißlingen ihr die meisten kriegerischen Aktionen der letzten Jahrzehnte: in Korea konnten sie nicht siegen, in Laos, in Vietnam und Kambodscha wurden sie geschlagen. So war es nicht von ungefähr, daß das Washingtoner "Institute for Foreign Policy Analysis" der US-Militärgeschichte der letzten Jahrzehnte "eine Geschichte dauerhafter professioneller Unfähigkeit" attestierte.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Irakkrieg im Jahre 1991 (x348/12-14): >>**Die Neue Weltordnung**

_ von Gerhard Wisnewski

Die Operation Wüstensturm gegen den Irak war der erste Krieg nach dem Untergang des Warschauer Paktes. Er wurde an der medialen Front begonnen und gewonnen. Die Greuelpropaganda der Amerika griff alte Muster auf.

Man schreibt den 10. Oktober 1990. Vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses sagt ein hübsches, 15-jähriges Mädchen aus. Einen Namen oder Nachnamen hat es nicht, beziehungsweise nur einen falschen: "Nayirah".

Mit gedämpfter Stimme hatte John Porter, der Vize-Vorsitzende des Gremiums, "unsere Freunde in den Medien" gebeten, die falsche Identität zu respektieren, um Nayirah und ihre Familie zu schützen. Dann ist sie an der Reihe: Sie komme aus Kuwait, sagt sie, wo sie mit ihrer Mutter die Ferien habe verbringen wollen. Aber nach dem Einmarsch der Iraker (am 2. August 1990) habe sie sich freiwillig zum Dienst im Al-Idar Krankenhaus gemeldet. Immer wieder blickt sie schüchtern auf; ihre Stimme stockt. Was den Kindern von Kuwait angetan worden sei, habe ihr Leben für immer verändert.

"Während ich da war, sah ich, wie die irakischen Soldaten mit ihren Waffen ins Krankenhaus kamen. Sie nahmen die Babys aus ihren Brutkästen", schluchzt sie, "nahmen die Brutkästen mit und ließen die Babys auf dem kalten Boden sterben". Alle wissen, das bedeutet Krieg:

Krieg der USA von Präsident Bush Senior gegen den Irak des Saddam Hussein, um Kuwait von diesem grausamen Invasoren und seinen Schergen zu befreien.

Das bedeutet Krieg

Was viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen: Das Mädchen ist keine unbedarfte 15-Jährige, sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, Saud bin Nasir Al-Sabah. Daher auch das fließende Englisch. Und was man sich nicht hätte träumen lassen: Die ganze Geschichte ist erstunken und erlogen. Das Mädchen war mit Hilfe der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton für seinen Auftritt geschult worden.

In Wirklichkeit heiße sie Nijirah al-Sabah, wird die Süddeutsche Zeitung später schreiben (21.5.2010). Der stellvertretende Chef von Hill & Knowlton, ein gewisser Craig Fuller, habe sie persönlich für den Auftritt vor dem Kongreß trainiert. Fuller war Bush Seniors ehemaliger Stabschef. Die Administration schulte also quasi ihre eigenen Zeugen, um die USA in einen Krieg gegen den Irak zu führen - zur Befreiung Kuwaits, einer absoluten Monarchie unter dem Herrscherhaus Al-Sabah, zu dem auch die Zeugin Nijirah al-Sabah gehört.

Bevor die Waffen sprechen, sprechen die Lügner

Bevor die Waffen sprechen, sprechen erst einmal die Lügner. Und zwar nicht erst seit 1990. In Wirklichkeit fußt das gesamte Schicksal der Menschheit auf erfolgreichen Lgen, vor allem Kriegslügen. Ohne sie sähe die Welt wohl anders aus. So hätte es zum Beispiel keinen spanisch-amerikanischen Krieg gegeben, der 1898 durch die angebliche Versenkung des US-Kriegsschiffes Maine im Hafen von Havanna ausgelöst wurde. Vielleicht wären die USA auch nie in den Ersten Weltkrieg gezogen, wenn nicht das Passagierschiff Lusitania 1915 genau vor die Torpedorohre deutscher U-Boote geschickt worden wäre.

Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde auch erst durch eine Lüge möglich, nämlich den angeblich überraschenden Angriff der Japaner auf die US-Marine-Basis Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. In Wirklichkeit hatten die Amerikaner die japanische Flotte seit Wochen auf dem Schirm. In den sechziger Jahren brauchten die Vereinigten Staaten eine weitere Lge, um ihren Vernichtungskrieg gegen Vietnam führen zu können - den angeblichen Überfall auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tongking durch nordvietnamesische Schnellboote 1964. Heute wissen wir: Den Angriff hat es nie gegeben.

Ergebnis: Hetzpropaganda

Was die angebliche Zeugenaussage Nayirahs angeht, hätte man nüchtern betrachtet auch gleich darauf kommen können, daß damit etwas nicht stimmen konnte. Schließlich wies "Nayirahs" abgelesener Text die typischen Merkmale von Propaganda auf:

- auf die Spitze getriebene, sinnlose Greuel;
- Zivilisten, insbesondere Kinder, als Opfer;
- totale "berdrehung" (unnatürliche Übertreibung und Verdichtung von Greueln);
- Darstellung des Feindes als "tollwtig" und "außer Rand und Band";
- extrem aufstachelnde Wirkung.

Propagandawaffe Kind

Der Sinn bestand darin, das Denken auszuschalten und die Gefühle direkt in Handlungen umzusetzen: War das nicht so schrecklich, daß man sofort etwas unternehmen mußte - und zwar ohne weitere Fragen zu stellen? Das Motiv der gequälten Kinder ist geradezu ein Klassiker zur Rechtfertigung aller möglichen totalitären und kriegerischen Maßnahmen. Mit dem Leid von Kindern läßt sich alles Mögliche begründen, seien es die Kriegsplne eines George Bush, die komplette Entwaffnung der Bevölkerung (nach immer neuen "Amoklufen") oder eben andere totalitäre Pläne.

Denn Kinder werden nicht nur sexuell mißbraucht, sondern auch politisch. Ihr Leid ist so wirksam, weil einen ihre Mißhandlung in eine sprachlose Wut versetzt. Das war nicht erst 1990 so, als George Bush Senior einen Krieg gegen den Irak anzetteln wollte. Schon "Napole-

on war in England als Menschenfresser verfeimt, der sich vom Fleisch kleiner Kinder ernährte", so Hermann Joseph Hiery in dem Buch Angst und Politik. Im Ersten Weltkrieg verbreiteten dann die Engländer die Propagandalüge, die Deutschen würden belgischen Kindern Arme und Beine abhacken.

Schon damals wurde Kaiser Wilhelm II. als "Schlächter von Berlin" bezeichnet und mit einem blutigen Messer in der Hand dargestellt - ähnlich wie 80 Jahre danach Saddam Hussein. Erst viele Jahre später wurde die Lüge in einer BBC-Dokumentation aufgedeckt und quasi "zurückgenommen".

Im Grunde genommen tauscht die angloamerikanische Propaganda in ihren Kriegslügen seit etwa 100 Jahren nur die Namen ihrer geostrategischen Feinde aus. Und die Sache mit den gequälten Kindern ist einfach zu gut und das Gedächtnis der Menschheit zu schlecht, um sie nicht wieder und wieder zu benutzen. Noch am Abend des 10. Oktober 1990 wurde Nayirahs "Zeugenaussage" in den amerikanischen TV-Nachrichten ausgestrahlt und erreichte Millionen Zuschauer. Nicht weniger als sieben Senatoren zitierten Nayirahs Erzählungen in ihren Kriegsreden. Und auch Präsident George Bush Senior nahm etwa ein Dutzend Mal auf Nayirahs Horror-Story Bezug.

Amnesty und die Brutkastenlüge

Die Berichte von den "ermordeten Babys" waren schon seit der irakischen Invasion in Kuwait am 2. August 1990 in die USA lanciert worden. "Nayirahs" Job war es, der Sache ein Gesicht zu geben und sie auf höchster Ebene emotional zu präsentieren. Sozusagen der letzte Schuß auf das "psychologische Tor". Sogar Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügenpartie. In einem Amnesty-Bericht vom 19. Dezember 1990 über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait kam auch die Brutkastenlüge vor.

Ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, der Rechtsprofessor Francis Boyle, sagte später in einem Interview, der Bericht sei "schlampig und ungenau" gewesen: "Ich hatte den Eindruck, daß er nicht durch die normalen Qualitätskontrollen gegangen war. ... Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß die Geschichte mit den Babys absolut sensationsheischend war, in den USA ganz sicher für Kriegstreiberei genutzt werden würde und die Weichen für einen Krieg stellen könnte. Und deshalb hätten wir die Sache wirklich zwecks Überprüfung zurückziehen sollen.

Aber sie (Amnesty) taten es nicht. ... Schließlich veröffentlichten sie den Report, und Sie wissen, welche schrecklichen Auswirkungen das im Hinblick auf die Kriegspropaganda hatte. Mehrere der US-Senatoren, die für einen Krieg stimmten, sagten, daß der Amnesty-Report sie beeinflusst habe." (*Covert Action Quarterly*, Sommer 2002, Ausgabe 73, S. 9-12)

Prompt wedelte im Fernsehen auch US-Präsident George Bush Senior mit dem Amnesty-Bericht herum. Und noch am 8. Januar 1991 wiederholte ein leitender Mann von Amnesty die Lüge vor dem Kongreß-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar, stimmte der US-Kongreß für den Krieg. Am 16. Januar flogen die ersten Bomben auf den Irak.

Grünes Licht von den Vereinigten Staaten

Was dabei völlig unterging: Der Krieg war von Anfang an ein Produkt der Vereinigten Staaten. Da kein "Diktator" so verrückt ist, ohne Zustimmung des "Großen Bruders" ein Land zu besetzen und eine Öl-Region neu zu ordnen, sicherte sich auch Saddam Hussein vor dem Einmarsch in Kuwait ab.

Zu diesem Zweck traf er sich am 25. Juli 1990 mit der amerikanischen Botschafterin in Bagdad, April Glaspie. Dabei klagte Saddam darüber, von Kuwait in die Enge getrieben worden zu sein. Und zwar zum einen durch Preisdrückerei der Kuwaitis beim Rohöl, wodurch er seine Kriegsschulden (aus dem Iran-Irak-Krieg) gegenüber dem Land nicht abzahlen könne. Und zum zweiten durch illegale Ölbohrunternehmen an der kuwaitisch-irakischen Grenze.

Dort hatten die Kuwaiter mit Hilfe schräger Bohraktionen irakische Ölfelder angebohrt, wodurch dem Irak Milliardenverluste entstanden.

Was Saddam nicht wußte: Die USA und Kuwait stimmten in der beabsichtigten Schwächung Iraks im wesentlichen überein. Daher versuchte der irakische Herrscher, bei Glaspie die Haltung der USA zu einem Einmarsch in Kuwait zu sondieren. Glaspie spielte die Desinteressierte und vermittelte den Eindruck, daß die USA sich heraushalten würden. Die USA hätten "keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, wie Ihre Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait", log die US-Botschafterin.

Dies habe auch Außenminister James Baker betont. Außerdem ließ das US-Außenministerium den Irak wissen, es bestünden "keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheits-Verpflichtungen gegenüber Kuwait".

"Die Vereinigten Staaten mögen nicht beabsichtigt haben, Saddam Grünes Licht zu geben", schrieben die renommierten Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt später, "aber im Endeffekt taten sie genau das." Kaum war Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert, saß er in der Klemme. Die USA spielten die Überraschten - und Saddams Einmarsch in Kuwait zum Verteidigungsfall der "Freien Welt" gegenüber einem böartigen Diktator hoch.

Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spricht für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben. Solche Brandwaffen wurden 1980 von der UNO verboten.

Wer Propaganda sät, wird Krieg ernten

Die Greuelthaten, die man Saddam Husseins Soldaten unterstellte, wurden nun von den Vereinigten Staaten und ihrer Koalition begangen. Möglich wurde das erst durch die totale Entmenschlichung des Gegners, wie in Nijrah al-Sabahs "Zeugenaussage" geschehen. "Nachdem Saddam Hussein im Einklang mit der UN-Resolution 660 einen vollständigen Truppenabzug aus Kuwait angekündigt hatte", wurden beispielsweise Tausende fliehender Zivilisten und Soldaten auf der Straße von Kuwait-Stadt nach Basra bombardiert: "US-Flugzeuge stoppten den Konvoi, indem sie die Fahrzeuge vorne und am Ende zerstörten", heißt es in einem Bericht des früheren US-Justizministers Ramsey Clark.

"Anschließend zerbombten und beschossen sie das Verkehrschaos stundenlang". "Über 60 Meilen waren mehr als 2.000 Fahrzeuge und Zehntausende von verbrannten und verstümmelten Leichen verstreut", so Clark. Im Unterschied zu Nayirahs "Brutkastenmassaker" wurden die Überreste dieses Gemetzels in Film und Bild dokumentiert.

Zwischen den Militärfahrzeugen sah man zahlreiche Busse und Personenkraftwagen. Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spreche für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben, die durch die Genfer Konvention von 1977 verboten seien, so Clark.

Es gebe "deutliche Anzeichen, daß viele der Getöteten palästinensische und kuwaitische Zivilisten waren, die vor den zurückkehrenden kuwaitischen Truppen fliehen wollten." Insgesamt forderte der Golfkrieg Zehntausende von Opfern, die genauen Zahlen sind umstritten.

"Kuwait ist frei. Danke Amerika!", titelte die deutsche Wochenzeitung Die Zeit nach dem "erfolgreichen" Abschluß dieses Golfkrieges 1992. Was eine deutsche Wochenzeitung eben so unter Freiheit versteht. Denn nach dem Krieg wurde aus der absoluten Monarchie Kuwait lediglich eine "konstitutionelle Monarchie" - mit einem Verwandten von "Nayirah" als nach wie vor unantastbarem Herrscher: dem Emir Sheikh Sabah al-Ahmad al-Sabah.<<

18.01.1991

BRD: Die CDU-Bundestagsabgeordnete Angela Merkel (seit 2005 Bundeskanzlerin der CDU-CSU/SPD-Regierung) wird am 18. Januar 1991 als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt.



Abb. 87 (x323/6): Angela Merkel als Frauenministerin im Dritten Kabinett Kohl (1991).

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit dem 22. November 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:

Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018.

Diese "staatlich" angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen fügten der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu und werden letzten Endes den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland unumkehrbar zerstören sowie den deutschen Sozialstaat vollständig liquidieren.

Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur

eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1991: >>**Keine Entschuldigung an Japan wegen A-Bombe**

US-Präsident George Bush hat eine Entschuldigung der USA für die Atombombenabwürfe über Japan am Ende des Zweiten Weltkrieges ausgeschlossen. Im Fernsehsender ABC sagte er, die Beendigung des Krieges durch die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki habe zahllosen Amerikanern das Leben gerettet ...

Bush erläuterte, selbstverständlich teile er die Trauer um die unschuldig ums Leben gekommenen Menschen. Er habe aber auch Mitgefühl für die Mutter seines Stubenkameraden, der im Krieg gefallen sei.<<

In Maastricht schlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

Grundlagen der Europäischen Union (EU) waren:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Der Vertrag von Maastricht sollte am 1.11.1993 in Kraft treten.

Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

Elf von 15 Sowjetrepubliken gründeten am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösten damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Sergejewitsch Gorbatschow (1931-2022, sowjetischer Politiker, von 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, Oktober 1988 bis März 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, März 1990 bis Dezember 1991 1. Präsident der UdSSR; Friedensnobelpreis 1990, Hochgradfreimaurer des 33. Grades. Leitete innen- und außenpolitische Reformen – Glasnost und Perestroika - ein, setzte den Verzicht auf den Führungsanspruch der KPdSU durch) trat am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1991 über die schaurige Geschichte und den Zusammenbruch der Sowjetunion: >>... **Lenins Utopia war ein Land ohne Zukunft**

... Jetzt, Ende 1991, ist der Bann gebrochen, die absurde Epoche ist vorbei: Über dem Moskauer Kreml weht wieder die Fahne Rußlands, die Sowjetunion gibt es nicht mehr.

Trotz der von Nikita Chruschtschow eingeleiteten und von Michail Gorbatschow von 1985 an konsequent fortgesetzten Entstalinisierung ist die ganze Wahrheit über die Monstrosität der sowjetischen Jahre noch längst nicht bekannt.

"Einer der größten politischen Erfolge der Moskauer Despoten ist eine solche Beeinflussung der Weltöffentlichkeit, daß jeder, der es wagt, über die Mängel des sowjetischen Staates zu reden, zum "Antibolschewiken" und fehlender Objektivität beschuldigt wird", stellte der amerikanische Journalist George Popoff 1922 in seinem Buch "Tscheka" fest. Er gehörte zu den wenigen intellektuellen Besuchern aus dem Westen, die in der UdSSR nicht die Morgenröte einer erlösten Zeit aufscheinen sehen wollten.

Anfang der dreißiger Jahre, als in der UdSSR Millionen Menschen verhungerten, erklärte George Bernard Shaw: "Niemals habe ich so gut gegessen wie während meiner Reise durch die Sowjetunion." Ins goldene Buch des Hotels "Metropol" in Moskau schrieb er: "Morgen

verlasse ich dieses Land und kehre in den Westen zurück, wo Hoffnungslosigkeit herrscht." Der damals sehr einflußreiche amerikanische Journalist Lincoln Steffens verkündete seinem Publikum: "Ich habe die Zukunft gesehen – sie funktioniert."

Die US-Fabrikanten Sydney und Beatrice Webb fragten: "Ist der Sowjetkommunismus eine neue Zivilisation?", um sogleich zu antworten: "Ja, er ist es."

Und der britische Labour-Politiker Gaold Laski resümierte: "Noch nie in der Geschichte hat der Mensch solche Vollkommenheit erlangt wie unter dem Sowjetregime."

Sehnsucht nach Utopia, auch Naivität, bildeten den Boden, auf dem die Saat der sowjetischen Propaganda solche Blüten treiben konnte. Die Realität in der UdSSR war von Anfang an ganz anderer Art.

"Der Übergang vom Untergrund zur Macht ist zu plötzlich", hatte Lenin am Morgen des 25. Oktober 1917 zu Trotzki gesagt und auf deutsch hinzugefügt: "Es schwindelt."

Die Berufsrevolutionäre hatten sich zwar lange ideologisch mit Fragen der Macht beschäftigt, den konkreten Anforderungen, die das Regieren eines riesigen bis zum Grund aufgewühlten Landes stellte, waren sie aber nicht gewachsen, Das machte sie aggressiv.

Bereits an jenem 25. Oktober nach dem bolschewistischen Coup drohte Lenin bei Nichterfüllung eines Befehls mit Erschießung. Hinrichtungen wurden alsbald zur Praxis. Am 7. Dezember nahm die "Sonderkommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage" (Tscheka) ihre Arbeit auf. Ihr Chef, Dserschinski, setzte den Rat der Volkskommissare (Regierung) ins Bild:

"Denken Sie nicht, ich hätte eine Form revolutionärer Justiz im Sinn; Justiz wird jetzt nicht gebraucht. Jetzt geht ein Kampf auf Leben und Tod, Brust an Brust! Ich befürworte, nein, ich fordere die organisierte Gewalt gegen die Aktivisten der Konterrevolution."

Konterrevolutionäre gab es reichlich. Von den rund 130 Millionen Russen jener Zeit lebten 110 Millionen auf dem Land. Ein Bauer; der sich dagegen wehrte, daß ihm staatliche Eintreiber die Ernte nahmen, war ein "Kulak", ein Ausbeuter, ein Feind der Revolution. Nach Tscheka-Angaben fanden 1918 zwischen Juli und November 108 "Kulakenaufstände" statt. In 20 Gouvernements Zentralrußlands gab es 1918 "245 antisowjetische Rebellionen großen Ausmaßes".

Der Bauernkrieg wurde blutig niedergeschlagen. Lenin sah keinen Grund zur Änderung seines Kurses. Es bedurfte einer weiteren Rebellion, um ihn davon zu überzeugen, daß sein Experiment des sofortigen Aufbaus des Kommunismus gescheitert war. ...

Lenin sah sich zu einer Doppelstrategie veranlaßt: Der Kapitalismus sollte wieder etwas Luft schöpfen können, um die todkranke Wirtschaft zu beleben, in der Machtfrage dürfte es aber keine Zugeständnisse geben.

Im Herbst 1921 trat die Neue Ökonomische Politik in Kraft. Kleine Privatunternehmen waren wieder erlaubt, große Fabriken durften gepachtet werden. Ausländer konnten Konzessionen für Betriebe und die Förderung von Rohstoffen erwerben.

Die Arbeitsproduktivität war alarmierend gesunken. Sie betrug nur noch die Hälfte der Vorkriegszeit. Es bedurfte offenbar einer eisernen Hand, um die Werktätigen zu ihrem Glück zu führen. Dserschinski erklärte die 1918 eingerichteten Konzentrationslager zu "Arbeitsschulen". Später prangten an den Lagertoren Stalins Worte: "Arbeit ist eine Sache der Ehre."

Trotzki befahl die "Militarisierung der Arbeit". Der Volkskommissar für Heereswesen und Marine rechnete mit der Meinung ab, daß Sklaverei nicht mehr in die Zeit passe: "Stimmt es denn überhaupt, daß Zwangsarbeit immer unproduktiv ist? Meine Antwort heißt: Das ist ein höchst erbärmliches und höchst vulgäres Vorurteil des Liberalismus."

Die Zwangsarbeit, verrichtet von Millionen entrechteter Kreaturen, wurde zum fest einkalkulierten Wirtschaftsfaktor des Regimes, das nach eigener Darstellung angetreten war, um den Menschen von der Ausbeutung zu befreien. (Nach Berechnung des Wirtschafts- und Sozial-

rats der Vereinten Nationen gab es zum Beispiel 1950 in den Lagern der UdSSR zehn Millionen Zwangsarbeiter.)

Im Dezember 1929 verkündete Stalin das Ende der Neuen Ökonomischen Politik. Schluß mit dem Taktieren. Er rief zu einer neuen Revolution auf. Vor allem sollten nun die Bauern, die als Bevölkerungsmehrheit dem bolschewistischen Anspruch auf totalitäre Herrschaft immer noch passiven Widerstand entgegensetzten, proletarisiert und damit endgültig unterworfen werden.

"Wir sind von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse übergegangen", gab der neue Führer der Weltrevolution bekannt. Die "Liquidierung einer Klasse" war nicht abstrakt gemeint, sie wurde blutig konkret.

Im Vergleich zum Orkan der "durchgängigen Kollektivierung", der nun das Land erschütterte, erscheint der Rote Oktober von 1917 wie ein Säuseln. Die Existenzgrundlage von mehr als 130 Millionen Bauern der UdSSR wurde zerstört: Das Fundament des Staates zerbrach. Millionen Menschen wurden in Konzentrationslager geschickt oder in entlegene Gegenden deportiert. ...

Die brutale Kollektivierung ließ in ganzen Regionen die Agrarproduktion zusammenbrechen; das Land wurde in eine Hungerkatastrophe gestürzt.

Der englische Historiker Robert Conquest, der - abgesehen von Alexander Solschenizyn - kenntnisreichste Autor des "großen Terrors", kommt in einer vorsichtigen Schätzung auf fünf bis sechs Millionen Todesopfer durch Hunger und Krankheit in den Jahren 1929 bis 1933. Stalin sagte 1943 Winston Churchill, daß während der Kollektivierung die "Dorffarmen" mit "zehn Millionen Kulaken fertig geworden" seien: Eine "enorme Menge" sei "vernichtet" und der Rest nach Sibirien verschickt worden.

Der Anarchist Michail Bakunin hatte 1862 entsetzt konstatiert: "Das zaristische System hat im Verlauf von etwa 200 Jahren mehr als 2 Millionen Menschen gefordert als Folge einer brutalen Mißachtung der Menschenrechte und des menschlichen Lebens."

Stalin übertraf diese Bilanz allein während der vierjährigen Kollektivierung bei weitem. Conquest ermittelt, daß allein in den "Säuberungen" des Jahres 1938 eine Million Menschen erschossen wurden und zwei Millionen in Haft starben. In Kolyma, einer Region des gigantischen Archipel Gulag, wurden drei Millionen Menschen vernichtet. Hitler beneidete Stalin um dessen Möglichkeiten: "Wenn ich das unermeßliche Sibirien hätte, brauchte ich kein Konzentrationslager."

Geheime Kontakte zwischen den beiden Diktatoren entstanden bereits 1933. Im Sommer 1935 sondierte der sowjetische Handelsvertreter in Berlin, Kandelaki, im Auftrag Stalins Chancen einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit. "Wir müssen eine Übereinkunft mit dem mächtigsten Land treffen, und das ist das nazistische Deutschland", sagte 1936 Geheimdienstchef Jeschow über die Pläne Stalins.

Der Diktator hatte schon 1925 die Überzeugung geäußert, daß ein neuer Waffengang zwischen Deutschland und Frankreich sowie Großbritannien unvermeidlich sei. "Sollte der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte."

Mit dem am Abend des 23. August 1939 im Moskauer Kreml unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland sowie dem geheimen Zusatzprotokoll, in dem die beiden Diktatoren Polen untereinander aufteilten und die baltischen Staaten und Bessarabien der UdSSR zuschlugen, sah sich Stalin am Ziel langjähriger außenpolitischer Bemühungen. Er hatte sein Bündnis mit Deutschland, er konnte bis auf weiteres beobachten, wie in dem Krieg, dem jetzt freie Bahn gegeben war, die Dinge sich entwickelten.

Hitler überraschte mit seinem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 den bisherigen Komplizen im Kreml und brachte ihn auch in tödliche Gefahr, dann aber ging Stalins Konzept doch auf: Am Ende war er der große Triumphator: Moskaus Macht reichte nun bis an die Elbe.

Die Sowjetunion war jetzt eine Weltmacht und der opferreiche Sieg über den verbrecherischen Nationalsozialismus hatte ihr moralische Reputation eingebracht. Daß auch an der Spitze der UdSSR ein Massenmörder stand, wollte die Welt nicht wahrhaben, das ging wohl über ihr Fassungsvermögen.

Die Ausdehnung der bolschewistischen Diktatur auf Osteuropa ängstigte zwar den Westen und löste den Kalten Krieg aus, aber Stalins Nimbus litt wenig darunter. Erst unter seinem Nachfolger Nikita Chruschtschow im Jahre 1956 erhielt das Stalin-Bild häßliche Flecken. Auf dem zwanzigsten Parteitag entlarvte der neue Kremlchef den einst wie einen Halbgott Verehrten als Verbrecher.

Chruschtschows Entstalinisierung war ein Akt großen Mutes. Sie beschränkte sich aber auf das Individuum Stalin. Der Machtmißbrauch wurde als Auswuchs des "Personenkults" gewertet. Das System der totalitären Parteiherrschaft blieb indessen. An dieser Haltung änderte sich auch unter Leonid Breschnew sowie Juri Andropow und Konstantin Tschernenko nichts. Das System war zwar nun nicht mehr so mörderisch wie unter Stalin, es maßte sich aber weiter das Monopol der Macht an, schickte weiter Oppositionelle in den Gulag, und Moskau hielt an dem vermeintlich historischen Auftrag fest, die ganze Welt mit seinem Regiment zu überziehen.

Bankrott war dieser Kommunismus schon seit langem. Nur der jeder Vernunft spottende Raubbau an Menschen und Material verhinderte einstweilen noch den offenen Zusammenbruch. Nichts aber hätte Gorbatschow daran gehindert, dieses absurde Spiel fortzusetzen. Eine Zeitlang wäre das gewiß noch gegangen. Anders als seine zynisch-opportunistischen Vorgänger war er dazu nicht bereit. Er glaubte an den Schöpfungsplan Lenins und meinte, dessen Vorstellungen doch noch verwirklichen zu können.

Tatsächlich war Gorbatschow jedoch ein Anti-Lenin. Der Gründer der Sowjetunion war ein ruchloser Machtpolitiker, ihr letzter Repräsentant hingegen verlor die Macht, weil er demokratische Regeln beherzigte.

Die Geschichte kennt viele Akteure, die mit dem Mittel der Gewalt Reiche schufen; Gorbatschow aber ist der erste, der friedlich eine aggressive Supermacht aus der Welt schaffte. Je mehr von der schaurigen Szene ins Bewußtsein dringt, die sich hinter dem von Michail Gorbatschow gehobenen Eisernen Vorhang abspielte, desto größer wird der Respekt vor dem Wirken dieses Staatsmannes werden.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (43/1992) berichtete am 19. Oktober 1992 über das Buch "Stella" des US-Journalisten Peter Wyden (1923-1998): >>**Was hätte ich getan?**

Ein jüdischer Emigrant bricht mit einem Tabu der Holocaust-Forschung

Goebbels war entrüstet, sein Ehrgeiz, die Reichshauptstadt endlich "gänzlich judenfrei" zu machen, noch nicht befriedigt. Die "Fabrik-Aktion", bei der am 27. Februar 1943 SS und Gestapo 7.000 jüdische Zwangsarbeiter direkt aus den Rüstungsbetrieben holten und nach Auschwitz deportierten, hatte sich in seinen Augen als "Schlag ins Wasser" erwiesen.

Für den Reichspropagandaminister stand fest: "Unsere Aktion ist vorzeitig verraten worden, so daß uns eine ganze Menge von Juden durch die Hände gewischt sind." Aber, so notierte er in sein Tagebuch: "Wir werden ihrer doch noch habhaft werden."

Die Jagd auf die letzten Juden in Berlin begann.

Von den etwa 175.000 Juden, die 1933, zu Beginn der Nazi-Herrschaft, in Berlin gelebt hatten, waren kaum mehr als ein Zehntel übriggeblieben. Etwa 5.000 davon fristeten eine äußerst bedrohte Existenz im Untergrund. Nicht einmal die Hälfte dieser sogenannten U-Boote tauch-

te nach Kriegsende wieder aus der Illegalität auf.

Wer es damals geschafft hatte, sich den Nazi-Häschern zu entziehen, war angewiesen auf die Unterstützung nichtjüdischer Helfer und lebte unablässig in der Angst, entdeckt zu werden. Die Juden im Berliner Untergrund waren ständig auf der Suche nach "Adressen", nach Dachböden und Kellerräumen, nach Werkstätten oder Gartenhäusern, wo sie Unterschlupf finden konnten. Geplagt von Verzweiflung und Hunger, mußten sie Geld für etwas Eßbares und gefälschte Ausweispapiere auftreiben. Polizei- und SS-Streifen waren hinter den "U-Booten" her, Kontrolleure suchten die Luftschutzbunker nach ihnen ab, habgierige oder fanatische Denunzianten verrieteten sie an die Behörden.

Bei der Jagd nach den Untergetauchten bediente sich die Gestapo auch deutscher Juden, die, gerade noch selbst als Schattenmenschen im Untergrund, nun als Spitzel und "Greifer" ihre Haut zu retten versuchten. Greifer hofften, durch ihre Zusammenarbeit mit den Henkern der Deportation in die Vernichtungslager im Osten zu entgehen. Sie genossen Privilegien, die anderen verwehrt blieben, und lebten fast wie normale Bürger. Einige von ihnen trugen Waffen, besaßen spezielle Ausweispapiere und erhielten Extra-Prämien für jeden Fang.

Auch jüdische Frauen wurden von der Gestapo zu diesem Verräterhandwerk gepreßt. Eine von ihnen war auffallend hübsch und schrecklich tüchtig. Sie ist die Hauptfigur eines Buches, in dem der amerikanische Journalist und Sachbuchautor Peter Wyden, 70, den Leidensweg der Berliner Juden während der Nazi-Jahre beschreibt - "Stella". Es ist die Geschichte der in Berlin-Wilmersdorf aufgewachsenen Stella Goldschlag. Das Buch, aus dem der SPIEGEL in einer neuen Serie vorab Auszüge druckt, erscheint im November bei Simon & Schuster in New York (384 Seiten; 23 Dollar).

Wydens "Stella" bricht mit einem Tabu in der Holocaust-Forschung. Raul Hilberg, Autor des Standardwerks über "Die Vernichtung der europäischen Juden", bestätigt ihm: "Es ist das erste Buch über dieses dunkle Kapitel in der jüdischen Geschichte."

Die Aktivitäten der jüdischen Gestapo-Greifer, die mit den perfiden Methoden ihrer Auftraggeber gegen die eigenen Leute vorgingen, sind bislang, soweit überhaupt bekannt, verschämt in Fußnoten versteckt oder als Marginalien behandelt worden. Die Zurückhaltung ist verständlich, die Furcht vor Beifall von der falschen Seite nicht ganz unbegründet.

Die Vorhölle der deutschen Juden hatte bereits 1933 begonnen. Vom Anfang der Nazi-Herrschaft an wurden sie systematisch schikaniert, entrechtet, erniedrigt, was auch Jugendliche wie Stella Goldschlag und Peter Wyden zu spüren bekamen. Sie wurden nicht länger als "Mitbürger" behandelt, sondern als Aussätzige. Die "Nürnberger Gesetze" von 1935 stellten "die blutsmäßig bedingte klare Scheidung zwischen Deutschtum und Judentum" auf eine "gesetzliche Grundlage".

Dennoch wollten viele der deutschen Juden in dem Land bleiben, das sie noch immer als ihre Heimat betrachteten. Bis Mitte 1938 wanderten nur etwa ein Drittel der jüdischen Bürger ins Ausland ab. "Bleiben oder gehen" - wer genügend Geld und gute Verbindungen hatte, der ließ vielleicht, wie Peter Wydens Familie, Deutschland hinter sich. Wem beides nicht zur Verfügung stand und wer auch noch, wie Stellas Vater, in dem Irrglauben lebte, ihm könne als Frontkämpfer für das deutsche Vaterland schon nichts passieren, der blieb.

Erst der Pogrom vom November 1938, die "Reichskristallnacht", nach der über 20.000 Juden in Konzentrationslager verschleppt wurden, markierte den Wendepunkt. Nun hieß das Gebot: "Rette sich, wer kann." Eine panikartige Massenflucht setzte ein.

Aber gleichzeitig wurde klar, daß kein Land bereit war, noch mehr jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Die internationale Flüchtlingskonferenz von Evian im Juli 1938, initiiert von der US-Regierung, entpuppte sich als Fehlschlag. Wyden erinnert ausführlich an dieses Fiasko und zitiert bitter eine schadenfrohe Schlagzeile aus einer Berliner NS-Zeitung zum Konferenzverlauf: "Juden zu verkaufen - Wer will sie? Keiner!"

Wyden: "Keine Regierung war gewillt, die Juden in Deutschland zu retten, sie waren alle für vogelfrei erklärt, einschließlich Stellas und ihrer Familie."

Im Oktober 1941, wenige Monate nach dem Einmarsch der Hitler-Truppen in die Sowjetunion, wurde die Ausreise für Juden generell verboten. Kurz davor war der gelbe Judenstern eingeführt worden, ohne den sich keiner der Geächteten auf die Straße wagen durfte. "Wer dieses Zeichen trägt, ist ein Feind des Volkes", verkündete ein Plakat, das in allen Behördenstuben und Postämtern hing.

"Die Feinde des Volkes" durften gar nichts mehr. Sie wurden aus ihren Wohnungen vertrieben und in Sammellager gepfercht, Fahrräder und Elektrogeräte waren ihnen verboten, auch Haustiere wie Hunde und Katzen. Sie konnten nur noch warten, bis Transportkapazitäten frei wurden, um sie in die Todeslager zu deportieren. Theresienstadt, das Vorzeige-Ghetto der Nazis, war bei den Berliner Juden weniger gefürchtet als Auschwitz, über das die schlimmsten, der später enthüllten Wahrheit nahekommenden Gerüchte kursierten.

Wer in solchen Zeiten zu überleben verstand, ohne den Verfolgern willfährig zu sein, mußte besondere Fähigkeiten entwickeln. Bei seinen Gesprächen mit 67 jüdischen "Survivors", die im Berliner Untergrund den Todeslagern entkommen waren, fiel Wyden auf, daß alle die Gabe hatten, sich anzupassen und das Leben von der positiven Seite zu nehmen. Viele sahen in ihrer Jugend wie blonde Germanen aus. Gerd Ehrlich, einer von ihnen, meint, ein Teil der U-Boote hätten dem Stürmer mit seinen antisemitischen Karikaturen ihre Rettung zu verdanken. Denn die Deutschen glaubten offensichtlich, alle Juden sähen so aus wie die schwarzhaarigen Krummnasen in dem Nazi-Hetzblatt.

Wydens eigene Biographie ist auf vielfältige Weise mit dem Schicksal seiner Hauptfigur verwoben. In den dreißiger Jahren besuchte er mit der blonden Stella, einem damals besonders attraktiven Mädchen, dieselbe jüdische Privatschule im Berliner Grunewald. Er hat zudem als Schuljunge die Anfänge der Judenverfolgung noch miterlebt. Aber während er mit seiner Familie 1937 in die USA emigrieren konnte und so den Todeslagern entkam, blieben Stellas Familie wie auch einige nahe Verwandte des Autors in Berlin zurück.

Da saßen sie dann, als es nach Kriegsbeginn für eine Ausreise zu spät war, in der tödlichen Falle. Stella versuchte alles, ihre Eltern vor dem Abtransport in die Vernichtungslager zu bewahren. Wirklich alles. Von der Gestapo schwer gefoltert und zugerichtet, wechselte sie die Seite. Zusammen mit Rolf Isaaksohn, auch er ein jüdischer Greifer, streifte sie im Auftrag des Gestapo-Führers Walter Dobberke durch die Cafes in der Nähe des Kurfürstendammes, beobachtete die Kino-Eingänge und überwachte auf den Friedhöfen die Begräbnisse, stets auf der Jagd nach untergetauchten Juden. Das "schöne Paar" war in seinem Revier im Berliner Westen bekannt und berüchtigt.

Aus Wydens jahrelangen Recherchen ist eine detailgespickte Studie über menschliches Verhalten in Extremsituationen entstanden. Einige Namen der zahlreichen Zeitzeugen, mit denen er sprach, hat er in seinem Buch verändert, weil die Befragten es so wünschten.

Er machte auch Stella ausfindig, die nach dem Krieg von einem sowjetrussischen Militärtribunal zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war und heute, unter anderem Namen, völlig zurückgezogen, in der Bundesrepublik lebt. Sie bestreitet noch immer, auch gegenüber ihrem alten Schulfreund, jegliche Schuld, ungeachtet der mannigfaltigen, gerichtlich bestätigten Beweise.

Wydens Buch ist eine auch von Selbstzweifeln geprägte Auseinandersetzung mit Fragen nach Schuld und Gewissen. Wie weit darf einer gehen, ohne seine Seele zu verspielen? Dürfen Menschen mit dem Teufel paktieren, wenn sie dadurch ihr Leben oder das von Verwandten zu retten vermeinen? Und: "Was hätte ich in Stellas Situation getan? Ist es nur ein glücklicher Zufall, daß ich nicht vor dieselbe Entscheidung gestellt worden bin?"

Wyden zeichnet die Alptraumwelt von damals, bevölkert mit erschreckend realen Zombies -

akkurat Listen führenden Massenmördern, raffinierten Menschenjägern, verzweifelten Flüchtlingen, gewinnstüchtigen Kollaborateuren, aber auch Helden, die den Tod dem Verrat und der Mittäterschaft vorzogen. So ist ein Porträt entstanden, das, weit über die Person Stellas hinaus, die Hölle vor Augen führt, die den Juden von den Nazi-Deutschen in Berlin bereitet wurde.<<

Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schrieb am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. April 1993: >>... Japan plant eine Neuausrichtung seiner Rußlandpolitik, die die fernöstliche Wirtschaftsmacht binnen kurzer Frist zu einem Hauptträger westlicher Wirtschaftshilfe für Moskau machen würde.

Das plötzliche Einlenken der Tokioter Regierung stellt die erste deutliche Korrektur in der japanischen Rußlandpolitik seit Ende des Kalten Krieges dar. Demnach stellt Tokio der russischen Regierung 10 Milliarden Dollar, bisher nicht veranschlagter Hilfsgelder aus dem G-7-Kreis in Aussicht. Davon könnte Japan den Löwenanteil übernehmen.

Das neue Geld soll vor allem russischen Kleinunternehmen und der Privatisierung von Staatsbetrieben dienen. Besondere Maßnahmen sind außerdem zum Wiederaufbau der russischen Energiewirtschaft vorgesehen. ... Beamten des Tokioter Außenministeriums sagten voraus, daß Japan mehrere Milliarden Dollar Hilfe leisten werde und damit neben Deutschland zum führenden Geberland von Rußlandhilfe avanciere.

Unmittelbarer Auslöser für den japanischen Regierungsentscheid war der Gipfel in Vancouver. US-Präsident Bill Clinton stellte sich dort erstmals hinter die japanischen Territorialforderungen an Rußland und erfüllte damit die zentrale Bedingung für die Tokioter Kooperationsbereitschaft.

Bisher waren alle Annäherungen zwischen Moskau und Tokio am Streit um 4 kleine Fischerinseln der Kurilengruppe nördlich von Hokkaido gescheitert. Stalin hatte die Inseln 1945 nach Ende des Krieges annektiert. Seitdem besteht Japan auf der Rückgabe der Kurilen und weigert sich deshalb, einen Friedensvertrag mit Moskau zu unterzeichnen.

Sowohl in Tokio wie in Moskau wird der Kurilenkonflikt inzwischen als kurzfristig nicht lösbar betrachtet. Derweil war Japan unter immer stärkeren Druck des Westens geraten, an der Kurilenfrage die Beziehungen zu Rußland nicht scheitern zu lassen. ...<<

Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Oktober 1994: >>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkort überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröff-

nung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-84,146-153): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das United States Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der (amerikanischen) Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei hierzulande (in den USA) gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden.

Sein Schöpfer schreibt über das Holocaust-Museum, es sei "sehr darum bemüht, sich jeglichen Versuchs einer Indoktrination zu enthalten", "jeder Manipulation der Eindrücke oder Emotionen". Doch von der Planung bis zur Fertigstellung war das Museum in die Politik verstrickt. Angesichts der anstehenden Kampagne für seine Wiederwahl regte Jimmy Carter das Projekt an, um jüdische Spender und Wähler zu beschwichtigen, die wegen der Anerkennung der "legitimen Rechte" der Palästinenser durch den Präsidenten aufgebracht waren.

Der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der großen amerikanischen Judenorganisationen, Rabbi Alexander Schindler, beklagte Carters Anerkennung der Palästinenser als Menschen als "schockierenden" Vorstoß. Carter verkündete die Pläne für das Museum, während der israelische Premierminister Menachem Begin Washington besuchte und eine erbitterte Redeschlacht im Kongreß über die von der Regierung vorgeschlagenen Waffenverkäufe an Saudi-Arabien tobte.

Auch andere politische Themen scheinen in dem Museum auf. So verschweigt es den christlichen Hintergrund des europäischen Antisemitismus, um eine mächtige Wählerschicht nicht zu verprellen. Es spielt die diskriminierenden Einwanderungsquoten der USA vor dem Krieg herunter, übertreibt die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Befreiung der Konzentrationslager und geht stillschweigend über die umfangreiche Anwerbung von Nazi-Kriegsverbrechern durch die USA bei Kriegsende hinweg.

Die übergreifende Botschaft des Museums lautet, daß "wir" uns derart böse Taten nicht einmal vorstellen, geschweige denn sie begehen könnten. Der Holocaust "läuft dem amerikanischen Ethos zuwider", merkt Michael Berenbaum im Begleitbuch des Museums an. "Daß er begangen wurde, betrachten wir als Verletzung aller wesentlichen Werte Amerikas."

Mit den abschließenden Szenen jüdischer Überlebender, die darum kämpfen, nach Palästina einreisen zu dürfen, führt das Holocaust-Museum die zionistische Lektion vor, daß Israel die "angemessene Antwort auf den Nationalsozialismus" war.

Die Politisierung beginnt sogar schon, ehe man die Schwelle des Museums überschreitet. Es liegt am Raoul-Wallenberg-Platz. Wallenberg, ein schwedischer Diplomat, wird geehrt, weil er Tausende von Juden rettete und in einem sowjetischen Gefängnis starb. Der Schwede Graf Folke Bernadotte, der auch Tausende von Juden gerettet hat, wird nicht geehrt, denn der spätere israelische Premierminister Yitzak Shamir hatte seine Ermordung befohlen, weil er "proa-

rabisch" eingestellt gewesen sei.

Die Crux der Politik der Holocaust-Museen liegt jedoch darin, wessen eigentlich gedacht werden soll. Waren die Juden die einzigen Opfer des Holocaust, oder zählen andere, die der Verfolgung durch die Nazis ausgeliefert waren, ebenfalls als Opfer?

Während der Planungsphase des Museums setzte sich Elie Wiesel (zusammen mit Yehuda Bauer vom Yad Vashem) an die Spitze derer, die dort ausschließlich der Juden gedenken wollten. Wiesel, dem man sich als dem "unbestrittenen Experten für die Zeit des Holocaust" unterwarf, stritt hartnäckig für den Vorrang des jüdischen Opferstatus. "Wie immer fingen sie mit den Juden an", tönte er in typischer Weise. "Wie immer hörten sie nicht bei den Juden allein auf." - Doch die ersten politischen Opfer des Nationalsozialismus waren Kommunisten, und die ersten Opfer des Nazi-Massenmords waren Behinderte.

Die größte Herausforderung für das Holocaust-Museum bestand darin, den Vorrang vor dem Völkermord an den Zigeunern zu rechtfertigen. Die Nazis hatten eine halbe Million Zigeuner systematisch ermordet, was proportional zur Bevölkerung grob den Verlusten beim Völkermord an den Juden entspricht.

Holocaust-Autoren wie Yehuda Bauer behaupteten, die Zigeuner seien nicht im selben Ausmaß dem Genozid zum Opfer gefallen wie die Juden. Angesehene Holocaust-Historiker wie Henry Friedlander und Raul Hilberg dagegen haben die Ansicht vertreten, dies sei der Fall gewesen.

Hinter der Tatsache, daß das Museum den Zigeuner-Genozid an den Rand schob, lauerten mehrere Motive.

Erstens: Den Verlust des Lebens von Zigeunern konnte man einfach nicht mit dem Verlust jüdischen Lebens vergleichen. Die Forderung nach einem Vertreter der Zigeuner im US Holocaust Memorial Council bezeichnete Rabbi Seymour Siegel, der geschäftsführende Direktor, als "mies"; er bezweifelte, ob die Zigeuner als Volk überhaupt "existierten": "Es müßte eine gewisse Anerkennung des Volks der Zigeuner vorhanden sein, ... wenn es so etwas überhaupt gibt."

Immerhin gab er zu, daß "es unter den Nazis einen leidenden Teil gab". Edward Linenthal erinnert sich an das "tiefe Mißtrauen" der Vertreter der Zigeuner gegenüber dem Rat, "gespeist von der offenkundigen Tatsache, daß einige Ratsmitglieder eine Beteiligung der Roma so behandelten, wie eine Familie mit unwillkommenen, störenden Verwandten umgeht".

Zweitens: Wenn man den Genozid an den Zigeunern anerkannte, bedeutete das den Verlust einer exklusiven jüdischen Lizenz für DEN HOLOCAUST, was einen entsprechenden Verlust jüdischen "moralischen Kapitals" mit sich brachte.

Drittens: Falls die Nazis Zigeuner wie Juden in gleicher Weise verfolgt hatten, war das Dogma, wonach DER HOLOCAUST den Höhepunkt eines tausendjährigen Hasses der Nichtjuden auf die Juden bezeichnete, eindeutig unhaltbar. Und ebenso, falls der Neid der Nichtjuden den Genozid an den Juden antrieb, war es dann auch Neid, der den Genozid an den Zigeunern antrieb? In der ständigen Ausstellung des Museums wird den nichtjüdischen Opfern des Nationalsozialismus nur pro forma Anerkennung zuteil.

Schließlich ist die politische Agenda des Holocaust-Museums auch noch durch den israelisch-palästinensischen Konflikt geformt worden. Ehe er dem Museum als Direktor diente, verfaßte Walter Reich eine Lobrede auf Joan Peters' verlogenes Buch "From Time Immemorial", in dem behauptet wird, vor der Besiedlung durch die Zionisten sei Palästina buchstäblich leer gewesen.

Auf Drängen des Außenministeriums wurde Reich gezwungen zurückzutreten, nachdem er sich geweigert hatte, Yassir Arafat, der mittlerweile ein willfähriger Verbündeter Amerikas geworden war, zu einem Besuch des Museums einzuladen.

Dem Holocaust-Theologen John Roth, dem man die Stelle eines stellvertretenden Leiters an-

geboten hatte, wurde damals solange zugesetzt, bis er zurücktrat; er hatte in der Vergangenheit Israel kritisiert.

Als der Vorsitzende des Museums Miles Lerman ein Buch, mit dem das Museum zunächst einverstanden gewesen war, ablehnte, weil es ein Kapitel von Benny Morris (einem bekannten israelischen Historiker und Kritiker Israels) enthielt, verkündete er: "Dieses Museum auf die Seite der Gegner Israels zu stellen - das ist unvorstellbar." ...<<

>>... Den "Holocaust als eine amerikanische Erinnerung auszugeben", so argumentiert Novick weiter, sei eine moralische Ausflucht. Sie "führt dazu, daß man sich um die Verantwortlichkeit herumdrückt, die die Amerikaner "wirklich" angeht, wenn sie sich ihrer Vergangenheit, ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft stellen".

Hier verweist er auf einen wichtigen Punkt. Es ist viel leichter, die Verbrechen anderer zu beklagen, als sich selbst anzusehen. Es ist jedoch auch wahr, daß wir, wenn wir nur wollten, aus der Erfahrung mit den Nazis viel über uns selbst lernen könnten.

Die unter der Bezeichnung "Manifest Destiny" bekannte Ideologie einer unvermeidlichen Expansion der Vereinigten Staaten nach Westen und darüber hinaus hat viele der ideologischen und programmatischen Elemente von Hitlers Lebensraum-Politik vorweggenommen. Tatsächlich hat Hitler seine Eroberung des Ostens nach dem Vorbild der amerikanischen Eroberung des Westens ausgerichtet.

Während der ersten Hälfte des Jahrhunderts verabschiedete die Mehrheit der amerikanischen Staaten Sterilisationsgesetze, und einige zehntausend Amerikaner wurden gegen ihren Willen sterilisiert. Die Nazis bezogen sich ausdrücklich auf dieses Vorbild der USA, als sie ihre eigenen Sterilisationsgesetze verabschiedeten.

Mit den berüchtigten Nürnberger Rassengesetzen wurde den Juden das Wahlrecht aberkannt und die rassische Vermischung zwischen Juden und Nichtjuden verboten. Die Schwarzen im amerikanischen Süden mußten die gleichen gesetzlichen Beschränkungen hinnehmen und waren in viel größerem Ausmaß der spontanen und gebilligten Gewalt der Bevölkerung ausgesetzt als die Juden im Deutschland der Vorkriegszeit.

Um Verbrechen hervorzuheben, die sich im Ausland abspielen, zitieren die USA häufig DEN HOLOCAUST herbei. Noch erhellender ist jedoch, wann die USA auf DEN HOLOCAUST bezug nehmen. Verbrechen offizieller Feinde wie das Blutbad der Roten Khmer in Kambodscha, die sowjetische Invasion in Afghanistan, der irakische Einmarsch in Kuwait und die ethnischen Säuberungen der Serben im Kosovo erinnern an den Holocaust; bei Verbrechen, an denen die USA beteiligt sind, ist das nicht der Fall.

Gerade als sich die Greuelthaten der Roten Khmer in Kambodscha ereigneten, schlachtete die von den USA unterstützte Regierung Indonesiens ein Drittel der Bevölkerung von Ost-Timor ab. Doch anders als Kambodscha schaffte es der Völkermord von Ost-Timor nicht, mit dem Holocaust verglichen zu werden; er brachte es nicht einmal zur Berichterstattung durch die Medien.

Gerade als die Sowjetunion das beging, was vom Simon-Wiesenthal-Zentrum als "weiterer Völkermord" in Afghanistan bezeichnet wurde, unternahm das von den USA gestützte Regime in Guatemala das, was die guatemaltekeische Wahrheitskommission kürzlich als "Völkermord" an der eingeborenen Maya-Bevölkerung bezeichnete. Präsident Reagan tat die Vorwürfe gegen die Regierung Guatemalas als "üble Nachrede" ab. ...

Um Jeane Kirkpatrick dafür zu ehren, daß sie im Namen der Reagan-Regierung die sich ausbreitenden Verbrechen in Mittelamerika verteidigte, verlieh ihr das Simon-Wiesenthal-Zentrum die Auszeichnung Humanitarian of the Year. ...

Die Regierung Carter bemühte das Andenken an den Holocaust, als sie eine Zuflucht für die vietnamesischen "Boat-People" suchte, die vor dem kommunistischen Regime flohen. Die Clinton-Regierung vergaß den Holocaust, als sie Boat-People aus Haiti zur Rückkehr zwang,

die vor den (von den USA unterstützten) Todesschwadronen flohen.

Als im Frühjahr 1999 der von den USA angeführte Bombenkrieg der Nato gegen Serbien begann, lauerte überall die Erinnerung an den Holocaust. Wie wir gesehen haben, hat Daniel Goldhagen die serbischen Verbrechen gegen den Kosovo mit der "Endlösung" verglichen, und auf Präsident Clintons Bitte reiste Elie Wiesel zu den Flüchtlingslagern der Kosovaren in Mazedonien und Albanien.

Noch ehe Wiesel auf ein Stichwort hin Tränen für die Kosovaren vergoß, hatte das von den USA gestützte Regime in Indonesien jedoch schon wieder dort angefangen, wo es Ende der siebziger Jahre aufgehört hatte: Es beging neue Massaker in Ost-Timor. Doch der Holocaust schwand aus dem Gedächtnis, als die Clinton-Regierung bei diesem Blutvergießen abwies. "Indonesien ist wichtig", erklärte ein westlicher Diplomat, "und Ost-Timor nicht."

Novick verweist auf eine passive Komplizenschaft der USA bei menschlichen Katastrophen, die in der Größenordnung mit den Massenvernichtungen der Nazis vergleichbar sind, auch wenn sie in anderer Hinsicht nichts mit ihnen gemein haben. Mit Hinweis auf die Million Kinder, die im Zuge der "Endlösung" ermordet wurden, merkt er an, daß amerikanische Präsidenten kaum mehr als fromme Reden übrig haben, wenn weltweit jedes Jahr eine mehrfach größere Zahl von Kindern "an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten stirbt".

Man könnte auch einen eklatanten Fall aktiver Komplizenschaft der USA in Betracht ziehen. Nachdem die von den USA angeführte Koalition den Irak 1991 verwüstet hatte, um "Saddam-Hitler" zu bestrafen, erzwangen die Vereinigten Staaten und Großbritannien mörderische UN-Sanktionen gegen dieses vom Unglück verfolgte Volk, mit dem Ziel, Saddam zu stürzen.

Wie während der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis sind auch hier möglicherweise eine Million Kinder umgekommen. Als Außenministerin Madeleine Albright von einem amerikanischen Fernsehsender zu dem grausigen Blutzoll im Irak befragt wurde, erwiderte sie, daß "es den Preis wert ist".

"Da der Holocaust ein derartiges Extrem darstellt", argumentiert Novick, "ist die Möglichkeit, daß er uns etwas lehren könnte, das in unsere Alltagswelt umzusetzen ist, erheblich eingeschränkt." Als "Maßstab für Unterdrückung und Grausamkeit" führt er tendenziell dazu, daß "Verbrechen geringeren Umfangs banalisiert" werden.

Doch der Massenmord durch die Nazis kann uns auch für diese Ungerechtigkeiten sensibilisieren. Mit dem Gedanken an Auschwitz im Hinterkopf kann das, was vorher als selbstverständlich angesehen wurde - Fanatismus zum Beispiel -, nicht mehr hingenommen werden. In der Tat war es der Genozid der Nazis, der den im Geistesleben Amerikas vor dem Zweiten Weltkrieg so umfassend verbreiteten wissenschaftlichen Rassismus in Verruf brachte.

Für jene, die sich für mehr Menschlichkeit einsetzen, schließt ein Prüfstein des Bösen Vergleiche nicht aus, sondern lädt eher noch dazu ein. In der moralischen Welt des späten neunzehnten Jahrhunderts nahm die Sklaverei in etwa die gleiche Stellung ein wie die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis heute. Dementsprechend wurde sie oft herangezogen, um Mißstände zu illustrieren, die nicht in ihrem vollem Ausmaß anerkannt wurden.

John Stuart Mill verglich die Lage der Frau in der so geheiligten viktorianischen Institution der Ehe mit der Sklaverei. Er wagte sogar zu sagen, daß sie in entscheidenden Merkmalen schlimmer sei. "Es liegt mir fern zu behaupten, Frauen würden in der Regel nicht besser behandelt als Sklaven; aber kein Sklave ist in demselben Ausmaß und in so uneingeschränktem Wortsinne Sklave wie eine Ehefrau".

Nur jene, die ein als Maßstab geltendes Übel nicht als moralischen Kompaß, sondern vielmehr als ideologische Keule benutzen, schrecken vor solchen Analogien zurück. "Das kann man nicht vergleichen" ist der Glaubenssatz moralischer Erpresser.

Die organisierten Juden Amerikas haben den Massenmord der Nazis ausgebeutet, um Kritik an Israel und an ihrer eigenen unhaltbaren Politik abzuwehren. Mit der von ihnen verfolgten

Politik sind Israel und die amerikanischen Juden in eine strukturell gleiche Lage geraten: Beider Schicksal hängt nun an einem dünnen Faden, den die herrschenden Eliten Amerikas in Händen halten.

Sollten diese Eliten je zu dem Schluß kommen, daß Israel eine Belastung darstellt oder die amerikanischen Juden entbehrlich sind, könnte der Faden durchtrennt werden.

Das ist zweifellos eine Spekulation - vielleicht eine unangemessene Warnung, vielleicht auch nicht. Es ist jedoch ein Kinderspiel, die Haltung der amerikanischen Juden vorauszusagen, falls dies eintreten sollte. Falls Israel aus der Gunst der Vereinigten Staaten fiel, würden viele jener Führer, die Israel heute tapfer verteidigen, mutig ihre Abneigung gegen den jüdischen Staat verbreiten und die amerikanischen Juden verbal dafür geißeln, daß sie Israel zur Religion gemacht haben.

Und sollten die herrschenden Kreise der USA beschließen, Juden zum Sündenbock zu machen, würde es uns nicht überraschen, wenn die Führer der amerikanischen Juden wieder genauso handeln würden wie ihre Vorfahren während der Verfolgung durch die Nazis. "Wir glaubten nicht, daß die Deutschen sich der Juden bedienen würden", erinnerte sich Yitzhak Zuckerman, einer der Anführer des Aufstandes im Warschauer Ghetto, "daß Juden andere Juden in den Tod führen würden."

Im Verlauf einer Reihe öffentlicher Auseinandersetzungen in den achtziger Jahren sprachen sich viele bekannte deutsche und nichtdeutsche Wissenschaftler dagegen aus, die Schandtaten des Nationalsozialismus zu "historisieren". Man befürchtete, eine Historisierung könnte zu moralischer Selbstzufriedenheit führen. Auch wenn das Argument damals stichhaltig gewesen sein mag, heute ist es nicht mehr überzeugend.

Die schwindelerregenden Ausmaße von Hitlers "Endlösung" sind mittlerweile hinlänglich bekannt. Und ist nicht auch die "normale" Menschheitsgeschichte voll von schreckenerregenden Kapiteln der Unmenschlichkeit? Ein Verbrechen muß nicht unvergleichlich sein, um Sühne zu verdienen.

Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen.

Die Unvergleichlichkeit, ja Außergeschichtlichkeit des Massenmords an den Juden entspringt nicht dem Ereignis selbst, sondern ist vor allem Produkt der ausbeuterischen Industrie, die sich danach entwickelt hat. Die Holocaust-Industrie ist schon immer bankrott gewesen. Es bleibt nur noch, das offen auszusprechen. Die Zeit, sie aus dem Geschäft zu ziehen, ist längst überfällig. Die edelste Geste gegenüber jenen, die umgekommen sind, besteht darin, ihr Andenken zu bewahren, aus ihrem Leiden zu lernen und sie endlich in Frieden ruhen zu lassen.

...<<

Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtete im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...

1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die ei-

nem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Prof. Dr. Michael Wolffsohn (deutscher Historiker und Publizist, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland) schrieb am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergekettet ...**

Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.

Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.

Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...

Die Nachgeborenen sind nicht schuldig. Aber sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. Ähnlich ist es bei Familien. Man kann Schulden erben, ohne sie verursacht zu haben, und haftet für sie. Das gilt für Deutsche und Nichtdeutsche, für Juden und Christen.

Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht.

Jeder Deutsche haftet als Deutscher. Er kann es sich nicht aussuchen. Die Schuld, für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt. Selbst bei innerem Widerwillen und Widerstand kennt heute fast jeder haftende Deutsche die haftungsbedingende Schuld. Dieses Wissen prägt sein Wesen, seine Identität - auch wenn er die Haftung ablehnt.

Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.

Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 - 1995 berichtete später (x853/...): >>**Das Kainszeichen für die Deutschen?**

Der bekannte deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn hat zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in einer großen deutschen Tageszeitung (FAZ v. 24.1.95, S. 8) einen Beitrag geschrieben, in dem er davon spricht, daß die Deutschen, auch die Nachgeborenen natürlich, das Kainszeichen von Auschwitz trügen. Ein schwergewichtiges Wort!

Ein jeder kennt aus der Bibel die Geschichte des Brudermörders, der von Gott zwar das bekannte Kainsmal bekam, an dem sich aber niemand vergreifen durfte, weil das Kainsmal gleichzeitig einen Schutz bedeutete und Gott sich Strafen ausdrücklich selber vorbehielt.

Über Auschwitz ist schon viel geschrieben worden und wird noch viel geschrieben werden. Hier soll nicht die Frage nach den Umständen der Ermordung der Juden erneut erörtert werden, auch nicht die Frage nach der Zahl der dort Umgekommenen, die Wolffsohn als Histori-

ker gegenüber früheren Feststellungen mit "nur" 1,4 Millionen angibt. Das alles soll hier beiseite bleiben. Gefragt werden soll hier nur, ob Wolffsohn berechtigt ist, den Deutschen das Kainszeichen einzubrennen oder nicht.

Wie bekannt war das Kainszeichen ein Zeichen Gottes, das nur er gegeben hat und geben durfte und kein Mensch. Wolffsohn, so scheint es, tut auch sich selbst und den Juden nichts Gutes an, wenn er den Deutschen das Kainsmal auferlegen will, das Gott, der ja nicht nur der Gott der Juden, sondern auch der Christen ist, Kain auferlegt hat. Es steht nicht in seiner Macht, Taten Gottes nachzuahmen.

Das grenzt an Blasphemie und ist eine Hybris dazu, die der von Hitler und Stalin ähnelt, weil sie Gott in beiden Religionen heruntersetzt, zumal Wolffsohn die Schutzfunktion des Kainszeichens geflissentlich oder bewußt übersieht. Damit wird dieses Zeichen nicht zu einem Zeichen der Vergebung, als das es ja von Gott auch gesehen wurde, sondern nur zu einem Straf- und sogar zu einem Racheakt.

Es steht dem Menschen einfach nicht zu, von sich aus Gottes Handeln anderen aufzuerlegen, wenn Gott nicht entthront und damit vermenschlicht werden soll. Dieser Versuch muß gerade bei der jungen Generation, die ohnehin mit Gott, Glaube und Religion ihre Mühe hat, auf Unverständnis stoßen und muß sie weiter dem gemeinsamen Gott entfremden, ganz besonders dann, wenn Menschen sich erdreisten, an Stelle Gottes fragwürdige Ersatzhandlungen anderen aufzuerlegen. Die junge Generation muß denken, was das wohl für ein Gott sei, der sich von Menschen zu solchem anstiften läßt.

Nein, was in der Bibel steht, muß biblisch bleiben, kann nicht willkürlich von Menschen wiederholt werden, auch nicht in fragwürdigen wissenschaftlichen Studien, die so schön mit der deutschen und jüdischen Identität begründet werden, ein Allerweltswort, das in dem modernen psychologischen Trend mißbraucht wird und daher kaum zu einer Klärung beitragen kann. Ob nicht Kain durch das Kainszeichen seine wirkliche Identität gefunden hat?

Aber noch einmal, kein Mensch kann das wiederholen, jeder Täter muß mit Gott selbst ins Reine kommen, auch seine Kinder und Kindeskinde können das für ihn selbst nicht stellvertretend tun. Das ist die christliche Botschaft der Liebe und nicht der Rache. Hier scheint es freilich einen Unterschied zwischen dem jüdischen und dem christlichen Gott zu geben. Oder ist das nur der Unterschied zwischen Gott und Michael Wolffsohn?<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" (8/1995) berichtete im Februar 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>Inständig bat ein amerikanischer Rezensent: "Tun Sie mir einen Gefallen - lesen Sie dieses Buch nicht."

Ginge es nach dem Willen des Piper-Verlages, wird das deutsche Publikum gar nicht erst in Versuchung kommen, dieses Buch zu lesen. Ende vergangener Woche stoppte er die Auslieferung von John Sacks "Auge um Auge".

Es geht darin nicht, wie der neue Untertitel der jetzt zurückgezogenen deutschen Ausgabe scheinbar unverfänglich verhieß, um "eine Parabel über Gewalt", sondern um eine regional und zeitlich genau fixierte Gewaltgeschichte: die Racheaktionen von Überlebenden des Holocaust an Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten Oberschlesiens im Jahre 1945.

Über dieses Thema ist im Nachkriegsdeutschland aus verständlichen Gründen wenig geredet worden. Auch heute noch setzt sich, wer darüber schreibt, schnell dem Verdacht aus, die deutschen Verbrechen relativieren zu wollen. Das darf jedoch nicht daran hindern, dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte nüchtern, ohne den falschen Zungenschlag des Aufrechnens zu beschreiben und es begreifbar zu machen als eine Nachwirkung jener Orgie aus Krieg und Vernichtung, mit der Nazideutschland große Teile Europas überzogen hatte.

Daß dies möglich ist, hat Helga Hirsch in einem "Zeit-Dossier" (49/1994) über den jüdischen Lagerkommandanten von Schwientochlowitz, Solomon Morel, gezeigt. John Sack, dessen

Buch den Anstoß zu diesem Dossier gab, ist dem Thema nicht gewachsen. Gewiß, er hat fleißig recherchiert; die Liste seiner Interviewpartner und der im Koblenzer Bundesarchiv eingesehenen Aussagen ehemaliger deutscher Lagerinsassen ist imponierend lang. ...

Für den Leser ist nicht erkennbar, wo die Grenze zwischen Fakten und Fiktion verläuft.

Noch fragwürdiger als die Methode ist die Art der Darstellung. Sack berauscht sich an den Gewaltexzessen. Geradezu lustvoll malt er immer wieder aus, wie jüdische Aufseher deutsche Häftlinge folterten und zu Tode brachten. An eher versteckter Stelle, im kleingedruckten Anmerkungsteil, verwahrt er sich gegen die Absicht, diese Grausamkeiten mit dem Völkermord der Nazis gleichsetzen zu wollen, und im Vorwort erklärt er ausdrücklich: "Dies war kein Holocaust oder dessen moralisches Äquivalent."

Doch sein gesamtes Szenario läuft auf diesen einen Punkt zu: Die Juden in Diensten der polnischen Staatssicherheit haben Gleiches mit Gleichem vergolten; sie haben sich nicht anders verhalten als die SS-Schergen, ja eigentlich waren sie noch schlimmer, weil sie im Unterschied zu diesen nicht leidenschaftslos und auf Befehl mordeten, sondern ungehemmt ihre Rachebedürfnisse auslebten.

Fragt sich nur, was einen amerikanischen Reporter jüdischer Herkunft dazu bringt, ein solches Elaborat in die Welt zu setzen. Ist es Antisemitismus, wie gemutmaßt wurde, oder der unbeußte Wunsch, die Opferidentität umzukehren? Oder einfach nur Sensationslust?

Wie auch immer: Die neue Leitung bei Piper (seit kurzem im Besitz der schwedischen Bonnier-Gruppe) hat richtig entschieden, als sie das Buch zurückzog. Denn der Verlag, der unter anderem das Werk Hannah Arendts betreut, hat noch einen guten Ruf zu verlieren. Es gibt genügend deutschsprachige Verlage, für die das nicht gilt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. April 1995: >>**Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme**

... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...

Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei für Polen ohne Bedeutung.

Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...

Auch NATO-Generalsekretär Willy Claes hob hervor, daß Rußland keinerlei Recht habe, darüber zu befinden, ob und wie das westliche Bündnis erweitert werden solle. ...

Claes bekräftigte, daß nach einer Ost-Erweiterung des Bündnisses die Aufstellung von Truppen und eventuell von Atomwaffen einzig und allein Sache der Allianz sei. Damit reagierte auch er auf die jüngsten russischen Warnungen vor einer Ausweitung der NATO.

Claes hob hervor, daß Rußland keinesfalls isoliert werden dürfe. Polen und andere neue NATO-Mitglieder dürften nicht in die Rolle von Frontstaaten geraten. Die NATO müsse dem guten Beispiel der Europäischen Union folgen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. April 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges: >>**Besiegt und befreit**

... Die Gefühle der Deutschen waren sicherlich unterschiedlich. Einige freuten sich über das Auftauchen der Amerikaner, weil das Schlachten und der Bombenterror aufhörten. Andere sorgten sich, wie das Leben in den zerstörten und geplünderten Städten weitergehen sollte. Etliche zitterten vor der Rache der Sieger. Nur die, die von der NS-Diktatur eingesperrt, verfolgt, gequält und bedroht worden waren, werden das Kriegsende als Befreiung empfunden

haben. Für die anderen war es die bittere Stunde Null.

Befreit oder besiegt? 1945 erlebte das deutsche Volk eine verheerende Niederlage: Das Reichsgebiet besetzt und zerstückelt. Große Teile des Landes gingen verloren. Millionen Menschen waren umgekommen, in der Blüte des Lebens dahingerafft. Die Städte nur noch Trümmerhaufen. Das ganze Volk stand unter Kuratel (Vormundschaft) der Alliierten, unmündig und ohnmächtig.

So sahen es auch die Siegermächte. Sie betrachteten die Deutschen keineswegs als zu befreiendes, sondern als zu bestrafendes Volk. Daß die Sowjets später in der DDR den Tag der Befreiung feiern ließen, war eine von den vielen Geschichtslügen – denn die DDR-Deutschen blieben bis 1989 am Gängelband. Ebenso verfuhrten die Westmächte in ihren Territorien. Sie setzten die Verwaltungen ein und sagten ihnen, was sie zu tun hätten. Sie führten eine "Entnazifizierung" durch und urteilten über die (deutschen) Kriegsverbrecher in Nürnberg. Das deutsche Volk sollte ein für allemal klein und schwach bleiben.

Daß später alles anders kam, hatte nichts mit Befreiung zu tun. Nach 1948 wurden die Deutschen als Basis im Ost-West-Konflikt zwischen den Siegermächten wieder gebraucht. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...

Er verstehe die Länder nicht, die eine Mitgliedschaft in der Allianz anstrebten. Früher hätten sich der Warschauer Pakt und die NATO als zwei feindliche Blöcke gegenübergestanden. Der Westen habe den kalten Krieg gewonnen. "Gegen wen wollt ihr euch jetzt militärisch verbünden", fragte der General. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/2015) berichtete später über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremelchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<< Im September 1995 wurde während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es ging damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Dezember 1995: >>**Sklaven-Nachfahren abgeblitzt**

... Die Klage mehrerer schwarzer US-Bürger auf Schadenersatz für die Zeit der Sklaverei ist gescheitert. Ein Berufungsgericht in San Francisco (Kalifornien) kam zu dem Ergebnis, daß es nicht Sache der Justiz, sondern des Washingtoner Kongresses sei, über mögliche Entschädigungen zu entscheiden. Die Sklaverei in den USA war 1865 abgeschafft worden.

Die Kläger hatten von der US-Regierung 100 Millionen Dollar Entschädigung für das von ihren Vorfahren erlittene Unrecht verlangt. Sie forderten außerdem eine öffentliche Entschuldigung.

Das dreiköpfige Richtergremium in San Francisco nannte in einer schriftlichen Erklärung Sklaverei unentschuldigbar. "Aber die gesetzgebende Institution ist der angemessene Ansprechpartner für die Beschwerden der Kläger", hieß es in der Begründung. ...

Bundesstaatsanwältin Mary Beth Uitti als Vertreterin der US-Regierung verurteilte die Sklavenhaltung als "böse, moralisch falsch und verabscheuungswürdig". Aber es liege nicht in der Hand der Justiz, über die Frage der Entschädigung zu entscheiden.<<

Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) erinnerte im Jahre 1995 an den 50. Jahrestag der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x268/98): >>Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen. ...<<

Das US-Repräsentantenhaus und der US-Senat stimmten am 3. Januar 1996 einer Resolution zu, weitere Informationen über die NS-Kriegsverbrechen zu veröffentlichen (x136/15-16):

>>... Während des 104. Kongresses feierten die Amerikaner den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und das Ende des Holocaust, eine der schlimmsten Tragödien der menschlichen Geschichte,

Es ist wichtig, daß wir alles, soweit möglich, aus dieser schrecklichen Epoche in Erfahrung bringen, um zu verhindern, daß sich eine derartige Katastrophe je wiederholt.

Der kalte Krieg ist zu Ende.

Zahlreiche Nationen, inklusive jene der einstigen Sowjetunion, öffnen ihre Archive betreffend die Nazi-Kriegsverbrechen, wie auch Verbrechen, die durch Behörden ihrer eigenen Staaten begangen worden sind. ...

1996 begehen wir den Jahrestag der Annahme des Freedom of Information Act.

Behörden der amerikanischen Regierung besitzen Informationen über Personen, welche Nazi-Kriegsverbrechen befohlen, angestiftet oder sonstwie unterstützt haben.

Einige dieser Behörden haben bisher routinemäßig den Freedom of Information Act verletzt

und es abgelehnt, Informationen über Personen, die Nazi-Kriegsverbrechen begangen haben, herauszugeben. ...

Die Veröffentlichung der meisten Informationen betreffend Nazi-Kriegsverbrechen gefährdet nicht die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten. ...

Es ist deshalb der Wille des Kongresses, daß sämtliche Behörden, welche Informationen besitzen über Personen, die verdächtig sind, Nazi-Kriegsverbrechen begangen zu haben, diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**

Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.

Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.

"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann

... Er sei nicht mehr ein Jude, der in der Welt umherwandern und fliehen müsse, sagte er. Aber jeder Jude müsse sich selbst so verstehen, als sei er bei den weit zurückliegenden Ereignissen und an den Orten des Grauens dabei gewesen. "Jetzt wandere ich durch die Weite der Zeiten, ziehe von Generation zu Generation, laufe auf den Pfaden der Erinnerung." ...

Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmans Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... (Bundestagspräsidentin) Rita Süsmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 17. Januar 1996: >>**Rentenkasse zahlt für 35.000 Juden**

Die lange umstrittenen Abkommen über Renten für etwa 35.000 deutschstämmige Juden in Israel und USA sollen an diesem Donnerstag im Bundestag ratifiziert werden. ... Zuvor hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mehrheitlich der Vorlage zugestimmt, wonach die Kosten von etwa 2,3 Milliarden Mark für die nächsten 10 bis 15 Jahre aus der Rentenkasse bezahlt werden sollen.

... Bundeskanzler Helmut Kohl hatte die Zahlung von Renten an die vorwiegend aus Lettland und Rumänien stammenden deutschstämmigen oder deutschsprachigen Juden bereits 1989 zugesagt. ...<<

Ein US-Student berichtete am 16. Februar 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über seine Erfahrungen in einem "Goethe-Institut" (x268/148-149): >>Das erste Wort, das ich gelernt habe, war "Mülldeponie".

Es ist ein alter Witz unter Studenten, im Goethe-Institut sei die Gefahr gering, daß man Goethe liest. Aber leider ist dies kein Witz. Aus den vom Institut konzipierten Büchern und aus deren Materialien zu schließen, gibt es unter den Mitarbeitern des Instituts eine starke Allergie gegen alles, was für sie nach der alten Welt der deutschen Bildung riecht.

In der Bibliothek finden sich zwar die Klassiker in wunderschönen Ausgaben, im Klassenzimmer hingegen müssen die Studenten ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Gegenwart richten und sich für Diskussionen über Umweltkrisen, Baumsterben, Rechtsradikalismus und Militarismus rüsten. ...

Nach jener Erfahrung mit dem Goethe-Institut stellte ich mir die naive Frage: Weshalb gleicht das Institut mehr einer Sonntagsschule für deutsche Bürgerpflichten als einem gastfreundlichen, sich den Schönheiten der deutschen Sprache widmenden Kulturzentrum? Warum ist die Atmosphäre in französischen Kulturzentren, die ich gut kenne, so fröhlich, die in den deutschen so grau und öde?

Franzosen sind stolz, Menschen überall in der Welt mit Molière bekannt machen zu können. Warum schämen sich meine deutschen Lehrer Goethes? ...<<

Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. März 1996: >>**Jüdische Rächer wollten Millionen Deutsche ermorden**

Israelischer Dokumentarfilm berichtet über Sonderkommandos / Angeblich Vergiftung des Trinkwassers geplant

Es war das Thema Vergeltung, dem der israelische Regisseur Jarin Kimor seinen Dokumentarfilm gewidmet hatte. Im israelischen Fernsehen zeigte er am Sonntagabend Mitglieder sogenannter jüdischer Rachegruppen, die sich direkt nach dem Zweiten Weltkrieg an den Deutschen für die Ermordung mehrerer Millionen Juden rächen wollten.

"Die gesamte Bevölkerung von Hamburg, München und Nürnberg sollte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von jüdischen Rachekommandos vergiftet werden", erzählte General Israel Carmi, der nach Kimors Angaben Chef einer der jüdischen Gruppen war. "Unsere Leute waren die einzigen Überlebenden ihrer Familien. Sie waren in Auschwitz erniedrigt worden. Sie hatten nichts mehr zu verlieren."

Nach Angabe von Mitgliedern der Gruppe waren Soldaten der jüdischen Brigaden damals in der britischen Armee abgestellt worden, um in den Wasserwerken von Hamburg und Nürnberg bei den großen Filteranlagen zu arbeiten. Carmi behauptet, er sei nach Palästina gefahren, um sich mit Chaim Weizman, dem späteren ersten Präsidenten des Staates Israel zu beraten. Dieser habe dann den Wissenschaftler Ernst David Bergmann beim "Ziv-Institut" beauftragt, sofort ein "geruchs- und farbloses Gift" zu entwickeln.

Das Gift sollte in das Trinkwasser der deutschen Städte geschüttet werden. 50 Kilo des Gifts, in Konservenbüchsen versteckt, wurden einem einfachen Soldaten diese Kommandos, Itzik Ron, in einem Sack mitgegeben. Während der Überfahrt per Schiff von Palästina nach Frankreich flog die Gruppe jedoch aus unbekanntem Gründen auf. Ron gibt in dem Film an, er habe das Gift deshalb ins Mittelmeer geschüttet.

"Das jüdische Volk versuchte, nach dem Holocaust seine Ehre zu retten, aber die große Rache scheiterte", resümierte Carmi.

Der Film berichtet außerdem davon, daß nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1.000 und 2.000 Nazis von jüdischen Rachekommandos umgebracht worden seien. So sollen am 13. April 1946 bei Nürnberg 300 SS-Leute in einem amerikanischen Gefangenenlager umgekommen sein, weil jüdische Kämpfer rund 3.000 Brote mit Gift beschmiert hatten, erzählt ein

weiteres Mitglied einer Rachegruppe.

Bei Hinrichtungen sei oft nach demselben Muster vorgegangen worden. Einige Nazis wurden mit den Händen erwürgt oder nach einem kurzen Feldgericht standrechtlich erschossen. "Im Namen des jüdischen Volkes verurteile ich Sie", sollen die Kämpfer der jüdischen Brigaden der britischen Armee gerufen haben, ehe sie die gefaßten Nazis erschossen und in Seen oder Flüssen versenkten.

In dem Film werden auch Einzelfälle genannt. So sollen jüdische Häscher in Judenburg in Österreich einen Nazi namens Alwin Gawanda entdeckt haben. Er war für besondere Grausamkeit bei der Verschickung von Kindern nach Auschwitz berüchtigt. Nach dem Krieg war er bei einem Jahrmarkt untergetaucht, dort leitete er einen Tontaubenschießstand. Er wurde aus nächster Nähe erschossen.

Im Wiener Rothschild-Hospital soll es nach dem Krieg einen Keller gegeben haben, wo sich Mitglieder dieser jüdischen Kommandos einen Folterraum eingerichtet hatten. "Nazis wurden dorthin gebracht und nie mehr wiedergesehen", heißt es in dem Dokumentarfilm.

Mitglieder dieses Kommandos lockten auch Joseph Balaki in einen Wald bei Wien und erschossen ihn dort. Balaki hatte bei Kolow in Polen erstmals Lastwagen ausprobiert, deren Abgase in den Ladekasten geleitet wurden. Tausende Juden wurden auf diese Weise vor der Erfindung der stationären Gaskammern ermordet.

In seinem Buch "Die siebte Million" warnt der israelische Historiker Tom Segev aber davor, solche Aktionen überzubewerten. Der Gedanke, sich an den Deutschen zu rächen, sei angesichts der historischen Einmaligkeit und des gigantischen Ausmaßes dieses Verbrechens von den Verantwortlichen in Israel bald verworfen worden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern.

"Die Frage eines Kompromisses zwischen der NATO und Rußland im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Allianz steht überhaupt nicht zur Debatte", sagte Solana ... zu Beginn seines zweitägigen Rußlandbesuchs in einem Interview. ...

Die russische Führung hat wiederholt ihre Besorgnis über die geplante Ausweitung der westlichen Militärallianz geäußert. Westliche Regierungen haben die Befürchtungen vor der Osterweiterung der NATO meist als irrational zurückgewiesen. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose (nicht organisch bedingtes Nervenleiden) der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer

Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...

Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.

Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feinseligen Mehrheit beruht.

Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. März 1996: >>**Gegen Stalin gezielt**

Warum wurde die Atombombe auf Hiroshima abgeworfen?

Die Antwort schien jahrzehntelang so klar zu sein, wie die Offiziellen sie nach dem Abwurf gegeben hatten. Die Bombe war die einzige Möglichkeit, den Krieg schnell zu beenden und das Leben von Millionen GIs zu retten. Doch seit 30 Jahren zweifeln Forscher daran, und 1990 sagte der Historiker der US-Atomenergiebehörde – ein Hort der Atomfreundlichkeit -, es habe Alternativen zur Bombe gegeben. Dennoch glaubt der Durchschnittsamerikaner noch heute an die alte Darstellung.

Vor allem dieser Unterschied zwischen den Fachleuten und der Öffentlichkeit brachte des US-Historiker Gar Alperovitz dazu, die Gründe für den Einsatz der Bombe zu klären ("Hiroshima. Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe"). ...

Obwohl Alperovitz gerade auch auf die Unklarheiten und das Fehlen vieler Dokumente aufmerksam macht, kann an seiner Antwort auf die Frage nach den Gründen kein Zweifel bestehen. Präsident Harry S. Truman wollte den Krieg vor dem Kriegseintritt der Sowjetunion in Asien beenden und im politischen Poker um die spätere Ordnung der Welt, wie er sagte, die besseren Karten zu haben. Er wurde vor allem von seinem Außenminister James Byrnes beeinflusst ...

Truman und Byrnes ignorierten bewußt die seit Monaten ausgestreckten Friedensfühler der Japaner und gaben vor allem keine Sicherheitsgarantie für den als Gott verehrten Kaiser, deren Fehlen das Haupthindernis für die Kapitulation war. Denn die Bombe sollte auf jeden Fall eingesetzt werden, um Stalin Amerikas Macht zu demonstrieren.

Das ist der Hintergrund für die Frage, wie es zu der Legende von der Rettung amerikanischer Menschenleben kam. Sie entstand aus einem Zusammenspiel vieler Faktoren. Das Erlebnis des Kriegsendes kurz nach der Bombardierung Hiroshimas schuf in den Köpfen einen Zusammenhang.

Außerdem gab es eine spezielle Kampagne mit der Fakten verzerrt oder gar nicht erst an die Öffentlichkeit gelassen wurden. Dabei spielte Truman, der in den USA als Beispiel eines ehrlichen Politikers gilt, ebenso wie Byrnes eine wenig rühmliche Rolle. Die bei einer Invasion erwarteten Verluste wurden übertrieben; man sprach von Millionen Toten, während die höchste Schätzung der Militärführung, die fast geschlossen gegen den Abwurf war, von 46.000 ausgegangen war.

Auch wurde Hiroshima nicht wie Truman behauptete, wegen seiner militärischen Bedeutung ausgewählt, sondern weil es aufgrund seiner geringen militärischen Bedeutung sicher war, daß es bis August noch nicht durch konventionelle Bomben zerstört sein würde. Doch am erschreckendsten ist, daß bei der Auswahl des Zieles Wert darauf gelegt wurde, möglichst viele Zivilisten zu treffen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß Truman bis an sein Lebensende seine Entscheidung zu rechtfertigen suchte und selbst Leuten, die er kaum kannte, unaufgefordert seine Gründe darlegte – wenn auch nur die offizielle Version. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>Woher nur die Lust an der Grausamkeit?

Die Deutschen und der Holocaust: Daniel Goldhagen streitet mit seinen Kritikern

Viel Auftrieb vor den Hamburger Kammerspielen: 400 Besucher, darunter viel schwarz gekleidete Künstlerprominenz drängen in das ausverkaufte Haus. Kameras empfangen die Besucher schon vor dem Eingang, Mikrofone werden in die Menge gehalten.

Kein Zweifel: Hier wird ein "Event", ein Ereignis inszeniert. Erstaunlich ist der Anlaß: Ein wissenschaftlicher Wälzer wird vorgestellt, ein 700 Seiten starkes und mit fast 60 Mark recht teures Buch. Obwohl erst seit gut zwei Wochen im Handel, sind von der deutschen Ausgabe von Daniel Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker" schon fast 100.000 Exemplare verkauft worden. In der Diskussion ist es freilich schon seit Monaten, seit dem Erscheinen des amerikanischen Originals.

Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.

Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert.

... Am Beispiel des Polizeibataillons 101, dessen Mordaktionen an der Ostfront Goldhagen neben anderen untersuchte, versucht er die Taten und ihre Motive, ihren besonderen Eifer, die Freiwilligkeit ihrer Teilnahme herauszuarbeiten.

Goldhagens These ist, daß die Angehörigen dieses Bataillons nicht nach besonderen Kriterien ausgesucht wurden und deshalb einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung gebieten. Der Berliner Historiker Reinhard Rürup bezweifelte diese Annahme. Außerdem warf er Goldhagen vor, Quellenmaterial, daß seine These nicht stützte, einfach unterschlagen zu haben (was der amerikanische Wissenschaftler scharf zurückwies).

Viele derjenigen, die an den Mordaktionen beteiligt waren, hätten keineswegs mit Überzeugung oder besonderer Lust mitgemacht. Viele hätten es nicht gewagt, Befehle zu verweigern. Goldhagen unterschlägt auch, daß es in Deutschland unterschiedliche Formen des Antisemitismus und eine besonders reiche deutsch-jüdische Kultur gegeben habe.

Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...

Einhellig bestritten die (deutschen) Historiker, daß der Massenmord von Anfang an vom Hitler-Regime geplant gewesen sei. Auch der Zweite Weltkrieg sei nicht geführt worden, um den Holocaust zu ermöglichen ...

Goldhagen ... hielt ... an seiner These von einem besonders radikalen deutschen Antisemitismus fest. Einen Vergleich mit anderen europäischen Ländern würde seine These nicht in Frage stellen.

An diesem Abend konnten mit akademischer Behutsamkeit die Empfindlichkeiten auf beiden Seiten gedämpft werden. Und das gespannt zuhörende Publikum schien zufrieden. Ein Teil-

nehmer resümierte nach der Veranstaltung: "Jetzt weiß man mehr als vorher."<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schrieb später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur der Deutsche ist eben schlecht. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x169/70-75): >>... Die jüngste große Holocaust-Show ist Daniel Jonah Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker".

Innerhalb weniger Wochen nach seinem Erscheinen druckte jedes wichtige Meinungsblatt eine oder mehrere Besprechungen. Die "New York Times" brachte mehrere Artikel, in denen Goldhagens Buch als "eines jener seltenen neuen Werke" gelobt wird, "die die Bezeichnung Meilenstein verdient haben" (Richard Bernstein).

Mit einer halben Million verkaufter Exemplare und vorgesehenen Übersetzungen in 13 Sprachen wurde "Hitlers willige Vollstrecker" im Magazin von "Time" als das "am meisten diskutierte" und zweitbeste Sachbuch des Jahres gefeiert.

Elie Wiesel verwies auf die "bemerkenswerten Recherchen" und die "Fülle an Belegen, ... gestützt von einer überwältigenden Zahl an Dokumenten und Tatsachen", um "Hitlers willige Vollstrecker" als "großartigen Beitrag zum Verständnis und zur Vermittlung des Holocaust" anzukündigen.

Israel Gutman pries das Buch, weil es "eindeutig zentrale Fragen wieder aufwirft", die vom "Großteil der wissenschaftlichen Holocaust-Forschung" ignoriert würden. Goldhagen, nominiert für den Holocaust-Lehrstuhl der Harvard University und in den Medien mit Wiesel zusammengespannt, gelangte schnell zu allgegenwärtiger Präsenz im Vortragstourismus zum Thema Holocaust.

Die zentrale These von Goldhagens Buch ist eines der üblichen Holocaust-Dogmen: Getrieben von pathologischem Haß, stürzte sich das deutsche Volk auf die von Hitler gebotene Gelegenheit, die Juden zu ermorden.

Selbst der führende deutschsprachige Holocaust-Autor Yehuda Bauer, der an der Hebrew University lehrt und zu den Leitern von Yad Vashem gehört, hat dieses Dogma zeitweilig übernommen. Noch vor einigen Jahren schrieb Bauer über die geistige Verfassung der Täter: "Die Juden wurden von Leuten umgebracht, die sie größtenteils nicht wirklich haßten. ... Die Deutschen mußten keinen Haß für die Juden empfinden, um sie zu töten."

In einer kürzlich erschienen Besprechung von Goldhagens Buch behauptete Bauer jedoch genau das Gegenteil: "Die radikalste Ausprägung mörderischer Gesinnung herrschte von den dreißiger Jahren an vor. ... Beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte sich die breite Mehrheit der Deutschen in einem solchen Ausmaß mit dem Regime und seiner antisemitischen Politik identifiziert, daß es kein Problem war, die Mörder zu rekrutieren."

Als man ihn zu dieser Diskrepanz befragte, erwiderte Bauer: "Ich kann keinerlei Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen erkennen."

... "Hitlers willige Vollstrecker", voll mit groben Fehldeutungen von Quellenmaterial und inneren Widersprüchen, ist ohne wissenschaftlichen Wert. In "Eine Nation auf dem Prüfstand" haben Ruth Bettina Birn und der Autor dokumentiert, wie schludrig Goldhagens Unternehmung angelegt ist. Die darauf folgende Kontroverse beleuchtete das Funktionieren der Holocaust-Industrie auf lehrreiche Weise.

Birn, weltweit die führende Autorität für die Archive, die Goldhagen zu Rate zog, veröffentlichte ihre kritischen Befunde zuerst im "Historical Journal" von Cambridge. Goldhagen wies die Einladung der Zeitschrift zu einer umfassenden Erwiderung zurück und beauftragte statt dessen eine führende Londoner Anwaltskanzlei, Birn und die Cambridge University Press wegen "vieler schwerwiegender Verleumdungen" zu verklagen.

Goldhagens Anwälte verlangten eine Entschuldigung, die Rücknahme der Kritik und eine Zusicherung Birns, die Kritik nicht zu wiederholen, und drohten zudem, daß "jegliches öffentliche Aufsehen, das Sie aufgrund dieses Briefes auslösen sollten, auf eine weitere Vergrößerung des Schadens hinauslaufen würde".

Kurz nachdem die ebenfalls kritischen Befunde des Autors in der "New Left Review" veröffentlicht wurden, erklärte sich der "Metropolitan-Verlag", ein Label von Henry Holt, bereit, beide Aufsätze zusammen als Buch herauszugeben.

In einer Titelgeschichte warnte daraufhin "Forward", Metropolitan sei "dabei, ein Buch von Norman Finkelstein herauszubringen, einem bekannten ideologischen Gegner des Staates Israel". Die Zeitschrift "Forward" ist die wichtigste Instanz, die in den Vereinigten Staaten die (politische) Holocaust-Correctness durchsetzt. ...

Leon Wieseltier, Literaturredakteur der pro-israelischen "New Republic", intervenierte persönlich bei Michael Naumann, dem Verleger von Holt. "Sie wissen nicht, wer Finkelstein ist. Er ist Gift, ein abstoßender Jude voller Selbsthaß, so etwas wie ihn finden Sie unter einem Stein."

Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress, bezeichnete Holts Entscheidung als "Schande" und meinte: "Wenn sie Müllmänner sein wollen, sollten sie sich die Uniform der Stadtreinigung anziehen."

"Nie zuvor habe ich", erinnerte sich Naumann später, "einen vergleichbaren Versuch interessierter Kreise erlebt, eine bevorstehende Veröffentlichung vor aller Augen schlecht zu machen." Der bekannte israelische Historiker und Journalist Tom Segev merkte in der Zeitschrift "Haaretz" an, daß die Kampagne an "Kulturterrorismus" grenze.

Als leitende Historikerin der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen Abteilung des kanadischen Justizministeriums wurde Birn als nächstes von jüdischen Organisationen in Kanada angegriffen.

Mit der Behauptung, ich sei "der überwiegenden Mehrheit der Juden auf diesem Kontinent ein Greuel", prangerte der Canadian Jewish Congress (CJC) an, daß Frau Birn an diesem Buch mitgearbeitet hatte. Über ihren Arbeitgeber machte der CJC Druck und reichte eine Beschwerde beim Justizministerium ein. Zusammen mit einem vom CJC unterstützten Bericht, der Birn als "Mitglied der Rasse der Täter" (sie ist in Deutschland geboren) bezeichnete, löste diese Beschwerde eine offizielle Ermittlung gegen sie aus.

Auch nach dem Erscheinen des Buches ließen die persönlichen Angriffe nicht nach. Goldha-

gen behauptete, Birn, die die Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern zu ihrer Lebensaufgabe gemacht hat, vertrete eine antisemitische Einstellung, und ich selbst sei der Meinung, die Opfer der Nazis einschließlich meiner eigenen Familie hätten den Tod verdient. Goldhagens Kollegen am Harvard Center for European Studies, Stanley Hoffmann und Charles Maier, stellten sich öffentlich hinter ihn.

"The New Republic" bezeichnete die Vorwürfe, es handle sich um Zensur, als "Ente", und hielt dagegen, daß "es einen Unterschied gibt zwischen Zensur und der Einhaltung von Standards".

Von den führenden Historikern des Nazi-Holocaust einschließlich Raul Hilberg, Christopher Browning und Ian Kershaw erhielt "Eine Nation auf dem Prüfstand" Rückendeckung. Eben diese Wissenschaftler verwarfen Goldhagens Buch; Hilberg nannte es "wertlos". ...

Man sehe sich zum Schluß noch folgendes Beziehungsmuster an: Wiesel und Gutmann unterstützten Goldhagen, Wiesel unterstützte Kosinski, Gutman und Goldhagen unterstützten Wilkomirski. Man verbinde die Spieler miteinander: Das ist HOLOCAUST-Literatur. ...<<

Der deutsche Journalist Dieter Bartetzko schrieb am 13. November 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über das geplante gigantische Berliner "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" (x268/228-229): >>... Die unbeirrbar Befürworter eines erschlagend monumentalen Mahnmals ... übersahen, daß ihr Riesenbau verzweifelt an die Architekturhybris der Nazis erinnert, die Speers Nord-Süd-Achse mit dem höchsten Triumphbogen der Welt abschließen wollten, auf dessen Fronten die Namen aller gefallenen deutschen Soldaten eingemeißelt werden sollten.<<

Hartmut Hausmann berichtete im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.

Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...

Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.

Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.

Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich - dramatische Probleme erwachsen.

Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Januar 1997: >>Lebed warnt in Bonn vor einem Dritten Weltkrieg

... Am Mittwoch traf sich der russische Gast unter anderem mit dem CDU/CSU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble, mit Joschka Fischer von den Grünen und mit zahlreichen Wirtschaftsvertretern. Der frühere Kommandant der 14. sowjetischen Armee ("Ich bin nicht liberal, ich bin General") entwarf vor seinen Bonnern Gesprächspartnern ein düsteres Bild von den Zuständen in seiner Heimat.

Durch die Schwäche des amtierenden Präsidenten (Boris Jelzin), bedingt durch dessen schwere Krankheit, verharre Rußland in einem Zustand von wirtschaftlichem und politischem Chaos, bedrängt durch das organisierte Verbrechen. Er könne diesen Zustand beenden, lautet die Botschaft Lebeds, aber nur durch "eine Diktatur des Gesetzes".

Die Frage, ob er Demokrat sei, wies Lebed (General und "Mann des Jahres" in Rußland) barsch zurück: "In Rußland gibt es keine Demokraten. Die, das von sich behaupten, sind Heuchler."

Um ein demokratisches Land zu werden, brauche Rußland noch 2 Generationen, was nach landläufiger Auffassung mindestens 50 Jahre bedeute. Die Gefahr sei groß, sagte Lebed, daß Rußland vollends ins Chaos gleite, "aber wenn ich eine Gefahr sehe, dann nehme ich das Schwert in die Hand. Dann wird die Gefahr den Schwanz einziehen und von selbst verschwinden."

Sollte Rußland auseinanderbrechen, warnte Lebed, werde es einen Krieg geben, den dritten Weltkrieg. Und der werde keine Sieger haben. Dann werden der Welt die Fetzen um die Ohren fliegen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>Teures Vergnügen

Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. Aus der Sicht des Kalten Krieges ist die Erweiterung der NATO um Polen, Tschechien und Ungarn tatsächlich ein triumphales Ereignis. Aber auf weitere Sicht sind damit für die Allianz erheblich Probleme verbunden, über die im Vorfeld der Entscheidung viel zu wenig gesprochen worden ist. Vor hochtrabenden Worten wie dem Ausspruch, hier entstehe eine neue "europäische Sicherheitsarchitektur", sollte man sich hüten. ...

Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.

Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen.

Daß diese Ausgaben notwendig sind, wenn die NATO-Erweiterung Sinn haben soll, läßt sich nicht bestreiten: Militärischer Schutz setzt entsprechende Vorkehrungen für den Ernstfall voraus. Rund ein Drittel der Summe soll der Modernisierung der Streitkräfte in den drei östlichen Staaten dienen. ...

Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. Es gibt aber kein Land, in dem in den letzten Jahren der Wehretat nicht kräftig angezapft worden ist, um anderswo Löcher zu stopfen.

Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im

Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben – ein willkommenes Geschenk für den Senat, dem auch dadurch die Zustimmung erleichtert wird. Um so mehr aber müssen die europäischen Mitglieder mit neuen Belastungen rechnen.

Bisher verschließen davor alle die Augen, nach dem Motto: Kommt Zeit, kommt Rat. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**

Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid. US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juli 1997 über Clintons Besuch in Warschau: >>**Clinton in Warschau begeistert gefeiert**

Herzlicher kann eine Begrüßung kaum ausfallen: Vor mehreren tausend jubelnden Menschen umarmen sich US-Präsident Bill Clinton und Aleksander Kwasniewski auf dem Schloßplatz in Warschau. ...

Clinton sagte, Polen nehme jetzt seinen festen Platz in der Gemeinschaft der demokratischen Staaten ein.<<

Der US-Journalist Robert B. Goldmann schrieb am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.

Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteilkämpfern unterbrochen, weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer. Das Kyoto-Protokoll sollte in Kraft treten, wenn mindestens 55 Staaten, die zusammengerechnet mehr als 55 % der CO₂-Emissionen des Jahres 1990 verursachten, das Abkommen ratifiziert haben. Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über die Erneuerbare Energie und Kernenergie (x864/...): >>**Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?**

Solarenergie und Windenergie fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhanden sind.

Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.

Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen (Knallgasreaktion). Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie (letzteres in Brennstoffzellen). Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.

Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, werden die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.

Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.

Aber man tut es nicht! Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kraftwerke (Kohle, Kernkraftwerke), die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) ins Netz speisen können.

Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergie-technik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.

Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolgversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Projekte an der Universität Stuttgart (Hysolar), das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neuburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftsweisenden Entwicklungsaktivitäten.

Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherinfrastruktur besteht (z.B. Tankstellen).

Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte. Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.

Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen.

Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden. Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die anglo-amerikanische Klimapolitik der 1980er Jahre (x364/229-230): >>... **Mißachtung der Gesetze**

Alle Probleme, die die amerikanische Nation belasten, lassen sich auf ein und denselben Nenner bringen - Mißachtung der Gesetze. Unter dem satanischen Einfluß der von den Illuminaten beherrschten Humanitaristen ist die amerikanische Öffentlichkeit einer Gehirnwäsche unterworfen worden, die sie glauben macht, daß es keine absoluten Wahrheiten, keine absoluten Gesetze gibt. Und keine Strafe dafür, daß man alle Gesetze mit Füßen tritt, die uns von Gott gegeben wurden. Diesem satanischen Ansturm ist es gelungen, die Grundlagen der amerikanischen Gesellschaft zu unterminieren.

Die grimmige Zukunft, die Illuminaten für alle amerikanischen "Bauern" vorgesehen haben, wurde von einem Sprecher einer weiteren Exklusivgruppe, dem Club of Rome, sehr anschaulich dargelegt.

In einem Interview mit dem Magazin "Fusion" vom August 1980 hat Howard Odum, Meeresbiologe an der Universität Florida, enthüllt, was die Internationalisten für unsere Zukunft planen: "Die Vereinigten Staaten haben eine neue und reizvolle Führungsrolle in der Welt. Wir werden die Welt nach unten führen. Wir werden die Welt auf ein niedrigeres Niveau des Energieverbrauchs bringen."

Die Weltstrategen glauben, "es ist notwendig, daß die Vereinigten Staaten in den nächsten 50 Jahren ihre Bevölkerung um zwei Drittel verringern." Odum erzählt leider nicht, wie er und seine illuminierten Freunde die Beseitigung von rund 150 Millionen ihrer Mitamerikaner bewerkstelligen wollen, aber wir können sicher sein, daß sie mit Fleiß an dieser Problemlösung arbeiten.

In dem von Odum vorgesehenen Staat könnte der Großteil der Bevölkerung "Vollbeschäftigung in einer eigenversorgerischen Landwirtschaft finden. Es gäbe praktisch keine Arbeitslosigkeit, da viele Arbeiten, die heute von Maschinen ausgeführt werden, wieder von Menschenhand getan werden müßten."

Der Plan sieht eindeutig vor, daß die Amerikaner nach und nach all ihrer Freiheit und ihres Wohlstandes beraubt werden und daß sie in der neuen Weltordnung auf den Status von Leibeigenen gedrückt werden.

Dies bestätigt die Aussage des verstorbenen Professor Carrol Quigley, daß die Internationalisten "nichts weniger wollen, als ein Weltsystem der finanziellen Beherrschung durch Privat-hand, welches das politische System eines jeden einzelnen Landes sowie die Weltwirtschaft insgesamt lenkt. Dieses System soll von den Zentralbanken der Welt in feudalistischem Stil gesteuert werden, die konzentriert handeln, und zwar aufgrund von Geheimabkommen, die auf häufig stattfindenden Gipfeltreffen und Gipfelkonferenzen vereinbart werden."

Amerikas Schicksalsdekade

Amerika steht an einem Scheideweg. Das Jahrzehnt der 80er Jahre ist die Schicksalsdekade. Die kommenden Jahre werden über die Zukunft der Vereinigten Staaten entscheiden - und die der ganzen Welt.

Für diejenigen, die "Augen haben, um zu sehen", sind die Wegweiser klar und unmißverständ-

lich markiert. Der eine Pfeil weist die Nation auf einen verführerischen Pfad des Vergnügens, bespickt mit subtilen Vortäuschungen, die an die niedrigsten Instinkte des Menschen appellieren, nach Links.

Dies ist der Weg des geringsten Widerstandes, der Weg, der all jenen traurigen, kranken Geschöpfen verheißungsvoll erscheint, die jegliches persönliches Verantwortungsbewußtsein aufgegeben und ihre Seele für eine bezahlte Reise in die Märchenwelt eingetauscht haben, die die humanitaristischen Propagandisten für sie geplant haben. Diese leichtgläubigen Unschuldslämmer, die sich auf diesen Weg verlocken lassen, wissen nicht, daß er zu einem gewaltigen persönlichen Trauma, zu Frustration, Armut, Degradierung und letztlich in die totale Sklaverei führt.

Der andere Pfeil lenkt die amerikanische Nation auf einen langen, mühsamen Weg des Aufstiegs zurück zur nationalen Unabhängigkeit und wahren materiellem und geistigem Gedeihen. Er führt in die Freiheit.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (13/1998) berichtete am 23. März 1998: >>**Strahlen in der Wüste**

Späte Folgen des Golfkriegs: Auf den Schlachtfeldern von 1991 erkrankten auffallend viele Kinder an Krebs

Ali Hillal, acht, hat alle seine Haare verloren, eine Folge der Chemotherapie. Am Bett des sterbenden Kindes im el-Mansur-Krankenhaus von Bagdad wacht die verzweifelte Mutter. Latif Abd el-Sattar, fünf, auch er völlig kahl, hätte nach Auskunft der Ärzte eine gute Überlebenschance, wenn die notwendigen Medikamente zur Verfügung stünden. Marwa Adil, zehn, leidet an Leukämie, aber das Spital hat noch nicht einmal Punktionsnadeln für notwendige Rückenmarktests. Die Ärzte baten Marwas Vater, er solle doch versuchen, welche zu besorgen. Nur wo?

In irakischen Krankenhäusern herrschen erschreckende Zustände. Saddam Husseins Regierung läßt Reporter gern hinein: Seht her, was das Embargo der Vereinten Nationen anrichtet. "Clinton ermordet Babys", skandieren Einpeitscher auf staatlich organisierten Kundgebungen. Während einer Demonstration führte die Menge in offenen Särgen tote Kinder mit.

Die Gruselpropaganda verschweigt, daß die Uno Arzneimittel immer schon vom Boykott ausgenommen hatte. Richtig ist aber, daß sieben Jahre nach dem Golfkrieg vor allem im Süden, rund um die Provinzhauptstadt Basra, die Zahl der Krebserkrankungen deutlich zugenommen hat.

Ein Bagdader Krankenhaus registrierte 1.050 Fälle von Leukämie bei Kindern - fünfmal so viele wie zuvor. "Fast alle kommen aus dem Süden, aus Basra, Nassirija, Kerbala und Nadshaf", berichtete Dr. Ali Ismail dem britischen Nahost-Experten Robert Fisk vom Londoner "Independent". Das größte Hospital in Basra behandelte voriges Jahr 380 neue Krebspatienten - vor 1991 waren es höchstens 80 im Jahr.

Ärzte in Basra markierten auf Landkarten die Herkunftsorte von 765 Krebskranken: Alle stammen aus einem westlich von Basra gelegenen Landwirtschaftsgebiet; in der Nähe fand 1991 eine Panzerschlacht zwischen US-Truppen und Saddam Husseins Republikanischer Garde statt.

Damals waren die amerikanischen Militärs stolz auf ihren angeblich "sauberen" Krieg, der Zivilisten schonen sollte. Doch unter den Langzeitfolgen leidet die Bevölkerung noch heute. Gleich mehrere Risiken verbinden sich zu einem tödlichen Gemisch: Kampfstoffschwaden, aufgestiegen aus den Trümmern irakischer Munitionsdepots, die im Bomben- und Granatenhagel der Alliierten zerstört worden waren, legten sich - unerkannt - auf die Region. Und aus 732 Ölquellen, die Saddams fliehende Soldaten in Kuwait angesteckt hatten, stieg wochenlang ätzender Rauch in die Atmosphäre.

Zu all dem auch noch: Die alliierten Truppen setzten über eine Million Granaten ein, die zur

Erhöhung der Durchschlagskraft einen Kern aus abgereichertem Uran ("depleted Uranium", Militärkürzel DU) enthielten. Allein amerikanische Panzer verschossen mindestens 4.000 schwere DU-Granaten. 940.000 Uran-Geschosse kleineren Kalibers feuerten "A-10-Panzerknacker-Flugzeuge" ab. Über 1.000 irakische Panzer und Militärfahrzeuge wurden durchlöchert, die US-Militärs jubilierten.

Vor dem Golfkrieg war Uran-Munition noch nie in großen Mengen eingesetzt worden. Abgereichertes Uran ist fast dreimal so dicht wie der härteste Stahl und daher bestens geeignet, Panzerplatten zu durchschlagen. Das Material ist an sich harmlos, doch beim Durchbohren des Ziels werden kleine Staubwolken hochgiftiger, radioaktiver Teilchen freigesetzt. Die Dosis sei allerdings kaum gefährlich, hieß es früher immer.

Die verseuchten und vergifteten Kriegstrümmer rund um Basra wurden nie beseitigt. Kinder spielen in zerschossenen Fahrzeugen und lesen Metallreste auf. Irakische Experten sind überzeugt, daß Schadstoffe ins Grundwasser und in die Nahrungskette gelangt sind. Niemand hat die Bauern gewarnt, Kartoffeln und Zwiebeln hier anzubauen; Rinder und Schafe weiden auf verseuchtem Grund.

Saddam Hussein kümmert sich wenig um die Opfer: Die Bevölkerung im Südirak ist überwiegend schiitisch wie der benachbarte Iran und hat sich schon mehrmals gegen das Regime in Bagdad erhoben.

Mit ihrer Fürsorgepflicht nahmen es jedoch auch die Alliierten nicht so genau: Erst nach Kriegsende, als sich bei Veteranen erste Symptome rätselhafter Beschwerden zeigten, kamen Bedenken auf. In internen Schreiben warnten Fachleute das Londoner Verteidigungsministerium vor einem "ernsthaften" Krebsrisiko, das von den Schlachtfeldern ausgehe. "Wir müssen uns auf ein potentiell Problem vorbereiten", erkannte auch die "Defense Nuclear Agency" des Pentagon.

Öffentlich leugneten die Militärs weiterhin jede Gefahr. 1993 gab die "New York Times" Alarm. Unter der Überschrift "Die Wüste zum Strahlen gebracht" schrieb Wissenschaftsjournalist Eric Hoskins, daß Überreste "amerikanischer Uran-Granaten noch immer irakische Kinder umbringen" könnten. Die U. S. Army schätzt die auf den Golfkriegsschauplätzen herumliegende Uran-Menge auf 300 Tonnen.

Das Pentagon hatte 16 Abrams-Panzer zurück in die USA verschifft, die irrtümlich von der eigenen Truppe mit Uran-Munition beschossen worden waren. Die Wracks waren so stark verseucht, daß sie in einem Lager für radioaktive Abfälle in South Carolina entsorgt werden mußten. Zuvor hatten 27 Soldaten die Panzer ohne Schutzkleidung untersucht - ein sträflicher Leichtsin, wie sich bald herausstellte.

Die 27 gehören zu insgesamt 112 US-Soldaten, die - wie das Pentagon erst im August 1997 zugab - 1991 dem giftigen und radioaktiven Uran ausgesetzt waren. 35 GIs sind Überlebende aus den unter eigenen Beschuß geratenen Panzern, 50 waren bei einer Explosion im Munitionsdepot von Doha in Kuwait verwundet worden.

Im Januar dann räumte ein 32-Seiten-Bericht des "Büros zur Untersuchung von Golfkriegs-krankheiten" im Pentagon ein, daß möglicherweise "Tausende von Soldaten" schädlichen Strahlen ausgesetzt gewesen seien.

"Was hat das zu bedeuten?" fragte der amerikanische Veteranen-Vertreter Dan Fahey, "waren es 2.000 oder 50.000" - oder gar 400.000, wie seine Studie für möglich hält?

Wahrscheinlich noch größer ist die Zahl der Araber - Soldaten wie Zivilisten -, die mit den gefährlichen Spezialgranaten Kontakt hatten - und womöglich noch heute von ihnen getötet werden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschä-

digung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.

Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-135): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenüber sieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams (Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden) brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". Der Bankenausschuß des Repräsentantenhauses hielt im September Anhörungen ab.

Die Abgeordnete Carolyn Maloney erklärte, daß "die verflossene Zeit keine Entschuldigung für unrechtmäßige Bereicherung sein darf" (jedenfalls nicht die aus jüdischer Zwangsarbeit - die afrikanisch-amerikanische Sklavenarbeit ist eine andere Geschichte), während der Ausschußvorsitzende Leach, der sein altes Skript erneut verlas, tönte, daß "die Geschichte keine Verjährungsfrist kennt".

Deutsche Firmen, die in den Vereinigten Staaten Geschäfte machten, teilte Eizenstat dem Ausschuß mit, "legen Wert auf ihr gutes Ansehen hierzulande, und sie werden in den USA und in Deutschland weiterhin jene gute staatsbürgerliche Gesinnung beibehalten, die sie immer gezeigt haben."

Unter Verzicht auf diplomatische Nettigkeiten drängte der Kongreßabgeordnete Rick Lazio den Ausschuß ganz unverblümt, "sich auf die deutschen Firmen des privaten Sektors zu konzentrieren, insbesondere auf jene, die in den USA Geschäfte machen".

Um die öffentliche Hysterie gegen Deutschland anzuheizen, brachte die Holocaust-Industrie im Oktober verschiedene ganzseitige Zeitungsanzeigen heraus. Die schreckliche Wahrheit war nicht genug; man bediente alle Register DES HOLOCAUST. Eine Anzeige, die sich gegen den deutschen Pharmahersteller Bayer richtete, brachte Josef Mengele ins Spiel, obwohl es keinerlei Beweise dafür gibt, daß Bayer dessen mörderische Experimente "gesteuert" hat.

In der Erkenntnis, der Wucht DES HOLOCAUST nicht standhalten zu können, unterwarfen die Deutschen sich am Ende des Jahres einem umfangreichen finanziellen Vergleich. Die Londoner Times führte diese Kapitulation auf die "Holocash-Kampagne" in den Vereinigten Staaten zurück. "Ohne den persönlichen Einsatz von Präsident Clinton ... sowie anderer hoher Beamter" der US-Regierung, teilte Eizenstat dem Bankenausschuß später mit, "hätten wir keine Einigung erreicht."

Wie die Holocaust-Industrie anklagend feststellte, hätte Deutschland eine "moralische und rechtliche Verpflichtung", ehemalige jüdische Zwangsarbeiter zu entschädigen. "Diese Zwangsarbeiter verdienen ein wenig Gerechtigkeit", plädierte Eizenstat, "für die paar Jahre, die sie noch zu leben haben."

Doch es ist, wie weiter oben schon gezeigt, einfach nicht wahr, daß sie keinerlei Entschädigung erhalten hätten. In die ursprünglichen Abkommen mit Deutschland zur Entschädigung

von Häftlingen der Konzentrationslager waren auch jüdische Zwangsarbeiter einbezogen gewesen. Die deutsche Regierung entschädigte ehemalige jüdische Zwangsarbeiter für den "Freiheitsentzug" und für "Beeinträchtigung der Gesundheit".

Nur die zurückbehaltenen Löhne wurden nicht formell entschädigt. Jene, die bleibende Schäden erlitten hatten, erhielten eine ansehnliche lebenslange Rente. Deutschland bedachte auch die Jewish Claims Conference mit annähernd einer Milliarde Dollar (nach heutigem Wert) für jene jüdischen ehemaligen Lagerhäftlinge, die nur die Minimal-Entschädigung erhalten hatten. Die Claims Conference verstieß ... gegen das Abkommen mit Deutschland und verwendete die Gelder statt dessen für ihre verschiedenen Lieblingsprojekte. ...

Die Frage, was eine "angemessene" Entschädigung für ehemalige jüdische Zwangsarbeiter darstellen könnte, ist schlechterdings nicht zu beantworten. Man kann jedoch folgendes festhalten: Dem neuen Abkommen zufolge wird jeder ehemalige jüdische Zwangsarbeiter vermutlich etwa 7.500 Dollar erhalten. Wenn die Claims Conference die ursprünglich von Deutschland gezahlten Gelder angemessen verteilt hätte, hätten sehr viel mehr jüdische Zwangsarbeiter sehr viel früher sehr viel mehr Geld erhalten.

Ob die "bedürftigen Holocaust-Opfer" je etwas von den neuen Geldern aus Deutschland sehen werden, ist eine offene Frage.

Die Claims Conference wünscht, daß ein großer Anteil als "Sonderfonds" zu ihrer Verfügung abgezweigt wird. Dem Jerusalem Report zufolge hat die Konferenz "viel zu gewinnen, wenn sie dafür sorgt, daß die Überlebenden nichts bekommen".

Der israelische Knesseth-Abgeordnete Michael Kleiner (Herut-Partei) geißelte die Konferenz als einen "Judenrat, der das Werk der Nazis auf andere Weise fortsetzt". Sie sei eine "unredliche Körperschaft, die sich in professionelle Geheimniskrämerei hüllt und durch abstoßende öffentliche und moralische Korruption verdorben ist", klagte er, "eine Körperschaft der Finsternis, die jüdische Holocaust-Überlebende und deren Erben mißhandelt, während sie selbst auf einem riesigen Haufen Geld sitzt, das Privatpersonen gehört, aber alles unternimmt, (das Geld) zu erben, während diese noch am Leben sind".

In der Zwischenzeit erging sich Stuart Eizenstat in weiteren Lobreden über das "transparente Vorgehen, das die Jewish Material Claims Conference in den letzten vierzig und ein paar Jahren gezeigt hat".

Was jedoch blanken Zynismus angeht, wird Rabbi Israel Singer von niemandem übertroffen. Nach den Abkommen mit der Schweiz und Deutschland wiederholte er vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses salbungsvoll, daß "es eine Schande wäre", wenn die Holocaust-Entschädigungen "an Erben statt an Überlebende ausbezahlt" würden. "Wir wollen nicht, daß dieses Geld an Erben ausgezahlt wird. Wir wollen, daß das Geld an die Opfer bezahlt wird."

Doch wie "Haaretz" berichtet, war es vor allem Singer, der dafür eintrat, die Holocaust-Entschädigungen zu verwenden, "um die Bedürfnisse des ganzen jüdischen Volkes zu befriedigen, und nicht nur die jener Juden, die das Glück hatten, den Holocaust zu überstehen und bis ins hohe Alter zu leben."

Henry Friedlander, der geachtete Historiker und Auschwitz-Häftling, skizzierte in einer Veröffentlichung des US Holocaust Memorial Museums für das Kriegsende folgendes Zahlenbild:

"Wenn Anfang 1945 etwa 715.000 Häftlinge in den Lagern waren und zumindest ein Drittel - das heißt etwa 238.000 - im Frühjahr 1945 starben, können wir annehmen, daß höchstens 475.000 Häftlinge überlebten. Da die Juden systematisch ermordet wurden und allenfalls jene, die man zur Arbeit auswählte - in Auschwitz etwa 15 Prozent -, auch nur eine Chance hatten, am Leben zu bleiben, müssen wir davon ausgehen, daß Juden nicht mehr als 20 Prozent der Menschen in den Konzentrationslagern (zur Zeit der Befreiung) ausmachten."

"Demnach läßt sich abschätzen", folgerte er, "daß die Zahl der jüdischen Überlebenden nicht mehr als 100.000 betragen haben kann."

Friedlanders Zahl der bei Kriegsende noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter gilt unter Wissenschaftlern übrigens als relativ hoch. In einer maßgeblichen Untersuchung schrieb Leonard Dinnerstein: "Sechzigtausend Juden ... verließen die Konzentrationslager. Innerhalb einer Woche waren mehr als 20.000 gestorben."

Während einer Besprechung im Außenministerium im Mai 1999 nannte Stuart Eizenstat eine Gesamtzahl von 70.000 bis 90.000 noch lebender Zwangsarbeiter, Juden wie Nichtjuden, wobei er die Zahl anführte, die von "sie vertretenden Gruppen" stammte.

Damit läge die Zahl der noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter bei 14.000 bis 18.000 (20 Prozent von 70.000 bis 90.000). Doch als sie in die Verhandlungen mit Deutschland eintrat, verlangte die Holocaust-Industrie Entschädigung für 135.000 noch lebende ehemalige jüdische Zwangsarbeiter.

Die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter (Juden wie Nichtjuden), wurde mit 250.000 angegeben. Anders gesagt, die Zahl noch lebender ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiter hat sich seit Mai 1999 auf fast das Zehnfache erhöht, und das Verhältnis zwischen noch lebenden jüdischen und nichtjüdischen Zwangsarbeitern hat sich drastisch verschoben. Wenn man der Holocaust-Industrie glauben darf, leben heute mehr ehemalige jüdische Zwangsarbeiter als vor einem halben Jahrhundert.

"Welch verworrenes Netz spinnen wir", schrieb Sir Walter Scott, "wenn wir erst anfangen zu betrügen." Während die Holocaust-Industrie Zahlenspiele treibt, um ihre Entschädigungsforderungen hochzutreiben, machen sich Antisemiten voller Schadenfreude lustig über die "jüdischen Lügner", die sogar ihre Toten "verhöckern". Mit dieser Zahlenakrobatik wäscht die Holocaust-Industrie den Nationalsozialismus, wenn auch unbeabsichtigt, rein.

Raul Hilberg, beim Thema Holocaust die führende Autorität, gibt die Zahl der ermordeten Juden mit 5,1 Millionen an. Wenn aber heute noch 135.000 ehemalige jüdische Zwangsarbeiter am Leben sind, dann müssen ungefähr 600.000 den Krieg überlebt haben. Das übertrifft die anerkannten Schätzungen um mindestens eine halbe Million. Diese halbe Million müßte man dann von den 5,1 Millionen Ermordeten abziehen. Damit wird nicht nur die Zahl von "6 Millionen" immer unhaltbarer, sondern die Zahlen der Holocaust-Industrie nähern sich rasch denen der Holocaust-Leugner.

Man muß im Auge behalten, daß der Nazi-Führer Heinrich Himmler die Gesamtzahl der Lagerinsassen im Januar 1945 auf knapp über 700.000 bezifferte und daß laut Friedlander bis zum Mai etwa ein Drittel von ihnen getötet wurde. Wenn nun aber die Juden nur etwa 20 Prozent der überlebenden KZ-Häftlinge ausmachten und, wie es die Holocaust-Industrie unterstellt, 600.000 jüdische Lagerinsassen den Krieg überlebten, dann müßten insgesamt sogar 3 Millionen Lagerinsassen überlebt haben.

Nach diesen Schätzungen der Holocaust-Industrie dürften die Bedingungen in den Konzentrationslagern gar nicht so hart gewesen sein; ihnen zufolge müßte man von einer bemerkenswert hohen Vermehrungs- und einer bemerkenswert niedrigen Sterblichkeitsrate ausgehen.

Als gesicherte Auffassung gilt, daß die "Endlösung" als einmalig effiziente, fließbandartige industrielle Vernichtung abgelaufen ist.

Doch wenn, wie die Holocaust-Industrie vorbringt, viele hunderttausend Juden überlebt hätten, könnte die "Endlösung" am Ende gar nicht so effizient abgelaufen sein. Sie müßte weniger zielgerichtet gewesen sein - genau das, was die Holocaust-Leugner vertreten. "Les extrêmes se touchent" - "die Extreme berühren einander".

Raul Hilberg hat in einem kürzlich erschienenen Interview betont, daß Zahlen von Bedeutung sind, wenn man die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis begreifen will. Die von der Claims Conference geänderten Zahlen stellen sein eigenes Verständnis in der Tat radikal in

Frage.

Laut "Positionspapier" der Claims Conference für die Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeit war diese " ... eine der drei von den Nazis angewandten Hauptmethoden, die Juden zu ermorden - die anderen beiden waren Erschießen und Vergasen. Einer der Zwecke der Sklavenarbeit war es, daß die Menschen sich zu Tode arbeiteten ...

In diesem Zusammenhang ist der Ausdruck 'Sklave' nicht ganz zutreffend. In der Regel sind Sklavenhalter daran interessiert, Leben und Arbeitsfähigkeit ihrer Sklaven zu erhalten. Bei diesen 'Sklaven' hatten die Nazis jedoch vorgesehen, ihre Arbeitskraft zu nutzen und die 'Sklaven' anschließend zu vernichten."

Abgesehen von Holocaust-Leugnern hat bisher kein Mensch bestritten, daß die Nazis die Zwangsarbeiter für dieses schreckliche Schicksal bestimmt hatten. Wie lassen sich diese anerkannten Tatsachen aber mit der Behauptung in Einklang bringen, in den Lagern hätten viele hunderttausend jüdische Zwangsarbeiter überlebt? Hat die Claims Conference dadurch nicht eine Bresche in die Mauer geschlagen, die die schreckliche Wahrheit über den Holocaust von der Leugnung des Holocaust trennte?

In einer ganzseitigen Anzeige in der New York Times verurteilten Größen der Holocaust-Industrie wie Elie Wiesel, Rabbi Marvin Hier und Steven T. Katz "Syriens Leugnung des Holocaust". Der Text zog über einen Leitartikel in einer regierungsoffiziellen syrischen Zeitung her, in dem behauptet wurde, daß Israel "Geschichten über den Holocaust erfindet", um "mehr Geld von Deutschland und von verschiedenen europäischen Institutionen zu erhalten".

Leider trifft der syrische Vorwurf zu. Doch die Ironie, die sowohl der syrischen Regierung als auch den Unterzeichnern der Anzeige entging, liegt darin, daß diese Geschichten, die von vielen hunderttausend Überlebenden sprechen, selbst eine Art von Leugnung des Holocaust darstellen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. September 1998: >>**Vertriebene fordern Entschädigung**

Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert.

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenengruppen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main.<<

Der türkischstämmige Abgeordnete (Bündnis 90/Die Grünen) Cem Özdemir berichtete im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>**Es geht auch um viel Geld**

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington.

... Elie Wiesel Jahrgang 1928, geboren in einem rumänischen Dorf, Kind armer, orthodox jüdischer Eltern, Friedensnobelpreisträger, ist ein Überlebender der Judenverfolgung. Er ist ei-

ner derjenigen, deren Schicksal im Mittelpunkt der Konferenz in der amerikanischen Hauptstadt steht. Geht es dort doch darum, Überlebenden späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, "Brücken zwischen Brutalität und Menschlichkeit zu bauen", wie Stuart Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, über die Beratungen sagt.

Eizenstats Chefin Madeleine Albright beeindruckt die Zuhörer, als sie berichtet, wie schmerzhaft es für sie einst gewesen sei, ihre jüdischen Wurzeln in der Tschechoslowakei wiederzuentdecken. "Ich denke jetzt oft an das Blut in meinen Adern. Es sollte keine Rolle spielen. Aber für Hitler spielte es eine Rolle und deshalb starben sechs Millionen Juden."

So zynisch es angesichts des unsagbaren menschlichen Leids erscheinen mag: In Washington geht es auch und nicht zuletzt um viel Geld, um Kunstschätze, Versicherungspolizen, um Häuser und Grundstücke. Um Werte, die jüdischen Familien und Gemeinden gehört haben; sie sind enteignet und gestohlen sowie bis heute nicht zurückgegeben worden.

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat (Staatssekretär im US-Außenministerium) oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und – wo möglich – den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben – im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts. Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung. Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."

Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...

Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."

Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."

Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...

Die Deutschen und Österreicher sind froh, in Washington nicht an den Pranger gestellt zu werden. Wenn hier von Greueln die Rede ist, sind immer die "Nazis" die Täter. Und sollten

auf der Konferenz klare Richtlinien für die Rückgabe gestohlener Kunstwerke formuliert werden, käme dies nicht zuletzt deutschen Museen zugute und zwar in ihrem Streit mit den russischen Behörden um einst aus der russischen Zone entführte Beutekunst.

Teilnehmer der Konferenz waren eingeladen, nach der feierlichen Tagungseröffnung das Holocaust-Museum zu besichtigen, durch einen Viehwaggon zu gehen, in dem Juden zusammengepfercht nach Auschwitz transportiert wurden, oder einen schnellen Blick auf die Fotos zu werfen, zum Beispiel von jenem kleingewachsenen Juden, der von deutschen KZ-Ärzten erstochen und zerlegt wurde, um sein außergewöhnliches Skelett einer medizinischen Sammlung zuführen zu können. Die Ärzte haben den "Vorgang" penibel dokumentiert.

Nur wenige Delegierte nahmen die Einladung an. Weit größer war der Andrang am Büfett.<< Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe (x169/-13-15): >>... Obwohl meine Eltern bis zu ihrem Todestag die Vergangenheit jeden Tag aufs neue erlebten, verloren sie gegen Ende ihres Lebens das Interesse an dem Holocaust als öffentlichem Schauspiel.

Einer der lebenslangen Freunde meines Vaters war mit ihm gemeinsam Lagerinsasse in Auschwitz gewesen, ein scheinbar nicht korrumpierbarer Idealist vom linken Flügel, der die deutsche Entschädigungszahlung nach dem Krieg aus Prinzip ablehnte. Am Ende wurde er einer der Leiter der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

Zögernd und mit aufrichtiger Enttäuschung räumte mein Vater schließlich ein, daß selbst dieser Mann von der Holocaust-Industrie korrumpiert worden war und seine Überzeugungen angepaßt hatte an das, was Macht und Gewinn versprach.

Als die Darstellung des Holocaust immer absurdere Formen annahm, zitierte meine Mutter gern (und ironisch) Henry Ford: "Geschichte ist Quatsch."

Die Geschichten der "Überlebenden des Holocaust" - alle waren KZ-Insassen, alle Helden des Widerstands gewesen - bildeten zu Hause eine ganz besondere Quelle der Erheiterung. Vor langer Zeit hat John Stuart Mill erkannt, daß Wahrheiten, die nicht ständig hinterfragt werden, schließlich "nicht länger als Wahrheit wirken, weil sie durch Übertreibung zur Unwahrheit werden".

Meine Eltern fragten sich oft, weshalb mich Verfälschung und Ausbeutung des Völkermords der Nazis so empörten. Der Hauptgrund ist der: Man hat ihn dazu benutzt, die verwerfliche Politik des israelischen Staates und die amerikanische Unterstützung für diese Politik zu rechtfertigen. Doch es gibt auch ein persönliches Motiv. Ich Sorge mich um das Andenken an die Verfolgung meiner Familie. Die laufende Kampagne der Holocaust-Industrie, mit der im Namen "bedürftiger Opfer des Holocaust" Geld von Europa erpreßt werden soll, hat das moralische Format ihres Martyriums reduziert auf einen Einsatz im Casino von Monte Carlo.

Doch auch abgesehen von dieser Besorgnis: Wir sollten die Integrität der historischen Überlieferung bewahren, ja, für sie kämpfen.

... (Wir) können ... durch das Studium der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht nur etwas über "die Deutschen" oder "die Nichtjuden" erfahren, sondern über uns alle. Wenn wir jedoch wirklich etwas aus der Massenvernichtung der Juden "lernen" wollen, so muß, wie ich glaube, deren physische Dimension verkleinert und die moralische Dimension vergrößert werden. Zu viele öffentliche und private Mittel sind für das Gedenken an den Völkermord der Nazis eingesetzt worden. Was dabei herauskommt, ist zumeist wertlos; es ist nicht dem Leiden der Juden gewidmet, sondern dient ihrer Erhöhung.

Es ist schon seit langer Zeit überfällig, daß wir unser Herz für das Leiden der übrigen Menschheit öffnen. Das war die wichtigste Lektion, die mir meine Mutter auf den Weg gab. Niemals hörte ich sie sagen: Du sollst nicht vergleichen. Meine Mutter stellte "immer" Vergleiche an. Zweifellos muß man historische Unterschiede machen.

Doch wenn man moralisch zwischen "unseren" und den Leiden "jener" unterscheidet, ist das selbst eine moralische Farce. "Man kann zwei Menschen im Elend nicht vergleichen", erklärte Plato, "und behaupten, der eine sei glücklicher als der andere."

Angeichts der Leiden der Afro-Amerikaner, Vietnamesen und Palästinenser lautete das Credo meiner Mutter stets: Wir sind alle Holocaust-Opfer. ...<<

Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.

Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) warb vor der Abstimmung für Eisenman (US-Architekt) und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Diepgen (regierender Bürgermeister Berlins) soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<



Abb. 90 (x904/...): Holocaust-Mahnmal in Berlin: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurde am 10. Mai 2005 feierlich eröffnet.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 26. Juni 1999 über das Holocaust-Mahnmal: >>**Zur rechten Zeit**

Wird gut, was lange währt? Der Bundestag hat gestern eine mehr als zehnjährige Hängepartie beendet. In Berlin wird im nächsten Jahr mit dem Bau eines zentralen Holocaust-Mahnmals begonnen. ...

Das gestrige Ergebnis hat allerdings einen Haken. Nur der jüdischen Opfer soll zwischen Peter Eisenmans Betonstelen gedacht werden. Die "Hierarchisierung" der Opfer ist beschlossene Sache. ...

Neuer Streit ist also programmiert. Das Mahnmal wird ein Stein des Anstoßes bleiben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linksozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts,

was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 1999: >>NS-Opfer rechnen auf

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 1999: >>USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter

Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.

Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

Die US-Zeitschrift "The Barnes Review" berichtete im Juli/August 1999 über eine Rede des US-Schriftstellers Benjamin H. Freedman (1890-1984) von 1961 (x922/...): >>Deutschland und die Juden

Die Rolle der Juden im 1. und 2. Weltkrieg

Eine Rede von Benjamin H. Freedman - 1961

Vorwort

Benjamin H. Freedman wurde 1890 als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann in New York City und war der Haupteigentümer der Woodbury Soap Company. Er beendete seine Verbindungen mit dem organisierten Judentum nach dem 2. Weltkrieg. Mit einem finanziellen Aufwand von 2.5 Millionen Dollar verbrachte er den Rest seines Lebens damit, den Einfluß der Juden in Wirtschaft und Politik in den USA zu veröffentlichen.

Er war ein Insider auf höchster Ebene in jüdischen Organisationen, und war persönlich befreundet mit Bernard Baruch, Samuel Untermyer, Woodrow Wilson, Franklin Roosevelt, Joseph Kennedy, John F. Kennedy und vielen anderen die in dieser Zeit etwas bewegt und zu sagen hatten.

Benjamin H. Freedman im Willard Hotel, Washington D.C. 1961:

Hier in den USA haben die Zionisten und ihre religiös Verbündeten die komplette Kontrolle über unsere Regierung. Es wäre zu komplex jetzt näher darauf einzugehen, aber die Zionisten und ihre religiös Verbündeten regieren die USA als wären sie die absoluten Monarchen dieses Landes.

Wahrscheinlich denken Sie, daß das eine sehr leichte und einfache Erkenntnis ist, aber lassen Sie mich erzählen und zeigen was passierte während wir alle "schliefen".

Was war passiert? Der 1. Weltkrieg brach im Sommer 1914 aus. Einige in meinem Alter werden sich noch daran erinnern. Nun, dieser Krieg wurde auf der einen Seite von England, Frankreich und Rußland, und auf der anderen von Deutschland, Österreich/Ungarn und der Türkei geführt.

Innerhalb von 2 Jahren gewann Deutschland diesen Krieg, nicht offiziell, aber auf dem Schlachtfeld. Die deutschen U-Boote, welche eine Überraschung für die Welt waren, fegten alle Konvois vom Atlantik.

Großbritanniens Munition und Vorräte gingen der Neige zu, danach kam der Hunger. Zur gleichen Zeit meuterte die französische Armee, sie hatten 600.000 Blüten der französischen

Jugend bei der Schlacht von Verdun an der Somme verloren. Die Russen waren am Ende, sie nahmen ihr Spielzeug und gingen nach Hause, sie wollten nicht mehr weiterspielen, und sie mochten den Zar auch nicht unbedingt. Die italienische Armee kollabierte.

Nicht ein Schuß wurde auf deutschem Boden abgefeuert. Nicht ein Feind hatte die deutsche Grenze überschritten, und dennoch bot Deutschland England den Frieden an. Einen Frieden auf einer Basis den Anwälte den "Status quo ante" nennen würden. Das bedeutet - Laßt uns den Krieg beenden und laßt alles so sein wie es vorher war.

England dachte im Sommer 1916 ernsthaft darüber nach. Sie hatten keine Wahl, entweder sie würden dieses Friedensangebot annehmen oder bis zur Selbstvernichtung weiterkämpfen.

Während dieser Phase wandten sich deutsche Zionisten, die die Zionisten Osteuropas repräsentierten, an das britische Kriegskabinet, und, ich möchte die ganze Sache hier verkürzen, aber ich habe alle Dokumente hier um das zu beweisen, sie sagten: "Seht her, ihr könnt diesen Krieg noch gewinnen, ihr müßt nicht aufgeben. Ihr müßt diesen Frieden nicht annehmen den euch die Deutschen angeboten haben. Mit den USA als euren Verbündeten könnt ihr diesen Krieg noch gewinnen."

Die USA hatten mit diesem Krieg noch nichts zu tun. Wir waren frisch, wir waren jung, wir waren reich und wir waren mächtig. Die Zionisten sagten zu England: "Wir führen die USA in den Krieg als euren Verbündeten, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt und Deutschland, Österreich/Ungarn und die Türkei besiegt sind, wollen wir im Gegenzug Palästina, das ist Euer Preis."

Nun, England hatte das gleiche Recht irgend jemanden Palästina zu versprechen, wie wir, wenn wir den Iren Japan versprechen würden, aus welchen Gründen auch immer. Es war absolut absurd, daß Großbritannien, das keine Interessen und auch keine Verbindungen zu Palästina hatte, es als Zahlungsmittel für den Kriegseintritt der USA verwenden würde. Wie auch immer, sie gaben dieses Versprechen im Oktober 1916. Und kurz danach, ich weiß nicht wie viele sich noch daran erinnern werden, traten die USA, die immer und absolut pro-deutsch waren, als Verbündete Großbritanniens, in den Krieg ein.

Ich sage die USA waren immer pro-deutsch, weil die Zeitungen unter jüdischer Kontrolle waren, die Bankiers waren Juden, die Massenmedien in diesem Land waren unter jüdischer Kontrolle und die Juden selbst waren pro-deutsch, weil viele von ihnen aus Deutschland kamen. Sie wollten, daß Deutschland den Zar besiegt. Die Juden haßten den Zar, sie wollten nicht, daß Rußland den Krieg gewinnt.

Diese jüdischen Bankiers, wie Kuhn-Loeb und andere Großbanken, weigerten sich England und Frankreich auch nur mit einem Dollar zu unterstützen. Sie sagten: "Solange England und Frankreich Verbündete Rußlands sind gibt es nicht einen Cent!" Aber sie pumpten Geld nach Deutschland, sie kämpften mit Deutschland an einer Seite gegen den Zar, um das zaristische Regime zu brechen.

Nun, dieselben Juden schlossen den Vertrag mit England ab als sie die Möglichkeit sahen Palästina zu bekommen. Auf einmal veränderte sich alles, wie eine Ampel die von rot auf grün schaltet. Alle Zeitungen, die den Menschen erzählten, wie schwer es doch die Deutschen im Kampf gegen die Briten hätten, änderten plötzlich ihre Meinung. Sie erzählten die Deutschen wären schlecht, sie wären wie die Hunnen, wie Barbaren. Sie, die Deutschen würden Rot Kreuz Schwestern erschießen und kleinen Babys die Hände abschneiden. Sie wären einfach schlecht. Kurz darauf erklärte Präsident Wilson Deutschland den Krieg.

Die Zionisten in London telegrafierte in die USA, zu Richter Brandeis, mit der Aufforderung: "Bearbeiten Sie Präsident Wilson, wir bekommen von England was wir wollen. Bringen Sie Präsident Wilson dazu in den Krieg einzutreten."

Auf diese Art und Weise traten die USA in den Krieg ein. Wir hatten kein Interesse daran. Wir hatten das gleiche Recht in diesen Krieg einzutreten, wie wenn wir heute Abend auf dem

Mond anstatt in diesem Saal wären. Es gab absolut keinen Grund diesen Krieg zu unserem zu machen. Wir wurden hineingetrieben, nur damit die Zionisten ihr Palästina bekommen. Das ist etwas was den Bürgern dieses Landes noch nicht erzählt wurde. Sie wußten nicht warum wir in den 1. Weltkrieg eintraten.

Nachdem wir eingetreten waren gingen die Zionisten nach London und sagten: "Wir haben unseren Teil der Abmachung erfüllt, jetzt seid Ihr dran, gebt uns ein Schriftstück das uns zeigt, daß wir Palästina bekommen, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt."

Sie wußten auch gar nicht wie lange der Krieg dauern würde, ob 1, 2 oder 10 Jahre, aber sie fertigten es an. Das Schriftstück wurde in Form eines Briefes, in einer eigenartigen Ausdrucksform geschrieben, so daß die Welt nicht genau wissen würde was dahintersteckt. Dieses Schriftstück wurde die BALFOUR DEKLARATION genannt.

Die Balfour Deklaration war nichts anderes als das Versprechen Englands für dieses abgemachte "Geschäft". Diese "große" Balfour Deklaration ist genauso wertvoll wie eine 3 Dollar Note. Ich denke, ich kann mich nicht anders ausdrücken.

So begann der ganze Ärger. Die USA traten in den Krieg ein. Die USA vernichteten Deutschland. Was dann passierte wissen Sie ja. Als der Krieg zu Ende war, und die Deutschen bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 eintrafen, waren auch 117 Juden anwesend. Eine jüdische Delegation, die die Juden Osteuropas repräsentierte, angeführt von Bernard Baruch. Ich war auch da, ich sollte das wissen. Was passierte dann? Die Juden in dieser Konferenz, als man gerade dabei war Deutschland zu zerstückeln um es an die Europäer zu verteilen, sagten: "Wie wäre es mit Palästina für uns?"

Und sie brachten in Gegenwart der Deutschen die Balfour Deklaration zur Sprache. Die Deutschen erkannten was vor sich ging. "Aha, das war das Spiel, deswegen traten die USA in den Krieg ein." Die Deutschen erkannten zum ersten mal, daß sie nur deswegen besiegt worden waren, weil die Zionisten Palästina besitzen wollten. Die Deutschen mußten diese Schmach und irrsinnigen Reparationszahlungen nur aus diesem einen Grund erdulden.

Das bringt uns zu einer anderen interessanten Sache. Als die Deutschen das erkannten, nahmen sie das den Juden verständlicherweise sehr übel. Bis zu dieser Zeit ging es den Juden in keinem anderen Land auf dieser Welt besser als in Deutschland.

Es gab Herrn Rathenau, der bestimmt genauso wichtig in Industrie und Finanz war, wie Bernard Baruch in diesem Land. Es gab Herrn Balin, Besitzer der großen Dampfschiffahrtslinien, der Norddeutsche Lloyds und der Hamburg-Amerika Linie. Es gab Herrn Bleichröder, der Bankier der Hohenzollern Familie. Es gab die Warburgs in Hamburg, eine Kaufmanns- und Bankiersfamilie, die größten auf dieser Welt. Den Juden ging es sehr gut in Deutschland. Aber die Deutschen dachten: "Das war ein ziemlicher Ausverkauf."

Es war ein Ausverkauf der dieser hypothetischen Situation gleichkommt:

Gehen wir davon aus, wir die USA wären im Krieg mit der UdSSR, und wir wären am gewinnen, und wir bieten der UdSSR den sofortigen Stopp an. Wir würden ihnen Frieden anbieten. Plötzlich würde das rote China in den Krieg eintreten, als Verbündeter der UdSSR. Und dadurch würden wir vernichtend geschlagen werden. Gleich danach kämen Reparationszahlungen in einem Ausmaß, das wir uns gar nicht vorstellen können, auf uns zu.

Stellen Sie sich vor, daß wir gleich nach dem Krieg erfahren würden, daß unsere US-Chinesen, unsere Mitbürger, von denen wir immer dachten daß sie loyale und zuverlässige Bürger unseres Landes wären, stellen Sie sich vor wir fänden heraus daß sie es waren die für unsere Vernichtung verantwortlich gewesen sind. Stellen Sie sich vor daß diese US-Chinesen uns an die UdSSR verkauft hätten, wie würden wir uns fühlen!? Ich glaube keiner von ihnen könnte sein Gesicht jemals wieder auf den Straßen zeigen.

Es würde nicht genug Laternen geben die sie bei Nacht schützen würden. Wie würden wir uns fühlen ...? Nun, so fühlten auch die Deutschen gegenüber den Juden. Sie waren immer sehr

anständig zu den Juden gewesen. Als 1905 die kommunistische Revolution in Rußland fehlgeschlug, und die Juden aus Rußland vertrieben wurden, gingen sie alle nach Deutschland, und Deutschland gab ihnen Unterschlupf. Sie wurden sehr gut behandelt. Jetzt aber haben sie Deutschland verraten und verkauft, und zwar nur aus einem Grund, nur um Palästina zu besitzen. Als ihr "Jewish Commonwealth."

Nahum Sokolow und all die großen Führer und Namen die man heute mit dem Zionismus in Verbindung bringt, schrieben von 1919-1923 in ihren Zeitungen, und sie waren voll mit ihren Aussagen, daß, trotzdem die Deutschen erkannt haben, daß sie durch jüdische Einmischung den Krieg verloren haben, das Gefühl gegenüber den Juden noch annehmbar sei.

Es gab keine religiösen Gefühle, es gab auch keine Anfeindungen nur weil die Juden einen anderen Glauben haben. Es war nur wirtschaftlicher Natur, und alles andere als religiös. Niemanden in Deutschland kümmerte es ob ein Jude abends nach Hause ging, seinen Rolladen herunterließ und "Shema Yisroel" oder "Unser Vater" sagte. Niemand kümmerte sich darum, nicht mehr und nicht weniger wie hier in den USA. Die Gefühle die sich später entwickelten waren nur darauf zurückzuführen, daß die Deutschen die Juden für ihre Niederlage verantwortlich machten.

Der 1. Weltkrieg begann, ohne daß die Deutschen dafür verantwortlich gewesen waren. Sie hatten überhaupt keine Schuld, nur die Schuld erfolgreich zu sein. Sie bauten eine große Marine. Sie hatten Handel mit der ganzen Welt. Sie müssen sich darüber klar werden, daß Deutschland während der französischen Revolution aus über 300 Stadtstaaten, Grafschaften, Fürstentümern usw. bestand. Zwischen dieser Zeit, der Zeit Napoleons und Bismarcks, wurden sie zu einem Land zusammengedrückt.

Innerhalb von 50 Jahren wurde Deutschland zu einer der Weltmächte. Ihre Marine rivalisierte mit der britischen und sie gingen dem Handel auf der ganzen Welt nach. Sie machten bessere Produkte und sie konnten mit jedem konkurrieren. Und was war das Ergebnis des Ganzen?

England, Frankreich und Rußland verschworen sich gegen Deutschland. Sie wollten Deutschland niederstrecken. Es gibt heute keinen Historiker der einen stichhaltigeren Grund finden könnte, warum Deutschland von der Landkarte verschwinden mußte.

Als die Deutschen erkannten wer für ihre Niederlage verantwortlich war, waren sie natürlich sehr verärgert. Aber nicht ein Haar wurde den Juden gekrümmt, nicht ein einziges. Professor Tansill der Georgetown Universität, der Zugang zu allen geheimen Unterlagen des State Departments hatte, zitierte in seinem Buch ein Dokument, geschrieben von Hugo Schoenfelt, ein Jude den Cordell Hull 1933 nach Europa schickte um die sogenannten Lager der politischen Gefangenen zu untersuchen, daß alle Gefangenen in guter Verfassung seien. Allen ging es gut und jeder wurde gut behandelt.

Die Lager waren gefüllt mit Kommunisten. Viele der Gefangenen waren Juden, weil 98 % der Kommunisten in Europa Juden waren. Einige Priester, Gewerkschaftsführer und andere mit internationalen Verbindungen waren auch unter den Gefangenen.

Der Hintergrund dessen war: In den Jahren 1918-1919 übernahmen die Kommunisten für einige Tage Bayern. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und eine Gruppe anderer Juden übernahmen die Regierung für drei Tage.

Nach dem Krieg floh Kaiser Wilhelm nach Holland, weil er dachte, daß ihm das gleiche Schicksal widerfahren würde wie dem Zaren Rußlands. Nach der kommunistischen Bedrohung in Deutschland arbeiteten die Juden wieder daran ihre alten Stellungen zurückzubekommen. Die Deutschen aber, bekämpften das so gut es ging. Sie bekämpften die Juden, wie die Prohibitionisten in unserem Land den Alkohol und deren Anhänger bekämpft haben.

Sie wurden nicht mit Pistolen bekämpft. Das war die Art und Weise wie die Juden in Deutschland bekämpft wurden. Zu dieser Zeit gab es zwischen 80-90 Millionen Deutsche, und nur 460.000 Juden. Ungefähr 0,5 % der Einwohner waren Juden, und doch kontrollierten sie

die ganze Presse, und sie kontrollierten den Großteil der Wirtschaft, weil sie, als die Deutsche Mark abgewertet wurde, mit ihrem wertvollem Dollar praktisch alles aufkauften.

Die Juden versuchten das zu vertuschen, sie wollten nicht, daß die Welt versteht und begreift, daß sie Deutschland verraten und verkauft haben, und die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Die Deutschen bekämpften sie mit geeigneten Aktionen. Sie diskriminierten sie wo auch immer sie konnten. Sie mieden sie auf die gleiche Art und Weise wie wir die Neger, die Chinesen oder die Katholiken meiden würden, wenn sie verantwortlich für unsere Niederlage gewesen wären und sie uns an den Feind verkauft hätten.

Nach einer Weile trafen sich die Juden zu einer Weltkonferenz in Amsterdam. Juden aus jedem Land nahmen an diesem Treffen 1933 teil.

Und sie sagten zu Deutschland: "Ihr feuert Hitler und gebt uns unsere alten Positionen zurück, egal ob einer Kommunist oder was auch immer ist. Ihr könnt uns so nicht behandeln. Wir die Juden der Welt stellen euch ein Ultimatum." Sie können sich vorstellen was die Deutschen den Juden erzählt haben. Was geschah dann?

1933, als Deutschland sich dem Weltkongreß verweigerte, wurde die Konferenz abgebrochen. Mister Samuel Untermyer, der Kopf der amerikanischen Delegation und Präsident der gesamten Konferenz, kam zurück in die USA. Er ging vom Dampfschiff direkt zu den Studios der Columbia Broadcasting System - CBS, und gab eine Stellungnahme über die Radiostationen der gesamten USA ab, in welcher er sagte: "Wir sind nun in einem heiligen Konflikt mit Deutschland, und wir werden sie bis zur Aufgabe hungern lassen. Wir werden Deutschland weltweit boykottieren."

Tatsache ist, daß zwei Drittel der Lebensmittel der Deutschen importiert werden müssen, und es kann nur importiert werden, wenn auch gleichzeitig exportiert wird. So, wenn Deutschland nicht exportieren kann müssen zwei Drittel der deutschen Bevölkerung hungern. Es gab nur genug Lebensmittel für ein Drittel. In dieser Deklaration, die ich hier habe, und welche auch in der New York Times am 7. August 1933 abgedruckt war, gab Mister Samuel Untermyer bekannt, daß dies "unsere Art der Selbstverteidigung ist."

Präsident Roosevelt hat diese Handhabung in der National Recovery Administration bekanntgegeben, daß jeder der sich dem New Deal nicht beugt, auf diese Art und Weise boykottiert wird. Sie werden sich daran erinnern meine Damen und Herren, sogar der oberste Gerichtshof nahm es an. Letztendlich erklärten die Juden Deutschland den Krieg, und dieser war so effektiv, daß sie in keinem Laden mehr einen Artikel mit dem Aufdruck - Made in Germany - finden konnten.

Ein Mitarbeiter der Woolworth Company erzählte mir, daß sie Geschirr im Wert von mehreren Millionen Dollar in den Fluß werfen mußten, da Kunden, die diese gefunden haben, sie, die Inhaber gleich mit "Hitleristen, Mörder usw." gebrandmarkt haben. Es gab viele dieser Aufmärsche und Protestaktionen.

In einem Laden, der der R. H. Macy-Kette angehörte, der von der Familie Strauss geführt wurde, die auch Juden waren, fand eine Frau Strumpfhosen mit dem - Made in Germany - Aufdruck, Strumpfhosen aus Chemnitz, die dort seit 20 Jahren verkauft werden, wurden boykottiert. Die Besitzer wurden mit "Hitleristen" beschimpft. Hunderte von Menschen liefen auf und ab und protestierten... Bis zu dieser Zeit wurde keinem Juden in Deutschland auch nur ein Haar gekrümmt. Die Juden hatten nichts zu erleiden, mußten nicht hungern, wurden nicht attackiert oder ermordet.

Natürlich sagten sich die Deutschen: "Wer sind diese Menschen, die unser Land boykottieren, unser Volk arbeitslos werden lassen und unsere Industrie zum Stillstand führen? Wer sind diese Menschen, daß sie so etwas machen?"

Die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Plötzlich wurden in Deutschland jüdische Geschäfte mit Aufschriften und Zeichen bemalt. Warum auch sollte ein Deutscher sein Geld in

ein Geschäft bringen dessen Besitzer Deutschland mitboykottiert, der dafür sorgt, daß das deutsche Volk hungern mußte und dadurch zur Aufgabe gezwungen werden und sich dem Weltjudentum ergeben sollte!? Ein Boykott von Menschen, die den Deutschen ihren Premier oder Kanzler aufzwingen wollten, es war lächerlich.

Der Boykott ging noch weiter, aber im Jahre 1938, als ein junger polnischer Jude in die deutsche Botschaft in Paris eindrang und einen Mitarbeiter erschoss, wurde es rauher für die Juden in Deutschland. Sie brachen Fenster ein und hatten Straßenkämpfe. Nun, ich benütze das Wort Antisemitismus ungern, weil es bedeutungslos ist, aber ich benütze es, weil sie es nicht anders kennen.

Der einzige Grund warum die Deutschen antijüdische Gefühle hatten, war der, daß sie wußten, daß die Juden für die Niederlage im 1. Weltkrieg und den Boykott verantwortlich waren. Dahingehend waren die Juden auch für den 2. Weltkrieg verantwortlich, weil, als das Ganze aus der Hand glitt, es wichtig war zu sehen, wer den Kampf überleben und als Sieger herausgehen wird.

Ich habe in Deutschland gelebt, und ich weiß, daß die Deutschen sich zwischen Kommunismus und Christentum zu entscheiden hatten. Es gab nichts dazwischen. Die Deutschen entschieden sich für das Christentum.

Sie begannen sich wieder zu bewaffnen. Im November 1933 haben die USA die Sowjetunion anerkannt. Die Sowjetunion wurde sehr mächtig, die Deutschen erkannten das und entschieden sich zu gehen und erst wieder zu kommen bis sie stark genug sind. Das gleiche machen wir hier doch auch, gehen und erst dann wieder auf der Bildfläche erscheinen bis wir stark sind.

Unsere Regierung gibt im Jahr 83 oder 84 Milliarden für Verteidigung aus. Verteidigung gegen wen? Verteidigung gegen 40.000 kleine Juden in Moskau, die Rußland übernommen haben, und in ihrer unaufrichtigen Art auch die Kontrolle über andere Staaten der Welt.

Heute leben wir an der Grenze zum 3. Weltkrieg aus dem keiner als Sieger hervorgehen wird. Das geht über meine Vorstellungskraft hinaus. Ich weiß, daß Atombomben im Megatonnenbereich gemessen werden. Eine Megatonne ist die Bezeichnung für 1 Million Tonnen TNT. Unsere Atombomben hatten eine Kapazität von 10 Megatonnen, 10 Millionen Tonnen TNT, als sie zum ersten mal entwickelt wurden. Heute haben wir Atombomben im 200 Megatonnen-Bereich, und nur Gott weiß wie viel die Russen davon haben.

Mit was haben wir es heute zu tun? Wenn wir heute einen Krieg auslösen, könnte er sich zu einem Atomkrieg entwickeln. Könnte das passieren? Es wird, wenn der Vorhang zum dritten Akt hochgeht. Akt 1 war der erste Weltkrieg, Akt 2 der zweite, Akt 3 wird der dritte Weltkrieg sein.

Die Juden dieser Welt, die Zionisten und ihre religiös Verbündeten sind fest entschlossen, die USA weiterhin als ihren Stützpunkt für ihren Plan zu benützen, das Land Palästina zur Hauptstadt ihrer Weltregierung zu machen. Das ist so wahr wie ich hier stehe. Nicht nur ich weiß das und habe es gelesen, viele hier haben das auch, und es ist auf der ganzen Welt bekannt.

Was können und sollen wir tun? Das Leben, das Sie retten könnten, könnte das Ihres Sohnes sein. Ihre Jungs könnten heute Nacht auf dem Weg in den Krieg sein, und Sie wußten genauso wenig darüber wie Sie 1916 wußten, als die britische Regierung und die Zionisten ihren Deal abschlossen. Hatten Sie das gewußt? Niemand in den USA wußte das. Es war Ihnen nicht erlaubt das zu wissen. Wer wußte es?

Präsident Wilson wußte es. Colonel House wußte es. Andere Eingeweihte wußten es auch. Habe ich es gewußt? Ja, ich hatte eine ziemliche Ahnung was so vor sich ging. Ich stand in enger Verbindung mit Henry Morgenthau sen., in der Wahlkampagne 1912, als Präsident Wilson gewählt wurde. Es wurde rund um das Büro viel gesprochen. Ich war Vertrauensmann von Henry Morgenthau sen., dem Vorsitzenden des Finanzkomitees, und ich stand in enger

Verbindung mit Rollo Wells, dem Schatzmeister.

Da saß ich nun in dieser Runde, Präsident Wilson am Tische, und all die anderen. Ich hörte wie sie ihm die Einkommensteuer in sein Gehirn eingehämmert haben, durch die die Federal Reserve (Bundesbank) entstand, und ich hörte wie sie ihm die zionistische Bewegung indoktriniert haben. Richter Brandeis und Präsident Wilson waren sich so nahe wie diese zwei Finger an meiner Hand. Präsident Wilson war so inkompetent als dieses Newborn-Baby beschlossen wurde.

Das war die Art und Weise wie wir in den 1. Weltkrieg eintraten, während wir alle "schlafen". Sie schickten unsere Jungs auf die Schlachtbank, für was? Nur damit die Juden "ihr" Palästina bekamen, als ihr "Commonwealth".

Sie haben euch so verdummt, daß ihr nicht mehr wißt was links und rechts ist. Was wissen wir über die Juden? Ich nenne sie vor Ihnen Juden weil man sie so kennt. Ich selbst nenne sie nicht Juden. Ich nenne sie nur die "sogenannten Juden", weil ich weiß wer sie sind. Die osteuropäischen Juden, von denen 92 % der jüdischen Weltbevölkerung abstammen, sind eigentlich gar keine Juden.

Sie sind eigentlich Khazaren. Die Khazaren waren ein kriegerischer Stamm der Tief im Herzen Asiens lebte. Sie waren so kriegerisch, daß die Asiaten selbst sie aus Asien vertrieben und nach Europa schickten. Die Khazaren gründeten ein großes Königreich von 800.000 Quadratmeilen. Zu dieser Zeit existierte Rußland noch nicht, genauso wie viele andere europäische Länder. Das Khazarenkönigreich war das größte im gesamten Europa, so groß und so mächtig, das, wenn andere Monarchen es um Kriegshilfe gebeten hätte, es diesem leicht 40.000 Soldaten hätte leihen können. So groß und mächtig waren sie.

Die Khazaren waren Phallus-Verehrer/Anbeter, was sehr unanständig ist und ich möchte auch nicht näher darauf eingehen. Das war ihre Religion wie sie auch die Religion vieler anderer Barbaren und Heiden auf diesem Planeten war. Der Khazarenkönig war so angewidert von dieser degenerierten Lebensweise, daß er sich entschied einen Glauben zu "adoptieren", entweder das Christentum, den Islam oder das Judentum, was eigentlich Talmudismus ist.

Er entschied sich für das Judentum, und das wurde zur Staatsreligion. Er gründete die Talmudschulen Pumbedita und Sura aus der tausende von Rabbis hervorgingen. Er eröffnete Synagogen und Schulen, und seine Leute wurden was wir heute Juden nennen. Keiner von ihnen hatte jemals einen Vorfahren der auch nur mit einem Zehen das heilige Land betreten hat, nicht in der Geschichte des alten Testaments noch vom Anbeginn ihrer Zeit. Keiner von ihnen.

Und dennoch kommen sie zu den Christen und bitten um militärische Hilfe in Palästina. Sie sagen: "Wollt Ihr nicht dem auserwählten Volk helfen ihr gelobtes Land, die Heimat ihrer Vorfahren zurückzubekommen? Es ist eure christliche Pflicht. Wir gaben euch einen unserer Söhne als Herrn und Erlöser. Ihr geht Sonntags in die Kirche, kniet nieder und betet einen Juden an, und wir sind Juden."

Aber sie sind heidnische Khazaren, sie konvertierten genauso wie die Iren zum Christentum konvertierten. Es ist lächerlich, sie Volk des heiligen Landes zu nennen, so wie es lächerlich wäre 54 Millionen chinesische Moslems Araber zu nennen. Sie würden sich fragen ob diese Chinesen nicht ganz bei Trost sind.

Jeder der glauben würde, daß diese Chinesen Araber wären, wäre nicht normal. Alles was sie taten war den Glauben anzunehmen, dessen Ursprung Mekka in Arabien ist. So wie die Iren es auch taten. Die Iren wurden nicht zu anderen Menschen. Sie waren immer noch die Gleichen, nur, daß sie das Christentum angenommen haben, und trotzdem sind sie immer noch Iren.

Diese Khazaren, diese Heiden, diese Asiaten waren eine mongolische Rasse die aus Asien nach Europa vertrieben wurde. Weil ihr König diesen Glauben angenommen hatte, hatte auch

das Volk keine andere Wahl. So wie in Spanien, war der König katholisch, war es das Volk auch, wenn man sich weigerte hatte man das Land zu verlassen. So wurden die Khazaren was wir heute Juden nennen.

Jetzt können Sie sehen wie dumm es von den christlichen Regierungen war zu sagen: "Wir werden Gottes auserwähltem Volk, mit unserer Macht und unserem Prestige helfen das Land ihrer Vorfahren zurückzubekommen."

Gibt es eine größere Lüge als diese? Die Juden kontrollieren die Zeitungen, die Magazine, das Radio, das Fernsehen, die großen Buchverlage, und weil unsere Politiker ihre "Sprache" sprechen, ist es nicht überraschend, daß Ihr diese Lügen glaubt. Ihr würdet glauben schwarz sei weiß, wenn Ihr es nur oft genug hören würdet. Ihr würdet schwarz nicht mehr schwarz nennen.

Ihr würdet schwarz weiß nennen, und niemand könnte euch die Schuld geben. Das ist eine der großen Lügen in unserer Geschichte. Es ist das Fundament des ganzen Elends das uns befallen hat.

Wissen Sie, was die Juden am Tag des Atonements (?) machen, der Tag bei dem Sie denken, das er so heilig für die Juden wäre? Ich war einer von ihnen. Das ist kein Hörensagen. Ich bin nicht hier um Ihnen irgendeinen Schwachsinn zu erzählen. Ich gebe Ihnen hier Fakten!

Am Tag des Atonements (?) geht man in eine Synagoge. Für das erste Gebet, das man vorträgt, steht man aufrecht.

Es ist das einzige Gebet für das man steht. Man wiederholt dreimal ein Kurzgebet mit dem Namen Kol Nidre. In diesem Gebet schließt man ein Abkommen mit Gott, das besagt, daß jeder Eid, jedes Versprechen und jedes Gelöbnis, das man während der nächsten zwölf Monate gegenüber Nichtjuden macht, null und nichtig ist.

Der Eid ist kein Eid, das Versprechen kein Versprechen und das Gelöbnis kein Gelöbnis. Das alles hat bei Juden keinen moralischen Wert. Und der Talmud lehrt auch, daß, wann immer man einen Eid, ein Versprechen oder ein Gelöbnis abgibt, man sich immer an den Tag des Atonements (?) erinnern soll, weil man als Jude diese Dinge nicht erfüllen muß und man davon ausgenommen ist. ...

Nun, wie sehr können Sie auf die Loyalität eines Juden zählen. Sie können darauf genauso zählen, wie die Deutschen im Jahre 1916 darauf gezählt haben.

Wir werden das gleiche Schicksal erleiden wie Deutschland, aus den gleichen Gründen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Dezember 1999: >>... Anwälte in den USA haben nun auch Unternehmen in Japan auf Entschädigungszahlungen für ehemalige Zwangsarbeiter verklagt. ...

Die Klage wurden für ehemalige Kriegsgefangene und Bürger ... aus Großbritannien, China und Australien eingereicht. ...

Die Regierung von Ministerpräsident Keizo Obuchi teilte mit, daß nach ihrer Einschätzung die Ansprüche der Opfer bereits vor 48 Jahren durch das Friedensabkommen von San Francisco geregelt wurden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Dezember 1999: >>**Geklagt wird, wo was zu holen ist**

Die Anwälte der Zwangsarbeiter – raffgierige Experten der "Sammelklagenindustrie"?

8 Milliarden Mark wollen die deutsche Industrie und die Bundesregierung zur Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter der Nazi-Zeit bereitstellen. Als "schäbiges Almosen" haben amerikanische Anwälte das deutsche Angebot zurückgewiesen. Wer sind diese Anwälte, für wen sprechen sie, was treibt sie um?

Die bekanntesten heißen Michael Hausfeld, Melvyn Weiss und Ed Fagan. Sie sind nicht gut aufeinander zu sprechen. Sie sind Konkurrenten. Jeder macht für sich geltend, als erster den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen als Rechtfertigung von Sammelklagen vor US-

amerikanischen Gerichten entdeckt zu haben. Das kam der Entdeckung einer Goldader gleich, schrieb der Journalist David Rohde in der "New York Times". Inzwischen haben Hausfeld, Weiss und Fagan eine zügig wachsende Zahl von Nachahmern gefunden.

Sammelklagen zu erheben, im Namen einer zunächst unbekanntem Anzahl potentiell Geschädigter, gegen Unternehmen, die gut verdienen und auf ihr Image bedacht sein müssen, ist der mit Abstand profitabelste Zweig des profitablen amerikanischen Rechtswesens. Geklagt wird, wo etwas zu holen ist. Vorgestern bei Asbest, gestern bei Tabakkonzernen und schweizerischen Banken, heute bei der Waffenindustrie und deutschen Unternehmen mit dunkler Vergangenheit....

Sammelklagen ... können eine Form legalisierter Erpressung sein. Das Magazin "Fortune" schrieb: "Die Anwälte der Kläger sind nicht an Beweisen interessiert, sondern nur an Zahlen." Walter Olson vom "Manhattan Institut" spricht von der Existenz einer "Sammelklagenindustrie".

Deren Existenz hat dazu beigetragen, daß die Berufsgruppe der Anwälte in den USA Umfragen zufolge einen noch schlechteren Ruf hat als die der Journalisten. Noch negativer bewertet werden nur Versicherungsagenten und Autoverkäufer. ...

Die Opfer spielen in den Sammelklagen zumeist eine untergeordnete Rolle und werden selten reich. Sie werden aber gebraucht, um in Pressekonferenzen oder, sollte es zum Verfahren kommen, vor einer leicht zu beeindruckenden Laienjury ihr hartes Schicksal möglichst eindrucksvoll zu schildern. Zur Vorbereitung heuern geschickte Anwälte erfahrene PR-Berater und Schauspieler an.

... Die Anwälte arbeiten auf der Basis einer Gewinnbeteiligung. Üblich sind rund 20 bis 40 %.

...

In den USA kommt es nur in etwa jeder 50. Schadensersatzklage zum Prozeß. Viele Klagen werden abgewiesen. Der Ermessensspielraum von Richtern ist groß. Rund 80 Prozent aller Klagen enden in einer außergerichtlichen Einigung. Prozesse sind langwierig und bringen Schlagzeilen, die sich viele Unternehmen glauben nicht leisten zu können.

Im Sommer 1998 brachten Fagan, Weiss und Hausfeld fast gleichzeitig Klagen im Namen von ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern gegen deutsche Unternehmen ein, vor verschiedenen US-Gerichten.

Fagan reklamierte für sich, der Erste gewesen zu sein: "Wir haben Nachahmer. Nachahmer zu finden, ist die höchste Form der Schmeichelei." Fagan suchte sich seine Mandanten, indem er Anzeigen in polnischen Zeitungen aufgab.

Anwälte finanzierten auch jene großformatigen Anzeigen, die im Namen renommierter jüdisch-amerikanischer Organisationen pünktlich zum Zeitpunkt der vorletzten Verhandlungsrunde in der "New York Times" erschienen. Sie prangerten BASF, Bayer, BMW, VW und andere an, an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern "Billionen" verdient zu haben und ihre Opfer jetzt, und nur unter dem Druck der Klagen, "mit Pennys" abspesen zu wollen. In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Anzeigen stark beachtet. Fagan und Co. beherrschten die Klaviatur der Public Relations.

... Konkurrenten behaupten, Fagan habe seine Mandanten Verträge unterschreiben lassen, denen zufolge ihm 25 Prozent der ausgehandelten Entschädigungssumme zustünden.

Weiss und Hausfeld haben gegenüber Journalisten mehrfach behauptet, in diesem Fall auf Honorare zu verzichten. Bei anderen Gelegenheiten sprachen sie von "zwei bis drei" oder fünf Prozent. Zwei Prozent von den angebotenen acht Milliarden Mark wären 160 Millionen Mark. Fagan rät, Anwälten nicht zu glauben, die behaupten, umsonst tätig zu werden. Er kenne seine Kollegen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Dezember 1999: >>Niemand spricht mehr von "Pennies" und "Almosen"

Das Ende der Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter unter dem Nazi-Regime wird in Washington erleichtert aufgenommen

... Eizenstat hatte sich wochenlang beharrlich geweigert, eine verbindliche Forderung der amerikanischen Seite auf den Verhandlungstisch zu legen.

Lambsdorff und die deutsche Industrie hatten insgesamt zunächst zwei Milliarden angeboten, dann sechs, schließlich 8 Milliarden. Eizenstat nahm alle diese Vorschläge nahezu kommentarlos zur Kenntnis und überließ es den Rechtsanwälten, die im Namen zumeist osteuropäischer Mandanten auftraten, sich vor den Fernsehkameras zu empören.

Die Anwälte sprachen spöttisch von "Pennies" und "Almosen" und drohten mit neuen Schadenersatzklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichten. Zwei einflußreiche Mitglieder des US-Senats brachten prompt einen Gesetzentwurf ein, der solchen Klagen den Weg ebnet sollte.

... Die israelische Regierung sprach von einer Verzögerungstaktik der Anwälte und deren Erwartung, einen beachtlichen Anteil des Fondsvermögens persönlich einzustreichen.

Den entscheidenden Anstoß für die Einigung brachte ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton. Beide Politiker sorgten sich, daß ein Scheitern der Verhandlungen die amerikanisch-deutschen Beziehungen belasten könnte. Clinton wies Eizenstat an, zum Ende zu kommen. Der Unterhändler brachte in zahllosen Telefonaten alle Beteiligten auf der Seite der Opfer dazu, eine Summe von 10 Milliarden Mark im Kern zu akzeptieren. ...

Clinton sprach von einem "außerordentlichen Erfolg, der den Opfern des schrecklichsten Verbrechens dieses Jahrhunderts ein Maß an zusätzlicher materieller und moralischer Gerechtigkeit bringen wird".

Der Präsident vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Bundesrepublik bereits mehr als 60 Milliarden Dollar zur Entschädigung von Naziopfern aufgebracht habe. Das war in den USA zu Beginn der Verhandlungen oft übersehen worden. Eizenstat wiederum wies darauf hin, daß die Mehrzahl der zu Entschädigenden in Osteuropa leben und keine Juden sind.

Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf kann Vizepräsident Al Gore nun vor Amerikanern polnischer Abstammung darauf hinweisen, daß die amtierende Regierung dafür gesorgt habe, daß polnische Opfer des Naziregimes eine persönliche Entschädigung erhalten. ... Die Übereinkunft sei "das Beste, was in der verbleibenden Zeit herauszuholen war".<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über diese Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter (x169/I-II): >>... Obwohl die Amerikaner nur allzu bereit sind, die nationale Selbstabrechnung Deutschlands zu überwachen, sind sie weder gewillt noch imstande, selbst eine vergleichbare Verantwortung zu entwickeln.

In ihrer Rede zum Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeiter erklärte Madeleine Albright, es liege "im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten, Schritte hinsichtlich der Folgen der Nazizeit zu unternehmen, die Welt über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte zu unterrichten, die Lektionen daraus zu lernen und sich darum zu bemühen, daß so etwas nie wieder geschieht."

Nun läge es in der Tat auch "im außenpolitischen Interesse" des größten Teils der Menschheit, daß die Vereinigten Staaten die "dunklen Kapitel" ihrer Vergangenheit untersuchten. Während die Deutschen sich täglich mit ihren historischen Verbrechen auseinandersetzen, müssen die Amerikaner den Großteil ihrer eigenen überhaupt erst noch zur Kenntnis nehmen. In der Debatte des amerikanischen Mainstream über Vietnam lautet die einzige Frage, wann die Vietnamesen wohl anerkennen, was sie uns angetan haben. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 1999: >>>**Entschädigung ist besiegelt - Rau bittet Opfer um Vergebung**

... Bundespräsident Johannes Rau bat die Opfer um Vergebung: "Ihre Leiden werden wir nicht vergessen." ...

Vor mehr als 100 Verhandlungsteilnehmern gab Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals offiziell die deutsche Entschädigungssumme von 10 Milliarden Mark bekannt, die jeweils zur Hälfte vom Staat und von der Wirtschaft aufgebracht werden soll. Den hochbetagten NS-Opfern werde ermöglicht, am Ende ihres Lebens Genugtuung zu erfahren, sagte Schröder. Er bezeichnete die Entschädigung als "kleinen Beitrag" zur Milderung des Leides von einst. ...

Der amerikanische Unterhändler Stuart Eizenstat versicherte im Gegenzug zur Entschädigungsverpflichtung werde seine Regierung dafür sorgen, daß alle in den USA anhängigen Gerichtsverfahren gegen deutsche Firmen eingestellt würden.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtete später über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>>**Elegant verschleiert**

Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.

Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg?

Otto Graf Lambsdorff, der deutsche Beauftragte, bemerkte in der Drohgebärde seines amerikanischen Verhandlungspartners höflich einen "weitgehenden Dissens", Regierungskreise sprachen von einer "bösen Überraschung".

Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Milliarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.

Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor: Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliardenforderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.

Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.

Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt.

Die Alliierten hatten gelernt, daß die deutsche Reparationslast von 132 Milliarden Goldmark aus dem Versailler Friedensvertrag nach Weltkrieg I die erste deutsche Republik ruiniert und auch die Empfängerstaaten in die Weltwirtschaftskrise getrieben hatte. Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast zehn Millionen Mark im Jahr ab - bis 2020.

Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich

bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland. Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Vertragstitel) von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?

Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.

Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können.

Dann könnten auch hunderttausende noch lebende sowjetische Kriegsgefangene denselben Anspruch erheben, was allerdings dem Völkerrecht zuwiderläuft: Nirgendwo gibt es für gefangene Soldaten eine Entschädigung.

Lambsdorff zeigte sich vorigen Donnerstag verstört, daß nach einem halben Jahrhundert ein wichtiger Verbündeter das Problem wieder anschneide - sonst mache das nur Griechenland, das über 50 Milliarden Mark von Deutschland haben möchte.

Er erreichte bei Eizenstat immerhin eine Neuformulierung von dessen erstem Punkt: Reparation von Immobilien und Sachvermögen sei kein Thema mehr. Im Gegenzug muß die Bundesregierung aber akzeptieren, daß im geplanten Gesetz über die "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auch Vermögensansprüche nicht rassisch Verfolgter berücksichtigt werden.

Das würde schätzungsweise nur 50 Millionen bis 100 Millionen Mark kosten, wäre aber ein Fall von Reparationen. Nun suchen die Verhandler nach einer Formulierung im Stiftungsgesetz, die das elegant verschleiern soll.

Offen bleiben Ansprüche von Kriegsgefangenen und auch Schmerzensgeld, wie es ein griechisches Gericht den Hinterbliebenen der 228 Opfer eines SS-Massakers zusprach: 60 Millionen Mark. Dabei überwies schon Kanzler Konrad Adenauer 1960 für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" 115 Millionen Mark nach Athen.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**

Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?

Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.

Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. Leute, die man sich politisch warmhalten mußte, kamen so ebenfalls in den Genuß von "Bimbos" (pfälzisch für "Geld"). Das Problem: einen Rechtsgrund für solche Zahlungen gab es natürlich in der Regel nicht, sie konnten also auch in den offiziellen Abrechnungen nicht aufscheinen, ohne daß dies unbequeme Rückfragen ausgelöst hätte.

Kohls Vertrauter Hans Terlinden, zuständiger Hauptabteilungsleiter Verwaltung im Konrad-Adenauer-Haus, dem Hauptquartier der CDU, sammelte die Spendengelder. Er ist inzwischen vom Dienst fristlos suspendiert. Terlinden übergab die Summen an CDU-Spendenanwalt Horst Weyrauch, der als Kohls Treuhänder fungierte.

In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier

hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat.

Merkwürdig: Bereits kurz nach dem Leuna-Vertragsabschluß kassierte Staatssekretärin Agnes Hürland (CDU) 500.000 Mark "Beraterhonorar" von der am Leuna-Projekt beteiligten Thyssen-Tochter TRT. Bis jetzt schweigt Frau Hürland. Inzwischen ist klar: Sie wurde von einem bestechlichen Thyssen-Mitarbeiter engagiert, der seinerseits wiederum die Hälfte des ausbezahlten Honorars als Provision zurückerhielt.

Ungetreue Firmenmitarbeiter auch bei der französischen Elf-Aquitaine: Insgesamt vier Milliarden Francs (über eine Milliarde Mark) soll Ex-Elf-Chef Loik Le Floch-Prigent durch Veruntreuung und Schmiergeldzahlungen beiseite geschafft haben, vielleicht noch mehr. Die Zahlungen wegen Leuna sind davon nur ein kleiner Teil.

Der Ex-Auslandschef von Elf, Alfred Sirven, ist untergetaucht. Auch der frühere französische Außenminister Roland Dumas soll an den Geschäften beteiligt gewesen sein. Zu den Begünstigten gehörten französische Politiker von links bis rechts, ein Sohn des Ex-Präsidenten Mitterrand ebenso wie die linksradikale Organisation SOS-Racisme, der Mitterrands Frau Danielle nahestand.

Ausbezahlt wurden die Gelder über das Genfer Konto der Ölfirma. Von diesem Konto flossen auch 256 Millionen Francs (etwa 75 Mio. Mark) an deutsche Konten im Rahmen der Leuna-Transaktion, unter anderem an zwei nichtgenannte, Helmut Kohl nahestehende Staatssekretäre, wie die linke französische Tageszeitung "Libération" berichtet. Der eine ist Holger-Ludwig Pfahls, er wird seit August 1999 per internationalem Haftbefehl gesucht. Die andere soll laut "Berliner Zeitung" Agnes Hürland sein.

Noch merkwürdiger: über denselben Genfer Konteninhaber, Dieter Holzer, liefen auch andere Zahlungen, die etwa im Zusammenhang mit der Schmiergeldaffäre um die Spürpanzer-Lieferungen an Saudi-Arabien stehen. Drahtzieher hier: Ex-Staatssekretär Pfahls.

Beobachter blicken inzwischen kaum noch durch, doch das, was sie zu sehen bekommen, läßt sie schwindlig werden. Die Frage, die Helmut Kohl wird beantworten müssen, ist: Sind Gelder aus der Affäre um Elf-Aquitaine und aus der Panzer-Affäre an CDU-Kassen geflossen oder nicht? Alles andere ist zweitrangig.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**

Selbst Francois Mitterrands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:

Kein Kommentar.

Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterrand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterrand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maa-

stricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft – in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein.

Nicht ausgeschlossen sei es, erklärte ein Justizsprecher, daß sich deutsche und französische Ermittler eines Tages in Sachen Elf zusammensetzten und ihre Informationen austauschten. Er verwies dabei auf den Geschäftsmann und Elf-Vermittler Andre Guelfi, gegen den in Frankreich ermittelt werde und dessen Namen auch im deutschen Elf-Leuna-Dossier immer wieder auftauche.

Während der frühere Pariser Kulturminister Jack Lang am Montag für Helmut Kohl in die Bresche sprang und an dessen Verdienste für Europa erinnerte, spekulierten die französischen Zeitungen längst über das politische Ende des CDU-Politikers.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2000: >>"Elf-Konzern schmierte deutsche Politiker"

Mehr als 105 Personen, darunter mindestens 2 hochrangige deutsche Politiker, sind 1992 nach einem Bericht der französischen Zeitung "Le Monde" aus schwarzen Kassen des französischen Ölkonzerns Elf Aquitaine finanziert worden. Unter den Begünstigten sollen der Zeitung zufolge auch der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Hans Friedrichs und die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Agnes Hürland-Büning, gewesen sein. Die Zahlungen seien alle im Zusammenhang mit den Verkaufsverhandlungen zwischen Elf Aquitaine und der ostdeutschen Leuna-Raffinerie erfolgt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. März 2000: >>Eine Entschuldigung bringt Cohen nicht mit

Erstmals seit dem Ende des Vietnam-Krieges vor 25 Jahren ist am Montag mit William Cohen ein US-Verteidigungsminister zu einem Besuch in dem asiatischen Land eingetroffen. Nach US-Angaben sprach Cohen in Hanoi mit seinem Kollegen General Pham Van Tra unter anderem über das Schicksal der noch etwa 2.000 in Vietnam vermißten US-Soldaten. Er kam später auch mit Ministerpräsident Phan Van Kai zusammen.

Cohen hat erklärt, die USA würden sich nicht für den Vietnam-Krieg entschuldigen. In dem 1975 beendeten Konflikt starben etwa 58.000 amerikanische Soldaten und schätzungsweise drei Millionen Vietnamesen. ...

Die USA und Vietnam hatten 1995 wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. 20 Jahre zuvor hatte die hochgerüstete US-Armee den Rückzug aus Vietnam angetreten, wo sie gegen die Guerilla-Kämpfer Ho Chi Minhs unterlegen war. Der Krieg, in dem die USA die Führung Südvietnams gegen den kommunistischen Norden unterstützten, war sowohl in den USA als auch im Ausland auf scharfe Proteste gestoßen. Cohen hatte dennoch bereits vor seiner Ankunft angekündigt, er werde keine Entschuldigung seines Landes für den Vietnamkrieg vorbringen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. März 2000: >>Wiedergutmachung mit bösen Folgen

In Berlin löst die Frage möglicher deutscher Reparationen einige Unruhe aus

Offiziell ist die Sache nie auf dem Tisch gewesen, aber an Anmerkungen hat es nicht gefehlt, daß die USA die Frage der deutschen Reparationen in Folge des Zweiten Weltkrieges noch für offen hielten. Dieser längst abgehakt geglaubte Punkt war im Verlauf der Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ins Spiel gebracht worden. Es ging dabei von amerikanischer Seite um die Klärung von sogenannten nicht rassistisch bedingten Vermögens-

schäden. Dies schließt Kriegsschäden ein. Die mögliche Zahlung von Reparationen, so die Amerikaner, werden von einer Einigung für die Zwangsarbeiter nicht berührt.

Dahinter steht die Frage, wie der 1990 abgeschlossene Zwei-plus-Vier-Vertrag über die "abschließende" Regelung der Deutschlandfrage zu bewerten ist. War es ein Friedensvertrag oder nicht? Zwar hatten die alliierten Kriegsgewinner 1945 in Potsdam beschlossen, sich materiell an Deutschland gütlich zu tun, konnten sich über den Umfang der Leistungen aber nicht einigen. Was die endgültige Festsetzung von Reparationen betraf, wurde im Londoner Schuldenabkommen von 1953 mit den Westmächten beschlossen, diese bis zum Abschluß eines Friedensvertrages aufzuschieben.

Bei dem Zwei-plus-Vier-Vertrag hat sich die Bundesregierung deshalb auch alle Mühe gegeben, ihn nicht als Friedensvertrag erscheinen zu lassen. ... Kanzler Helmut Kohl hat sich jedoch bei den Verhandlungen über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einmal aufs Glatteis begeben: Wenn Deutschland sich bereit erklären sollte, müsse Polen auf Reparationsforderungen verzichten. Indirekt sagte er damit, daß es hier eine offene Frage gebe. Wie gefährlich solches Tun sei, ist ihm offenbar bedeutet worden. Und auch, daß Polen zusammen mit der Sowjetunion bereits 1953 auf Reparationen verzichtet habe.

Es bleiben noch mehr als 50 Staaten, mit denen das Deutsche Reich am Schluß im Krieg lag und die nicht verzichtet haben. Würden nun nur von einer Reihe von ihnen Reparationsforderungen erhoben, käme man schnell auf astronomische Summen. ...

Allerdings hat Stuart Eizenstat, der für die Amerikaner in Sachen Zwangsarbeiter verhandelt, seinem deutschen Partner Otto Graf Lambsdorff geschrieben, daß Reparationen wegen des Zweiten Weltkrieges kein Streitpunkt seien - "so weit es Vermögen betrifft". ... Und für Lambsdorff bleibt es "ein diskussionswürdiger Punkt, daß 50 Jahre nach Kriegsende unser größter Verbündeter noch meint, die Reparationsfrage sei offen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2000: >>**"Der Höhepunkt des Heldentums"**

Mit Militärparaden und Folklore feiert Vietnam das Ende des Krieges vor 25 Jahren

... Der Bürgermeister von Ho-Chi-Minh-Stadt ... nannte den Krieg zwischen dem Vietcong und der nordvietnamesischen Armee auf der einen Seite gegen die USA und Südvietnam auf der anderen Seite "ohne Beispiel in Ausmaß und Brutalität". ...

Vietnams Regierungschef Khai hatte am Sonnabend in Hanoi an die früheren Kriegsgegner appelliert, ihre Verantwortung für die Folgen des Krieges zu übernehmen. Besonders die USA sollten sich engagieren. Mehr als zwei Millionen Vietnamesen und 58.000 amerikanische Soldaten sind im Krieg getötet worden. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 19. August 2000 (x887/...): >>**Moral oder Mißbrauch?**

Jüdische Verbände reagieren heftig auf den Vorwurf, sie instrumentalisierten NS-Opfer Wohl kaum ein Buch hat in den USA bzw. England bereits im Vorfeld seiner Veröffentlichung einen derartigen Wirbel ausgelöst wie das soeben publizierte Werk "Die Holocaust-Industrie: Reflexionen über die Ausbeutung des jüdischen Leidens" des US-Politologen Nor-

man Finkelstein.

"Norman Finkelstein, Sohn von Konzentrationslager-Überlebenden", stellte die englische Zeitung "The Observer" in einer Besprechung fest, habe ein "persönliches Pogrom gegen die Holocaust-Industrie initiiert. Er greift jedes Dogma an, daß die Forschung über den Völkermord der Nationalsozialisten hervorgebracht hat". Daß Finkelstein deshalb, wie der "Observer" herausstreicht, von "vielen Leuten gehaßt" werde, kann nicht weiter verwundern.

Es überrascht deshalb auch nicht, daß Finkelstein von einigen Kommentatoren inzwischen als "Extremist" oder "Verschwörungstheoretiker" eingestuft worden ist. Andere haben ihn dafür verdammt, daß er sich zum Stichwortgeber für Antisemiten gemacht und angeblich Fakten manipuliert habe. Wieder andere wie Greville Janner, Vorsitzender der Stiftung Holocausterziehung, meinten: "Seine Vorgehensweise ist vollkommen destruktiv."

Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress (WJC), den Finkelstein in seinem Buch besonders heftig angreift, wird mit der Aussage "Ich glaube, er ist armseelig. Ich akzeptiere ihn einfach nicht als Wissenschaftler" zitiert. Die Sprache, die Finkelstein benutze, sei, so Steinberg, "antisemitisch". Seine "Fakten" seien "falsch", seine Sprache "unbeherrscht".

In Deutschland gibt man sich (noch) zurückhaltend. So fragt Rafael Seligmann in einer Besprechung für die "Welt am Sonntag": "Darf man solches schreiben? Als Jude zumal?" Seligmann bleibt unentschlossen, wenn er gegen Ende seiner Ausführungen feststellt: "Finkelstein ist Agent provocateur, Gaukler und Aufklärer zugleich. Sein Buch ist verletzend." Aber: "Es wäre falsch, seine Kritik als destruktive Polemik abzutun."

Finkelsteins Thesen sind nicht das erste Mal Stein des Anstoßes. Einem größeren Kreis in Deutschland wurde der heute 47jährige Politikwissenschaftler an der Universität von New York und ausgewiesene Spezialist für Israelfragen bekannt durch seine Antwort auf die wissenschaftlich unhaltbaren, dennoch aber in Deutschland heiß diskutierten Thesen des US-Historikers Daniel Jonah Goldhagen. Finkelsteins Antwort, die von der kanadischen Historikerin Ruth Bettina Birn flankiert wurde, fiel so überzeugend aus, daß der deutsche Historiker Hans Mommsen in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe ("Eine Nation auf dem Prüfstand", 1998) eingestehen mußte, "daß von einem vollständigen Bankrott von Goldhagens monokausalem Erklärungsmodell gesprochen werden muß".

Goldhagens These lautete, daß die Deutschen von einem "dämonisierenden Antisemitismus" erfüllt gewesen seien, "der in Deutschland eine bössartige rassistische Form angenommen und die kognitiven Modelle der Täter sowie der deutschen Gesellschaft insgesamt bestimmt hat. Die deutschen Täter ... waren Männer und Frauen, die ihren kulturell verwurzelten, eliminativ-antisemitischen Überzeugungen getreu handelten und den Massenmord für gerecht hielten". Dementsprechend hätten, so Goldhagen, 80 bis 90 Prozent der Deutschen gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden. Große Teile der Medienlandschaft in den USA und sogar in Deutschland überboten sich in Lobpreisungen für Goldhagens Opus.

Finkelstein war und blieb einer der wenigen Wissenschaftler, die den abstrusen "Beweisführungen" Goldhagens entschieden widersprachen. Sein Widerstand fiel so vehement aus, daß Hans Mommsen in seinem angesprochenen Vorwort zu "Eine Nation auf dem Prüfstand" meinte feststellen zu müssen, daß Finkelstein dazu neige, "die deutsche Bevölkerung zu exkulpieren".

Zu den interessantesten Argumenten, die Finkelstein gegen Goldhagen ins Feld führt, ist die Einzeichnung der Goldhagenschen Thesen in die zionistische Ideologie zu zählen. "Der zionistischen Ideologie zufolge", so Finkelstein, "ist Antisemitismus der Ausdruck der natürlichen und unversöhnlichen Feindseligkeit der Nichtjuden gegen die Juden." Gemäß dieser Deutung stelle der "Völkermord der Nationalsozialisten den unvermeidlichen Höhepunkt des antisemitischen Hasses dar".

Dieser Völkermord dient nach Finkelstein den Zionisten einmal dazu, die "Notwendigkeit des Staates Israel zu rechtfertigen". Zum anderen werde er auch "zur Erklärung aller Feindseligkeiten, die gegen diesen gerichtet sind", herangezogen. Goldhagens Holocaust-Auslegung entspricht laut Finkelstein der zionistischen Auslegung des Holocausts, so wie sie sich nach dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 im amerikanischen Judentum herauskristallisiert habe.

Dieses Argument steht auch im Zentrum des neuen Finkelstein-Buches. Finkelstein behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß das Interesse am Holocaust keineswegs dem Umstand geschuldet sei, den Opfern eine Stimme zu geben. Die jüdische Lobby in den USA habe vielmehr erkannt, daß der Holocaust dem israelischen Staat, der sich krimineller Übergriffe auf die Palästinenser schuldig gemacht habe, eine hilfreiche Opferrolle eröffnen könne, die den Staat Israel gegen Kritik bzw. Sanktionen immunisieren könne.

Genau deshalb werde bei jeder Gelegenheit die "Einzigartigkeit" des Völkermordes der Nationalsozialisten herausgestrichen. Dies geschehe keineswegs aus moralischen Gründen, sondern um die Macht des "Symbols Holocaust" zu schützen.

Finkelstein setzt sich hier deutlich von den Thesen des Chicagoer Universitätsprofessors Peter Novick ab, der in seinem Buch "Der Holocaust im gesellschaftlichen Leben der USA" (1999) die Furcht des amerikanischen Judentums vor einem "zweiten Holocaust" im Juni 1967 für die einsetzende Erinnerung an den Völkermord der Nazis verantwortlich gemacht hat. Diese Furcht sei durch die weitgehende internationale Isolation Israels im Oktober 1973 weiter verschärft worden.

Die Heftigkeit, mit der Novick auf die jüngsten Thesen Finkelsteins reagiert hat (Novick spricht von "Unrat", "hanebüchene Fehledeutungen" und "absurden Behauptungen"), hat Finkelstein zu einer Erwiderung veranlaßt: Falls es zutreffend sein sollte, was Novick behauptete, warum hätten sich die jüdischen Interessenverbände des Holocausts nicht bereits 1948 erinnert, als sich Israel viel größeren Bedrohungen ausgesetzt gesehen habe? Oder 1956, als Israel diplomatisch wesentlich stärker isoliert gewesen sei? So Finkelsteins provozierende Fragen, auf die Novick bisher die Antwort schuldig geblieben ist.

Doch Norman Finkelstein geht in seiner Argumentation noch weiter: Ein Effekt des nach 1967 einsetzenden Interesses der amerikanischen Juden am Holocaust sei die Unterordnung Israels unter die USA und die zunehmende Entfremdung Israels von den arabischen Nachbarstaaten gewesen.

Dieser Effekt sei aus Sicht der jüdischen Fürsprecher Israels in den USA gewünscht, auch wenn diese eine derartige Auslegung als "Häresie" zurückweisen würden. Ein Israel, das im Ausgleich mit seinen arabischen Nachbarn lebe und die Unabhängigkeit von den USA suche, käme aus Sicht der US-Juden einer Katastrophe gleich. Nur ein Israel, daß der USA verpflichtet sei, garantiere, so Finkelstein, daß die Führer der jüdischen Interessenverbände der USA weiter wie Sprecher der hegemonialen Ambitionen der USA auftreten könnten.

Ähnlich argumentiert der von Finkelstein zitierte Linguist Noam Chomsky, wenn dieser feststellt: "Das jüdische Establishment in den USA benötigt Israel nur als Opfer unbarmherziger arabischer Angriffe. Für ein derartiges Israel können Unterstützungen, Geschenke und Geld erreicht werden ..." Jeder wisse von den Aufrufen, Spenden für Israel zu erbringen, die von den jüdischen Interessenverbänden eingesammelt würden. Die Hälfte der Spenden erreiche nicht Israel, sondern bleibe bei den jüdischen Verbänden hängen. "Gibt es", so Chomsky, "einen größeren Zynismus?"

Aus der Sicht Finkelsteins ist die Ausbeutung der bedürftigen Holocaustopfer durch die "Holocaust-Industrie" nur die letzte und häßlichste Manifestation dieses "Zynismus". Diese Darstellung leitet in den wohl umstrittensten Teil des Buches über, in dem sich Finkelstein mit den jüngsten Entschädigungsforderungen der jüdischen Interessenverbände beschäftigt.

Finkelsteins Sprache läßt hier an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig. So stellt er fest,

daß sich die "Holocaust-Industrie" zu einem "ausgesprochenen Erpressungs-Instrument" entwickelt habe. Unter dem Vorwand, die Interessen des weltweiten (lebenden und verstorbenen) Judentums zu verkörpern, würden quer durch Europa Forderungen nach Kompensationen erhoben.

Besonders ins Zwielficht gerät in dem Buch "Die Holocaust-Industrie" der Jüdische Weltkongreß, dessen Präsident Edgar Bronfman sich laut Finkelstein im Januar auf der Londoner Holocaust-Konferenz damit hervorgetan haben soll, ein Vermögen von umgerechnet zirka sieben Milliarden Dollar in Geld und Vermögenswerten aus Entschädigungsleistungen gehortet zu haben. Tom Bower, ein Autor, der sich intensiv mit den Entschädigungsverhandlungen mit den Schweizer Banken beschäftigt hat, widersprach Finkelstein in dieser Hinsicht inzwischen: "Die sieben Milliarden Dollar sind ein Mythos", behauptet Bower im eingangs erwähnten "Observer".

Umstritten ist auch die Zahl von nur 100.000 jüdischen Überlebenden des Holocausts, die es laut Finkelstein noch gibt. Er folgert, daß von den jüdischen Interessenverbänden im Zusammenhang mit den Entschädigungszahlungen die Zahlen bewußt zu hoch angesetzt worden seien, um höhere Entschädigungsleistungen erzwingen zu können. Finkelsteins Gegner verweisen darauf, daß unter den Begriff "Überlebende des Holocaust" nicht nur diejenigen Juden fielen, die die KZs überlebt hätten, sondern auch jene, die gezwungen worden seien, ihre Heimat bzw. ihre Häuser zu verlassen oder auch jene, die als Nachkommen der Opfer psychisch traumatisiert worden seien oder finanzielle Nachteile erlitten hätten.

Auf den Vorwurf Finkelsteins, die jüdischen Interessenverbände hätten die 1,25 Milliarden Dollar, welche die Schweizer Banken zugesagt hätten, bisher nicht an die Opfer weitergeleitet, konterten dessen Gegner, daß trotz der erzielten Vereinbarung das Geld noch in der Schweiz sei, weil die US-Gerichte noch nicht über die Verteilung entschieden hätten. Damit würde auch der Vorwurf Finkelsteins, das Geld würde die Opfer niemals erreichen, (zunächst) gegenstandslos.

Wie über Finkelsteins Vorwürfe im einzelnen auch entschieden wird: sein Buch hat die jüdischen Interessenverbände, allen voran den scheinbar allmächtigen World Jewish Congress (WJC) und die Jewish Claims Conference, in Rechtfertigungszwang gebracht. Angemerkt werden muß in diesem Zusammenhang, daß der WJC keineswegs, wie der deutsche Diplomat Wolf Calebow in seinem lesenswerten Buch "Auf dem Weg zur Normalisierung.

15 Jahre Dialog mit amerikanischen Juden" (Berlin Verlag 1999, siehe ausführliche OB-Rezension in Folge 3/2000) feststellte, die Juden insgesamt repräsentiert, sondern einen jüdischen Interessenverband unter vielen anderen darstellt. Es gibt nach wie vor keine jüdische Organisation, die für sich in Anspruch nehmen könnte, für das "gesamte Judentum" zu sprechen - auch wenn insbesondere die deutsche Übersetzung "Jüdischer Weltkongreß" dies im Hinblick auf den WJC nahelegt.

Norman Finkelstein: The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, ... London/New York 2000 ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2000: >>Verheugen verärgert EU-Spitze

EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzieren sich von Verheugens Äußerungen. ...

Schwer verärgert reagierte Kommissionspräsident Romano Prodi am Rande eines informellen Außenministertreffens in Evian am Genfer See. In einem Telfongespräch bat er Verheugen, nicht zu einer "Angst-Spaltung der öffentlichen Meinung" beizutragen. ...

Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern

Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen. In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben." ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei.

"Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. September 2000: >>**Mehrheit der Dänen sagt "Nej" zum Euro**

In Dänemark zeichnete sich am Donnerstagabend eine klare Mehrheit gegen die Einführung des Euros ab. ... Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %.

Die Befürworter, unter ihnen auch die sozialdemokratische Regierung, ... hatten sich von einem Ja zum Euro einen Wirtschaftsaufschwung, mehr Arbeitsplätze und einen größeren Einfluß auf finanzpolitische Entscheidungen der Europäischen Union erhofft. Die Gegner sahen dagegen soziale Errungenschaften und die dänische Souveränität gefährdet.

Die Abstimmung wurde vor allem in Schweden und Großbritannien genau verfolgt, da auch dort Referenden zum Euro anstehen. ...

In Berlin hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) die Dänen aufgefordert, für den Euro zu stimmen. Eichel sagte auf die Frage, was eine Ablehnung der Dänen bedeuten würde: "Europa geht weiter." Die europäische Einigung sei ein unumkehrbarer politischer Prozeß.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2000: >>**"In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder"**

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitbilanz über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäischen Union. ...

Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-160): >>Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirt-

schaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig. Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last. Trotz dieses Entgegenkommens betrugen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.

Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.

Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen.

Dank erntet der deutsche Weihnachtsmann freilich nur selten. 2003 wollte Verteidigungsminister Struck 23 moderne Jagdflugzeuge vom Typ MiG 29 an Polen zum symbolischen Preis von einem Euro abgeben und erwartete, daß Warschau die Maschinen in Deutschland warten und reparieren läßt. Warschau kündigte an, daß es das Geschenk zwar annehmen, die Wartung aber nicht in Deutschland vergeben wolle. Der CDU-Haushaltsexperte Austermann und der Bundesrechnungshof legten Protest gegen das Geschäft ein. –

Auch auf höchster Ebene hörte man aus Warschau nicht immer deutschfreundliche Töne. Sogar Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker meinte da, Deutschland dürfe sich von polnischen Angriffen nicht verunsichern lassen. Die Wahrheit sei, daß die Bundesrepublik schon jetzt "bis zur Selbstaufgabe" Rücksicht auf Polen nehme.

Aber da dürfte sich so schnell nichts ändern. Schon vor geraumer Zeit hat der geistreiche Timothy G. Ash angemerkt, die Bundesregierung erstrebe "freundschaftliche Beziehungen mit dem Himmel, vertiefte Partnerschaft mit der Erde, aber auch fruchtbare Zusammenarbeit mit der Hölle".<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x068/79) = Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA, Seite 79.

x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948</u> . Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x295	Kubbig, Bernd W. (Hg.): <u>Transatlantische Unsicherheit</u> . Die amerikanisch-europäischen Beziehungen im Umbruch. Frankfurt/Main 1991.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.

x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen</u> . Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x323	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Schwarzbuch Angela Merkel</u> . Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute. COMPACT Edition Nr. 3. Werder (Havel) 2016.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA</u> . Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Spezial Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x800	Bracht, Hans Werner: http://www.deutscherosten.de/BRACHT.htm - 19.04.2011.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x864	http://horst-koch.de/erneuerbare_energie_gegen_kernenergie/ - Januar 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x904	https://de.wikipedia.org/wiki/Denkmal_f%C3%BCr_die_ermordeten_Juden_Europas - März 2019
x922	https://de.wikipedia.org/wiki/Benjamin_Freedman - April 2019
x1.036	https://www.vilp.de/treaty_full?lid=en&cid=153 – Januar 2022